

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Redaktion: Donhoff 292-295  
Verlag: Donhoff 2506-2507

Sonnabend, den 26. April 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Vertriebskonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion  
der Vertriebs-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstraße 3

#### Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutsch-land, Danzig, Saar- u. Rautenfeld, Österreich, Litauen, Lauenburg 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Woll und Zeit“ mit „Erd- und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Himmel“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Samstags und Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

#### Anzeigenpreise:

Die einseitige Hauptzeile 0,70 Goldmark, Restzeile 0,40 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ des Festgedruckten Wort 0,20 Goldmark (zweiwöchige zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Streifenbeilage das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familienanzeigen für Kontenlose 0,30 Goldmark. Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,26.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Rindfleischstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

## Sozialdemokratie und Volkspartei.

### Eine Rede Sollmanns in Mainz.

Mainz, 25. April. (Eigener Drahtbericht.) In einer Wähler-versammlung zu Mainz führte Genosse Sollmann gegenüber kommunistischen Verurteilungen auf Stresemann u. a. aus:

Stresemann kämpft um den Bestand seiner Partei. Die Schwere Kapitalisten können ihm die Regierungspolitik mit der Sozialdemokratie nicht verzeihen. Schon im Herbst vorigen Jahres war zu erkennen, daß die Volkspartei zu den schwer er-schütterten Parteigebilden gehört. Weitsichtige und energische bürgerliche Politiker haben damals Herrn Stresemann geraten, den schwerindustriellen Flügel seiner Partei, der doch nicht zu halten sei, abzustößeln und mit den Demokraten eine bürgerlich-republikanische Partei zu gründen. Stresemann ist ausgenickelt. Genügt hat es seiner Partei und ihm nichts. Der deutsche Politik hat er geschadet.

In den Versuchen, seine Partei zu retten, hält Herr Stresemann Wahlreden, die das helle Entzücken der Kommunisten hervor-rufen, weil sie Herrn Stresemann nun als Kronzeugen gegen die angebliche Verräterpolitik der Sozialdemokratie anrufen können. Herr Stresemann teilt sich mit Herrn Dr. Brauns in den Rufen, von den Kommunisten am meisten gegen die Sozialdemokratie zitiert zu werden. Die sozialdemokratischen Reichsminister haben den Kanzler der Großen Koalition wesentlich vorteilhafter in Ge-dächtnis, als er sich jetzt gibt. Damals war von einer Sehnsucht nach der Monarchie nichts an ihm zu spüren. Damals entwickelte er gute Gedanken, wie man den republikanischen Staat durch glück-liche Synthesen und durch umfassende republikanische Propaganda in den Massen auch der Gebildeten und der Reichswehr verwurzeln lassen müsse. Man gewann durchaus den Eindruck, daß der Kanzler der Großen Koalition ein guter Ver-nunftrepublikaner geworden sei.

Dieserjenige tun Herrn Stresemann sicher unrecht, die es so dar-stellen, als habe er die Große Koalition herbeiführen helfen, um die Sozialdemokratie zu überköpfeln und sie sich im Regierungs-wagen kompromittieren zu lassen. In Wirklichkeit kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß Stresemann in der Großen Koalition kein taktisches Manöver, sondern einen staatspolitischen Ge-danken mit Dauerwirkung sah. Er war davon über-zeugt, daß Reich und Republik und Wirtschaft die Große Koalition brauchen. Wer erlebt hat, wie stark und ehrlich Stresemann er-schütterter war, als die „lange Regierung“, die er von seinem Kabi-nett erhofft hatte, Anfang Oktober zurücktrat, muß über die Be-wachung lächeln, die Große Koalition sei eine volksparteiliche Schöpfung zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gewesen. Das sind klägliche Parteilegenden zur Beruhigung des rechten Flügels der Volkspartei.

Nach als die drei sozialistischen Reichsminister Anfang Novem-

ber aus dem zweiten Kabinett zurücktraten, beharrte er auf dem Gedanken der Großen Koalition. Er erklärte seinen demissionieren-den Kollegen, er sei gegen eine Rückwirkung der Krise auf die Regierung in Preußen und werde sich entsprechend einsehen. Er lehnte auch die Herannahme der Deutschnationalen in das von ihm geführte Kabinettskabinett ab und sagte, er würde als Kanzler der Großen Koalition charakterlos handeln, wenn er nun mit den Deutschnationalen regieren wollte.

Gewiß sind schwere politische Intrigen gegen die Regierung der Großen Koalition gesponnen worden, aber Stresemann war Opfer, nicht Mörder dieser Kackeln. Ihm liegen gemeine Kampfmittel nicht. Nicht nur Militärs und Volksparteiler, auch Zentrumsleute und Demokraten innerhalb und außerhalb des Kabi-netts waren an diesen Intrigen beteiligt. Keiner ist mehr über-rascht und getäuscht worden als Stresemann. Er wäre gern Reichskanzler auf lange Zeit geblieben und wußte genau, daß das Ende der Großen Koalition auch das Ende seiner Kanzlerschaft be-deutete.

Von einer Täuschung der sozialdemokratischen Minister kann gar keine Rede sein. Wir können auch unsere Haltung gegenüber Sachsen und Bayern rechtfertigen. Niemand, der die be-wegten Kabinettsfiguren im Oktober erlebte, wird bestreiten wollen, daß die sozialistischen Reichsminister immer für eine Be-handlung der Länder nach gleichen Rechtsgrund-sätzen mit aller Entschiedenheit eingetreten sind. Insbesondere ist das Gerücht, ich hätte jemals zugunsten der bayerischen Reichs-rebellen gebremst, eine Lüge. Im Gegenteil habe ich wieder-holt im Kabinett verlangt, man solle den Banditen, die zum Marsch auf Berlin rüsteten, in Nordbayern mit preußischen Truppen entgegensteuern und sie zur Ruhe bringen. Es wurden mir damals amtliche Mitteilungen über die angebliche Stärke der militärischen Macht des bayerischen Rebellenlagers gemacht, die sich nach den Erfahrungen im November und nach den Ergebnissen des Hitler-Prozesses als hundertfach übertrieben er-wiesen. Nicht ganz ohne Schuld der damaligen sächsischen Re-gierung und aus bürgerlichen Klasseninstinkten waren alle bürger-lichen Minister mehr oder weniger zu scharfem Vorgehen gegen Sachsen entschlossen. Gegen Bayern haben alle bürgerlichen Mi-nister verjagt. Geßler und Seel hat zwar beinahe jeden Tag er-klärt, die Reichswehr könne den bayerischen Skandal nicht mehr tra-gen, aber auch sie haben die größten Mißlingen und Ver-derbungen in der deutschen Heeresgeschichte monatelang hingenom-men. Was in jenen Wochen an Staatsautorität und Armeedisziplin zer-stört worden ist, auch an Glauben an die Reichsgewalt, wird sich noch lange verheerend auswirken. Es ist zur Lösung der inner-deutschen Probleme viel versäumt worden. Die Sozialdemokratie trägt dafür keine Verantwortung.

## Beamte und Sozialdemokratie.

Von Staatsanwalt R a r g - Heidelberg.

Es liegt in der Entwicklung der deutschen staatlichen Ver-hältnisse begründet, daß dem Beamtentum in Deutschland eine weit bedeutsamere Stellung zukommt als in irgendeinem an-dren modernen Staatswesen. Mit dem Beamten, durch seine Hilfe ist das deutsche Landesfürstentum groß geworden. Die Territorialsürsten haben denn auch ihren Beamten eine gewisse besondere Fürsorge angedeihen lassen, die auf deren soziale Stellung nicht ohne Rückwirkung blieb. Durch den Ab-glanz der fürstlichen Macht, der auf dem Beamtentum lag, wurde es sozial gehoben. Es zeigte sich dessen aber, trotz aller Beschränktheit, in der es sich bewegte, insofern würdig, als es den Unter- und Hintergrund für die Förde-rung geistiger Interessen abgab. So ist es zu erklären, daß in Deutschland die Beamenschaft in besonderem Maße Träger der kulturellen Entwicklung wurde und bis in die neueste Zeit hinein der Nation auf allen Gebieten kultureller Betätigung wertvollste Kräfte zur Verfügung ge-stellt hat.

Es wäre durchaus verfehlt zu glauben, die Bedeutung des Beamtentums habe sich vermindert. Ganz im Gegenteil, sie ist gesteigert. In der parlamentarischen Re-publik repräsentiert das Beamtentum die Kontinuität des Staates und damit auch bis zu einem gewissen Grade die der Staatspolitik. In der Monarchie, wie wir sie vor dem No-vember 1918 hatten, vermochte die in ihrer Dauer nicht be-schränkte Spitze des Staates allein schon durch ihre Dauer die Richtung des Staatslebens bestimmend zu beeinflussen. Heute aber, wo die leitenden Männer und die Minister des öfteren wechseln, muß naturgemäß die Macht und der Einfluß des Beamtentums außerordentlich wachsen. Seine Einstellung zum Staate wird die Staatspolitik weitgehend beeinflussen. Vieles, was in den letzten Jahren in Deutschland geschehen ist und jetzt noch geschieht, wird nur verständlich, wenn man diese Tatsachen berücksichtigt. Eine andere Frage ist allerdings da-bei die, ob die Stellungnahme, die das Beamtentum gewählt hat, zu seinem Vorteil gereichte.

Man erhebt nun gerade in letzter Zeit gegen die So-zialdemokratie immer wieder den Vorwurf, sie trage der eben dargestellten soziologischen Struktur des Beamtentums keine Rechnung, es ermangele ihr überhaupt das Ver-ständnis für sein Wesen. Indessen entbehrt der Vorwurf der Begründung. Es gab allerdings eine Zeit, in der Sozial-demokratie und Beamtentum Gegenjäger waren, damals näm-lich als der Obrigkeitstaat seine Beamenschaft in den Kampf gegen die Sozialdemokratie einstellte. Damals mochte man sich wohl in deren Kreisen die Beseitigung des Berufsbeamtentums zum Ziele stecken. Die Anschauungen haben sich aber ebenso wie die Verhältnisse von Grund auf geändert. Die Sozialdemokratie weiß heute genau, von welcher großer Bedeu-tung das Berufsbeamtentum für den Fortbestand des Deutschen Reiches ist und beabsichtigt nicht im entferntesten, daran irgend-wie zu rütteln. Der dagegen bereit gehaltene Einwand, die Sozialdemokratie sei bestrebt, ungeschulte oder fachlich nicht genügend vorgebildete Kräfte dem Beamtentum einzu-gliedern, ist nicht durchschlagend. In dem bescheidenen, im Verhältnis zur Gesamtzahl der Beamten verschwindend geringen Maße, in dem es geschieht ist, erfolgte es aus der Überzeugung von der Notwendigkeit einer Vertretung im Berufsbeamtentum, bedeutete also dessen stärkste Bejahung. Zudem bekennt sich heute bereits eine derart große Zahl von Beamten zur Sozialdemokratie, daß sie dadurch allein schon genötigt ist, eine positive Beamtent-politik im Sinne des Berufsbeamtentums zu treiben.

Beamtentpolitik treiben heißt durchaus nicht, wie immer wieder behauptet wird, mit den Interessen der Arbeiterschaft in Widerpruch geraten. Die Sozialdemokratie ist die natür-liche Vertretung aller wirtschaftlich nicht selbständigen Gruppen. Dazu gehören heute auch die Beamten, die in völliger Ver-kenntung ihrer Interessen deren Wahrung vielfach Parteien übertragen haben, deren Vorteil die Einschlagung politischer Wege notwendig machte, die für die Beamten im höchsten Maße nachteilig waren. Ihr Interesse vertritt weder eine Verbindung mit großagrarischem noch mit groß-kapitalistischen Zielen volksparteilicher oder demokrati-scher Färbung. Daß die Beamten das nicht rechtzeitig be-griffen, sondern in den letzten Jahren ihnen artfremde Partei-gruppen unterstützt haben, hat zu der maßlosen Ausbeutung geführt, die ihnen nun seit Monaten ein Leben nahezu unter dem Existenzminimum zumutet.

Sehr viele Beamte haben dies bereits eingesehen. Sie tragen aber aus einer Reihe prinzipieller Anwendungen her-aus Bedenken, sich der Sozialdemokratie anzuschließen oder ihr auch nur ihre Stimme zu geben. Bei näherem Zusehen aber ergibt sich, daß die Gründe, aus denen sich die Bedenken herleiten, nicht stichhaltig sind, sondern auf Vorurteilen oder Mißverständnissen beruhen.

Es liegt in der Art des deutschen Beamten Individua-list zu sein. Von einer kollektivistisch denkenden Partei wie der Sozialdemokratie befürchtet er eine Schematisierung des Lebens, eine Knebelung der individuellen Freiheit der Person.

## Volkspartei und Republik.

### Eine ergötzliche Historie.

In dem Reichstagsbericht der Sozialdemokratischen Stadt-koordinationsfraktion von Dortmund findet sich folgende schöne Ge-schichte, die die brave Volkspartei glänzend charakterisiert:

Obwohl seit Entstehung der Republik schon einige Jahre ver-gangen waren, konnte die Stadt sich nicht entschließen, eine republi-kanische Fahne anzuschaffen, um bei passenden Gelegenheiten öffentlich zu dokumentieren, daß man ebenfalls treu zur Republik stehe. Bei unseren wiederholten Hinweisen erlaubte sich der stell-vertretende Stadtverordnetenvorsteher die Bemerkung, die Stadt wäre zu arm, die sozialdemokratische Fraktion solle doch eine Fahne stiften. Der Vorschlag fiel auf fruchtbaren Boden. Eine Sammlung unter den Fraktionsmitgliedern ergab einen solchen Betrag, daß eine Fahne von sehr großem Umfange gekauft werden konnte. In der nächsten Stadtverordnetenversammlung am 20. Juni 1921 reißte dann das republikanische Banner von der Tribüne in den Sitzungssaal herab. Der Zufall wollte es, daß der volksparteiliche stellvertretende Stadtverordnetenvor-sitzer, der in der vorhergehenden Sitzung die häßliche Bemerkung gemacht hatte, nunmehr den Vorstoß führte; das hatte er natürlich nicht erwartet, daß sein Vorschlag so schnell in die Tat umgesetzt wurde. Das Zeichen der Republik wirkte auf ihn, wie ein rotes Tuch auf ein gewisses Tier. Er war rasselnd, als er nun noch obenrein ausgelacht wurde, wurde er ganz wütend, und als noch gar ein dreimaliges Hoch auf die Republik ausgebracht wurde, da wars vorbei. Die Fahne wurde dann dem Oberbürgermeister als Geschenk der sozialdemo-kratrischen Fraktion überreicht. Dieser nahm mit Dank für die Stadt an. So endete dieser heitere Zwischenfall, der den Beweiskraft noch lange in Erinnerung bleiben wird.

So sehen Sie aus, die Kettenprenger.

## Die Partei zu 36,5 Grad.

### Nicht kalt und nicht warm, sondern lau!

Die Deutsche Volkspartei Stresemannscher Prägung ist in einiger Verlegenheit. Sie möchte gern republikanisch weiter regieren, aber ihr monarchistisches Herz nicht aufgeben. Sie möchte den Unschluf nach rechts nicht verlieren, aber doch dem Bürger als liberale „Mittelpartei“ erscheinen. Das Problem ist nicht leicht zu lösen. Über der Graf Stolberg-

Wernigerode, volksparteilicher Landtagsabgeordneter, hat den Knoten durchhauen. Er setzt in der „Zeit“ auseinander, was die Deutsche Volkspartei eigentlich sei: eine Rechts- oder eine Mittelpartei? Und kommt dabei noch einigen Gehirnwellen zu folgendem Schluß:

Bei der Messung der Temperatur ist der Nullpunkt die theoretische Mitte. Die mittlere Temperatur des gesun-den Menschen aber ist 36,5, die des Wassers 9 bis 10 Grad. Die Mitte liegt also im praktischen Leben oberhalb des Nullpunktes. Genau so in der Politik. Rein mechanisch betrachtet mögen andere Parteien der Mittelpunkts sein. Die tatsächliche Mitte liegt rechts von ihnen, bei der Deutschen Volkspartei. Weder bei 100 Grad noch bei 42 noch bei 20 können wir Menschen gesunde Politik treiben, sondern nur bei 36,5. Deshalb ist auch die Fragestellung nicht richtig, Mittelpartei oder Rechtspartei. Eine auf mittlerer Linie wandelnde Rechtspartei — das ist die Lösung.

Einstmals wollte die Deutsche Volkspartei allein das Volk aus roten Ketten frei machen. Jetzt hat sie ihre Versprechungen aus der Zielertemperatur von ebendem auf genau 36,5 Grad herabgemindert. Sie ist keine „Besreiterin“ mehr, sondern sorgt um ihren Bestand. Deshalb ist sie eine auf dem Sirich (von 36,5 Grad) wandelnde „rechte Mittelpartei“.

Aber bekanntlich verurteilt schon die Bibel alle diejenigen, die weder Fisch noch Fleisch, weder kalt noch warm, sondern lau sind. Und was daraus galt, wird im kritischen Jahre 1924 erst recht zu gelten haben!

## Wahlfreiheit im besetzten Gebiet.

### Verhaftung eines braunschweigischen Ministers.

Reddinghausen, 25. April. (TU.) Der braunschweigische Staatsminister Koeneburg, der als Spitzenkandidat der Demokraten gestern Abend in Reddinghausen in einer Wähler-versammlung sprechen wollte, wurde von französischen Kri-minalbeamten verhaftet und im Automobil nach Gelsen-fkirchen gebracht. Auf Vorstellungen des stellvertretenden Ober-bürgermeisters vom französischen Stadtkommandanten erfolgte noch am gleichen Abend seine Freilassung, so daß er noch mit einiger Verspätung in Reddinghausen seine Wahlrede halten konnte. Wie der Berichtungsleiter mitteilte, war die Verhaftung erfolgt, weil die französische Kriminalbehörde in Gelsenkirchen angenommen hatte, es handele sich um einen Reichsminister.

lichkeit. Die Entwicklung der Kultur erscheint ihm durch solche Egalisierung gefährdet. Mit diesen Annahmen verkennt er in dessen das Ziel des Sozialismus. Er will Förderung der Kultur, er will bis jetzt durch die einseitige Kapitalverlagerung gebundene Kulturkräfte frei machen. Der Gedanke der Egalisierung ist immer das Produkt beschränkter Köpfe gewesen. Der Sozialismus weiß, daß Schichtungen in der menschlichen Gesellschaft nicht schlechthin aufhebbar sind. Deshalb bedeutet Klassenkampf auch nicht Kampf gegen jede Schichtung mit dem Ziel eines Egalisierens, einer öden Gleichmacherei, sondern nur Beseitigung der gegenwärtigen Klassenbildung, die darauf beruht, daß ganz wenige im Besitz übermäßiger Mengen von Produktionsmitteln sich befinden und die anderen von ihnen abhängig sind. Wenn diese Schichtung erst von einer solchen der geistigen Leistung abgelöst sein wird, wie es der Sozialismus anstrebt, dann erst wird die Persönlichkeit wahrhaft zu ihrem Rechte kommen.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es der Mitarbeit aller geistigen Kräfte. Denn der Sozialismus ist eine geistige Angelegenheit, eine Sache der Idee. Mit Materialismus im philosophischen Sinne hat er nichts zu tun. Das was man schlechthin, meist unverständlich, Marxismus nennt, ist nur eine sozialökonomische Lehre, vom Weg, den die Gesellschaft auf dem Wege zum Sozialismus hin einschlagen wird. Diese Lehre, ihrem Wesen nach wiederum etwas Geistiges, betrachtet auch die Idee als die Triebkraft alles geschichtlichen Geschehens, die nur an den äußeren Begebenheiten ihr Korrektiv und die Grenze der Möglichkeit ihres Wirkens findet.

Wenn man das begriffen hat, ergibt sich auch ohne weiteres, daß die religiösen Bedenken, die gerade von den Angehörigen geistiger Berufe gegen die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie geübt werden, gegenstandslos sind. Die Sozialdemokratie ist ihrer Lehre nach keineswegs antireligiös. Der Sozialdemokrat hat kein anderes Verhältnis zur Religion wie der Angehörige jeder anderen Partei auch. Daß der Sozialdemokrat als Partei die Verbindung mit der Kirche fehlt, ist nicht aus ihrem Wesen Erklärbares, vielmehr lediglich aus der Stellung der Kirche im alten Obrigkeitsstaat.

Die Sozialdemokratie ist die Kulturpartei des arbeitenden Menschen überhaupt. Das tritt im Alltagskampf, wo es gerade im Augenblick fast nur um nackte Interessen geht, in den Hintergrund, wird aber in den kommenden Jahren um so deutlicher sichtbar werden. Denn die Sozialdemokratie ist nicht, wie es ihre Gegner gerne haben möchten, eine ephemere Partei, deshalb vor allem nicht, weil sie eine Idee hat, die ungebrochen ist. Ihr wird die Zukunft auch deshalb gehören, weil sie auf den Tatsachen aufbaut. Zu diesen ist auch das zu rechnen, daß der Beamte heute eingereicht ist, zwar nicht durch seinen Willen, aber durch die Tatsächlichkeit der Lebensverhältnisse, in die große Kampffront der auf Fortschritt zielenden Arbeit gegenüber dem sozialreaktionären Kapital. Man kann diesen Kampf Klassenkampf nennen. Der Name tut nichts zur Sache. Wesentlich ist auch hier wieder nur die Tatsächlichkeit des Ringens der großen Wirtschaftsmächte im Staat, in dem jedem Staatsbürger zwangsläufig seine Stelle angewiesen ist. Darüber kommen auch jene nicht hinweg, die behaupten, Klassenkampf sei eine künstlich von der Sozialdemokratie in das Bewußtsein der Massen gehämmerte Konstruktion des gesellschaftlichen Lebens. Denn die natürliche Gegensätzlichkeit der großen Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit ist nun einmal gegeben, und Klassenkampf ist nur der begriffliche Ausdruck für die Spannungen, die sich auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet daraus ergeben und die Entwicklung tragen.

In diesem Kampf um eine Neugestaltung unseres gesellschaftlichen Lebens, dessen einzelne Phasen wir noch nicht zu überblicken vermögen, in dem wir nur die nächste, die Demokratisierung der Wirtschaft sehen, — sicher nicht die letzte Vorstufe zum Sozialismus — steht das Beamtentum in einer Front mit allen abhängig Schaffenden. Indessen fällt ihm eine besondere Aufgabe zu: geistiger Vortrupp des arbeitenden Volkes zu sein, der vermittels der

bedeutenden Stellung, die ihm in Staatssachen zugewiesen ist, den Staat durchdringt mit dem Geiste des arbeitenden Volkes. Mit anderen Worten:

Beamtenchaft und Sozialdemokratie sind durch eine Schicksalsgemeinschaft miteinander verbunden, aufeinander angewiesen; je klarer und vorbehaltloser dies erkannt wird, desto größer wird der Vorteil für die Gesamtheit des deutschen Volkes sein.

## Wirtschaft und Reparationsfrage.

### Auch der Handelstag für Annahme.

Ebenso wie der Reichsverband der deutschen Industrie hat jetzt die Spitzenorganisation der deutschen Handelskammern, der Deutsche Industrie- und Handelstag, in einer Entschließung der Haltung der Regierung zum Gutachten der internationalen Sachverständigen zugestimmt. Allerdings glaubte man, auf einige Vorbehalte nicht verzichten zu können. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Der Deutsche Industrie- und Handelstag erklärt, daß in dem Gutachten der internationalen Sachverständigen über die Deckung der deutschen Kriegskosten die ungeheure Verarmung Deutschlands an Land und Gut ebenso unterschätzt wie seine Leistungsfähigkeit erheblich überschätzt wird. Gleichwohl ist er aber ebenso wie die Reichsregierung der Auffassung, daß eine grundsätzliche Mitarbeit an den Plänen des Gutachtens der internationalen Sachverständigenkommission seitens Deutschlands eintreten muß.

Bei dieser genaueren Bearbeitung müssen, unbeschadet anderer noch zu äußernder Wünsche, folgende Forderungen durchgesetzt werden:

1. daß eine militärische Besetzung deutscher Gebiete von der Annahme der Bedingungen des Gutachtens an nur noch innerhalb der Grenzen, innerhalb des Rheins und der Zeitdauer, wie solche im Versailler Vertrage festgelegt sind, stattfindet,
2. daß alsbald die volle wirtschaftliche Souveränität des Deutschen Reiches in seinem ganzen Hoheitsgebiet ungehindert in bezug auf Verfassung, Gesetzgebung und Verwaltung wiederhergestellt wird, insbesondere in bezug auf Zölle, Steuern, Verkehr, Währung, Rechtspflege, Freiheit von Person und Eigentum, und daß die verhafteten und ausgewiesenen deutschen Staatsangehörigen alsbald die Freiheit und die Genehmigung zur Rückkehr in die Heimat erhalten,
3. daß durch die noch zu vereinbarenden Ausführungsbestimmungen zu dem Gutachten die Tätigkeit der vorgelebten Kontrollinstanzen in einer Weise geregelt wird, welche ihre Anwendung lediglich zum Zwecke der Bereitstellung wirtschaftlicher Leistungen aus dem Vertrage ermöglicht, und daß die vorgeschlagene, äußerst ungünstige, für die Sicherheit der Kriegskosten keineswegs erforderliche Gefaltung der Eisenbahnverwaltung eine grundlegende Wandlung erfährt,
4. daß der Einfluß des Auslandes auf die geplante neue Goldbank, wie er in den Vorschlägen für die Zusammenfassung und Tätigkeit des Generalrats geplant ist, im Interesse der nationalen Würde unseres Volkes, wie im Interesse der internationalen Kreditwürdigkeit der Bank von Eingriffen in die Verwaltung grundsätzlich ferngehalten und die Tätigkeit des Kommissars auf die Überwachung der Notenausgabe beschränkt wird.

Diese Stellungnahme erfolgt in der Überzeugung, daß die unvermeidbaren Gesetze des Wirtschaftslebens, denen alle Völker unterliegen und deren Einfluß die Sachverständigenkommission im Gegensatz zu den früher und späteren Diktanden anzuerkennen und zu berücksichtigen bestrebt gewesen ist, letzten Endes in Zukunft das Höchstmögliche der Leistungen bestimmen werden, welche das Deutsche Reich infolge des verlorenen Krieges ohne Beeinträchtigung seiner notwendigen Kulturaufgaben und der Freiheit seiner Bevölkerung aufzubringen in der Lage sein wird.

Ein Teil der Vorbehalte erledigt sich dadurch, daß er in dem Bericht der Sachverständigen enthalten ist und daß dieser ein unteilbares Ganze darstellt. Das gilt von den Vorbehalten über die wirtschaftliche Souveränität. Ob man die

im übrigen vorgeschlagenen an sich berechtigten Forderungen durchsetzen kann, ohne Frankreich einen neuen Vorwand zu der von Poincaré angestrebten Sabotage des Berichtes zu bieten, müssen die Verhandlungen mit der Reparationskommission zeigen. Hier liegt die schwerste Hemmung für die Durchsetzung von Einzelwünschen.

## Die Kreditbeschaffung der Landwirtschaft.

### Eine Rede des Ernährungsministers.

In Bremen hält der Deutsche Landwirtschaftsrat seit Freitag seine 23. Plenarversammlung ab. Aus diesem Anlaß hielt der Reichsernährungsminister Graf Kanitz eine Rede, in der er sich die Klagen der Landwirtschaft über niedrige Preise für Lebensmittel, über steuerliche Ueberlastung und wachsende Verschuldung zu eigen machte und erneut für Schutzzölle eintrat. Man will also unter allen Umständen die Verteuerung der Lebenshaltung begünstigen, ohne zugleich den Reallohn gegen eine neue Minderung zu sichern. Interessant waren die Ausführungen Kanitz' zur Kreditfrage. Dazu führte er aus:

Nachdem die Goldkreditbank eingespielt sein wird, können wir mit jenseitiger Sicherheit auf eine Erleichterung in der weiteren Herangebe von Personalkredit seitens der Reichsbank rechnen. Bis dahin ist die Reichsbank aus währungsrechtlichen Gründen leider nicht in der Lage, weitere Kredite zu geben. Der seiner Natur nach kurzfristige Personalkredit als einziges Notentilf kann aber auch niemals eine genügende Basis zur Behebung der Not der Landwirtschaft sein. Wir müssen deshalb mit allen Mitteln darauf hinarbeiten, die Erlegung der kurzfristigen Personalkredite durch langfristige Realkredite zu ermöglichen. Insofern baldmöglichst zu erreichen. Da die landwirtschaftlichen Hypothekendarlehen vor der Hand ohne nennenswerte Barmittel sind, müssen wir uns, wenn wir weiter produktionsfähig bleiben wollen, wohl aber übel mit dem Gedanken vertraut machen, die Unterbelagerung der Realkredite auch durch

### Aufnahme ausländischer Kapitalien

zum mindesten in Erwägung zu ziehen. Der inländische Anleihemarkt ist nicht mehr ausnahmefähig für Pfandbriefe. Der private Geldgeber, der überhaupt noch Geld zu vergeben hat, gibt dieses lieber der Industrie, weil sie schnelleren Umsatz und bessere Garantie für hohe Verzinsung und baldige Rückzahlung bietet. Sofern eine erträgliche Einigung über das Sachverständigengutachten erzielt werden sollte, womit dann eine politische und wirtschaftliche Entspannung eintreten dürfte, wird eine günstigere Atmosphäre für langfristige Auslandsdarlehen zu erwarten sein. Zu diesem Zweck lasse sich dann z. B. denken, daß ein großes, der Landwirtschaft nachstehendes Bank- oder Kreditinstitut eine wertvolle Garantiebank darstellt. Da die Industrie schon längst mit ausländischen Krediten arbeitet, werden auch die Landwirte, nachdem der inländische Kreditmarkt verlagert, in die Zwangslage versetzt werden, nach allen Hilfsmitteln zu greifen, die sich nur irgend zeigen. Kanitz begründet weiter von bekanntem Standpunkt der Regierung zum Sachverständigengutachten.

## Kahrs Amtsnachfolger.

München, 25. April. (B.S.) Von wohlinformierter Seite wird berichtet, daß Kahrs einen weiteren Erholungsurlaub angetreten hat, von dem er nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren wird. Sein Rücktritt wird damit definitiv werden, wenn auch ein Abschiedsgeld noch nicht von ihm eingereicht worden ist. Als mutmaßlichen Nachfolger Kahrs nennt man in politischen Kreisen den jetzigen Innenminister Dr. Schweger, von dem angenommen wird, daß er einem neuen Kabinett Kanitz nicht mehr angehören wird. Die Entscheidung hierüber hängt selbstverständlich von dem definitiven Ergebnis der Landtagswahlen und von der Regierungsbildung ab.

## Wünsche des „Völkischen Blocks“.

München, 25. April. (B.S.) Eine Abordnung des „Völkischen Blocks“ erschien, wie wir erfahren, gestern bei dem bayerischen Minister des Innern, Dr. Schweger, um ihm die Forderungen zu unterbreiten, die Verbände der nationalsozialistischen Arbeiterpartei, des „Völkischen Beobachters“ und der Organisationen „Oberland“ und „Reichsriegelskammer“ aufzuheben und die Bezugsstellen des Hitler-Prozesses, soweit sie sich noch in Haft befinden, freizulassen. Der Minister bekräftigte sich darauf, die Forderungen entgegenzunehmen und bedeutete der Abordnung, daß die Entscheidung Sache des Ministerrates sein werde.

## „Basantasena“ in der Volksbühne.

„Basantasena“ ist nach den Angaben seines deutschen Bearbeiters Lion Feuchtwanger das Schauspiel eines nicht genau festzustellenden indischen Dichters (er könnte Bhaja heißen), obwohl es der Prolog einem legendarischen König Sudrasa zuschreibt. Es dürfte zwischen den Jahren 450 und 650 entstanden sein, also etwa ein Jahrtausend vor den Dramen Shakespeares — woraus Feuchtwanger in seiner Vorrede nachdrücklich und mit dem leisen Triumph eines literarischen Pfadfinders und glücklichen Schatzgräbers hinweist. Ein Teil der Hochachtung, die wir einerseits vor den Jahrhunderten, andererseits vor Indien empfinden, kommt dem Stück zugute. Wäre Lion Feuchtwanger kein Verfasser und nicht ein europäischer Mittler, — wer weiß, ob die nörgelnde Stimme der Kritik nicht um jenes Gran Boshel härter klänge, das man gern einem lebendigen Autor entgegenbringt. Vor einem toten, einem unbekanntem und gar noch indischen Dichterverk, das die Patina der respektablen Jahrtausende trägt, lenkt sich die referierende Feder; obwohl sie gerne bemerken würde, daß in diesem Stück die Ereignisse natio durcheinanderlaufen, die Gestalten von unwahrscheinlichen Edelmut trüben und andere von unmenschlicher Boshel, ein grausamer König auf märchenhaft schnelle Weise erschlagen und von einem edlen Nachfolger ersetzt wird, Güte und Tugend Lohn, Kriegertracht Strafe finden und indische Dichter und Denker an idealer Gerechtigkeit fast mit der himmlischen Justiz konkurrieren. Aber das mag einmal wirklich so gewesen sein, da „Basantasena“ ja im alten Indien spielt und nicht etwa im neuen München.

Der verarmte Kaufmann Isharubatta, der aus freigelegter Güte arm geworden, rettet sowohl Basantasena, die schöne Bajadere, vor den impertinenten Nachstellungen des feigen, listernen und großemwahnstimmigen Königschwagers, als auch den Hirten Arjasa, der einmal einer Prophezeiung zufolge König werden soll, vor dem Tyrannen Balaka. Der Königschwager erwirgt infolge verschämter Liebe Basantasena im Park und klagt, um seine Tat zu vertuschen, den edlen Kaufmann des Mordes an der Bajadere an. Zum Glück ist das Verbrechen nicht gelungen. Basantasena lebt. Gegen den Kaufmann verdächtigen sich die Indier. Aber als er gerade auf dem Schafott steht, erscheint Basantasena. Gleichzeitig hat der Hirt Arjasa den Königsstern gewonnen. Was ist natürlicher, als daß er dem Kaufmann, der eben dem Tod entgangen ist, auch noch ein Landgut schenkt, das dieser edle, mit seiner Bajadere vereint, bis an das selbige Ende bewohnen wird!

Ein Dieb ist edel und gibt, von Reue erfüllt, das Bestohlene der rechtmäßigen Besitzerin Basantasena. Diese, noch edler, schenkt ihm dafür ihre Sklaan, die er liebt und mit dem Geraubten loskaufen wollte. Ein Hentler hat das Prinzip, mit der Urteilsvollstreckung möglichst lange zu warten. Ein Knabe verschmäht das ersuchte Gold, weil die Geberin meint: Wenn die indische Welt wirklich so ist, wie sie der Autor hier schildert, dann können wir Europäer uns

gleich begraben lassen. Jedenfalls fehlt uns die hohe Kultur der Bajadere und die Kultur, die den Respekt vor der Bajadere gebiert. Uns fehlt die humane Harmonie, welche den Sklaan dem Herrn nähert, die Treue, die stärker ist, als der soziale Unterschied, die Lust, die indische Menschen durchströmt und das Land in ein unvollkommenes Paradies wandelt, die duftende Metapher, die jeden Menschen zum Dichter macht. In jenem Indien tritt das Menschliche vor das Soziale. Bei uns Barbaren gibt es keine Kapitalisten, die aus Edelmut arm werden. Also tritt das Soziale vor das Menschliche, unmissverständlich. Es ist ein Verdienst der Volksbühne, uns mit der unwahrscheinlichen, beneidenswerten Traumwelt, einem genialen alten Dichter, seinem sehr begabten Bearbeiter bekanntgemacht zu haben.

Dieses Stück soll mit der leichten Annuit, die den Märchen zukommt, gespielt werden; im Hellbunzel des Metaphysischen, aber des heiteren Metaphysischen. In der Vergewaltigung des Geschehens möchte man trotzdem das jarie antiquarische Aroma nicht missen. Der Blütenstaub indischer Jahrhunderte muß über der Handlung liegen wie über den Märchen aus Laupend und einer Nacht.

Die Regie der Volksbühne (Paul Henckels) verdrämte das Schauspiel mit Musik. Ein Teil der Bühne ragte in den Zuschauerraum hinein. Kostüme, Beleuchtung, Szenerie hatten den spielerisch märchenhaften Charakter. Aber dem Spiel selbst fehlte die innere Lebendigkeit. Es wurde zum Teil mit dem Ernst gespielt, der etwa unserer Vorstellung von dem steifigen Indien Tagores entsprechen würde. Die sehr begabte Gertrud Kanitz hatte Innigkeit und Schwermut. Sie bedürfte eines anderen Regisseurs, um die Ausgeglichenheit zwischen dem annuitigen Leichtsin und der Lyrik der Bajadere zu finden. Karl Ludwig Koch betonte mehr das majestätische Pathos in der Gestalt des verarmten Kaufmanns — auf Kosten der Heiterkeit dieser Gestalt. Leonhard Stiefel hatte die dankbare Rolle dieses Stückes: den grotesken kampfhaften Königschwager. Stiefel ließ sich stellenweise verführen, Gesten und Stimme zu übertreiben. Im zweiten Teil erst gelang ihm die fast vollendete Rhythmung. Von den anderen zeichnete sich Julius Koch durch deutliches Sprechen aus. Die übrigen deklamierten oder transkribierten Verse in Silben. Durch diese Sprachverwilderung ging manche leuchtende Weisheit des alten indischen Dichters verloren. — th.

## Zur Psychologie der Eisenbahnunfälle.

Das furchtbare Unglück auf der Gotthardbahn erhält seine besondere Note durch die romantische Alpengegend, in der es erfolgte. Im übrigen aber ist es ein Eisenbahnunfall, wie sie leider immer wieder vorkommen. Der Grund für die Katastrophe lag wie bei den meisten Unfällen in einer Abweichung von dem gewöhnlichen Ablauf des Betriebes. Das gewöhnliche Gleichmaß war durch die Verpätung des Güterzuges gestört worden, der vor dem Bahleier Schnellzug läuft. Solche an und für sich harmlose Störungen sind in ihren Auswirkungen in den meisten Fällen die Ursachen der

Eisenbahnkatastrophen. Zu diesem Ergebnis gelangte der amerikanische Eisenbahningenieur Reyes, der sich wohl am eingehendsten mit der Psychologie der Eisenbahnunfälle beschäftigt hat. Gewiß liegt eine „Fahrlässigkeit“ vor; sie ist eine Augenblicksschwäche des Gehirns, wie sie jeder im täglichen Leben an sich beobachten kann, und dieses Verlangen der Aufmerksamkeit oder des Gedächtnisses wird gewöhnlich durch die Störung im Betriebe ausgelöst. Solange die Dinge von der Alltäglichkeit nicht abweichen, ist die Gefahr für Katastrophen gering. Aber bei einer Abweichung von der Norm ist bei allen Beamten eine erhöhte Nervenanspannung notwendig. Dabei ist es belanglos, ob dieser ungewöhnliche Vorfall von einer Verpätung herkommt, von der Einziehung eines Sonderzuges oder ob ein unerwartet andersstehendes Signal plötzlich die Aufmerksamkeit der Beamten auf sich lenkt und damit auf Sekunden oder Minuten aus dem gewohnten Gedankenkreis reiht. Mit dieser „Unfähigkeit des Gehirns“ wird man immer rechnen müssen, und alle Bestrebungen, die die Eisenbahnunfälle verhüten wollen, gehen darauf aus, möglichst viele mechanische Vorrichtungen einzuschalten, die unabhängig von Menschen automatisch die begangenen Fehler verbessern oder ihre Folgen aufheben. So hat man zu Weichen gegriffen, die nur einmal benutzt werden können und sich dann wieder automatisch schließen. Man hat Signale erfunden, die sich nicht darauf beschränken, dem Lokomotivführer die Sperrung einer Strecke anzukündigen, sondern die zugleich auch den Zug automatisch zum Anhalten bringen, sobald das Signal auf „geperrte Fahrt“ steht. Diese Vervollständigung der Betriebsicherheit auf der Eisenbahn hat in den letzten Jahrzehnten gewaltige Fortschritte gemacht, und wenn sich auch leider die Katastrophen nie ganz vermeiden lassen, so sind sie doch sehr viel geringer geworden. Interessant ist z. B. die Beobachtung, daß die Eisenbahn verhältnismäßig viel weniger Opfer fordert als die indische alte Postkutsche. Die gemächlich durch das Land trabende Postkutsche hat in der guten alten Zeit den Tod von zehnmal mehr Reisenden verursacht als die moderne Eisenbahn. Die amtliche Statistik der Eisenbahnunfälle zeigt von Jahr zu Jahr eine deutliche Abnahme, und zwar hat Deutschland lange Zeit den Rekord der Betriebsicherheit gehalten. So daß hier die wenigsten Unfälle vorkamen, während sich die meisten in Amerika ereigneten.

Basillini-Gastspiel. Eine hochst von Solisten. In Charlottenburg die Cahier und Baslanoff, in der Staatsoper Lauber, in der Volksoper Battistini. Der Italiener ist die größte Attraktion, was schon aus der Kostümfülle hervorgeht und aus dem Umstand, daß jedes jedes Bravourstück doppelt verlangt wird. Das Publikum glaubt höchst italienisch zu sein, wenn es „da capo“ und „bis“ ruft, auch mitten in die Orchesterabschlüsse hinein. Wir scheint da ein bißchen Raffetum mitzukommen; denn schließlich, wofür bezahlt man soviel Geld? Battistini singt aber vor einem Partett von Künstlern und Sangesmeistern. Er singt den Reine in Verdi's „Masenball“ nicht mehr wie ein Dämon, sondern wie ein Krieger, Größe des Tons in Frage kommen. Durch die Wogen eines mächtigen Orchesters dringt kein Organ nicht hindurch, gewiß nicht in den tiefen Bogen. Aber das Wunder, biologisch und künstlerisch, bleibt groß genug. Der Atem ist klingend geworden, auf ihm schwebt der Ton glanzvoll dahin. Keine Bestimmung, kein unedler Beiklang. Alles ist schön und weich gebettet, wundervoll ausgeglichen und

## Die Trillerpfeife als Programm.

### Völkischer Heldenschwur zu Hitlers Geburtstag.

München, 25. April. (Eigener Drahtbericht.) Im historischen Bürgerbräukeller feierte der Verband Nationalsozialistischer Soldaten den Geburtstag Hitlers, wobei nach einem Vorkriegsbesuch des Festredners Esser eine Resolution angenommen wurde, in der von der bayerischen Regierung die sofortige Freilassung der in Landsberg festgesetzten Hochverräter Hitler, Kriebel und Weber verlangt wird; ferner die sofortige Aufhebung des Verbots der drei Organisationen des Kampfbundes (Nationalsozialisten, Oberland und Reichsflagge) und ebenso des Verbots des „Völkischen Beobachters“. Mit diesen Forderungen begab sich sofort eine Abordnung zum Minister des Innern, Schwegler, der die Herrschaften anhörte und ihnen bedeutete, daß die Entscheidung über ihre Forderungen Sache des Ministerrates sei.

Essers Wiederaufzeten in München — das erstemal seit dem 9. November — verdient wohl beachtet zu werden; denn er ist seit langem der Vorführer der radikalsten Richtung innerhalb des völkischen Sammelsturms. Es liegen bereits Anzeichen vor, daß er mit allen Mitteln an der Wiederaufrichtung der aufgelösten Sturmabteilungen der Nationalsozialisten arbeitet. So werden z. B. auf dem Wege von Chiffre-Inspektoren Leute angeworben für Stellen, die nur auf dem Papier vorhanden sind. Wer sich meldet, bekommt die Auskunft, die Stellung sei bereits besetzt, doch bestehe Aussicht für einen anderen Posten. Bis zur endgültigen Verwendung erhält der Betreffende dann eine Vergütung ausgezahlt. Bemerkenswert ist im Zusammenhang mit diesem Verfahren, daß Esser in seiner Hitler-Festrede auch die Forderung aufstellte, daß die Sturmregimenter Hitlers bald wieder aufzehen müssen.

Weber Hitlers Ansichten und Ziele gab Esser interessante Einzelheiten aus der Festung Landsberg bekannt. Hitler sei nach wie vor derjenige, der für jeden Volksgenossen etwas übrig habe und an allem Anteil nehmen wolle. Hitler sei auch Katholik und halte als solcher auf Takt und christlichen Glauben, er fordere aber, daß Politik und Religion auseinandergehalten werden. Derjenige Priester, der sein Amt mit Politik vermische, sei als Verräter anzusehen und müsse gleich einem Verräter angefochten werden. Die Wandlung, die seine Bewegung seit sechs Monaten durchgemacht habe, sei die bitterste Bille gewesen, die Hitler jemals schmecken mußte. Denn er halte nach wie vor die Befreiung des Parlaments für die erste Bedingung für einen Wiederaufstieg des deutschen Volkes. Hitler sei deshalb absoluter Kompromißgegner. Sein Ziel bleibe die Eroberung der politischen Macht mit allen Mitteln. Esser schloß seine Festrede mit den Worten:

„Deswegen fordern wir von unseren Landtagsabgeordneten, daß ihre parlamentarische Tätigkeit nur im Auf- und Zuschlagen der Pulswelle und im Blasen auf Trillerpfeifen besteht, solange bis Hitler wieder frei ist. Wir wollen nicht Ruhe im deutschen Volk, sondern Unruhe.“

## Völkisches Durcheinander.

### Die einen gegen die anderen.

Der ehrenwerte Geisler, „Führer“ der Säben, ist deutschnationaler Kandidat. Der deutschnationale Handlungsgeschäftsmann aber, dessen Mitglieder sonst stramm völkisch auftreten, soweit sie nicht bei der Streckmann-Partei gelandet sind, hat seine Anhänger in Potsdam II aufgefordert, sich Wahlscheine zu besorgen und in anderen Wahlkreisen abzustimmen. Sie wollen dem Säben nicht ihr Vertrauen aussprechen.

Die „Deutsche Zeitung“ ist über so viel Bosheit ganz indigniert, um so mehr, als andere „christlich-nationale“ Gewerkschaftler dem Beispiel des Säben zu folgen beabsichtigen.

Die Völkischen wollen die deutsche Welt umgestalten. Aber gegeneinander haben sie den furchtbarsten Abscheu. Das bescheinigt auch der Abg. Schlange-Schönungen in der „Deutschen Tageszeitung“. Er beschränkt sich nicht nur über „sozialistische Forderungen“ der Große-Partei, sondern auch über ihre verheerende Tätigkeit gegen die Deutschnationalen.

Ein Orachus, der über Aufruhr sagt!

gedacht. Sänge des Orchesters wie er, zart im Jarien nanciert und ausdrucksvoll, so wäre man eines außergewöhnlichen Genusses auch da froh, wo leht der Raum und die Instrumente die Bornchtheit des Organs verschlingen. Aber immer wieder darf man sagen: keinesgleichen hat dieser 27jährige Bassist in der Welt nicht. Sein Spiel ist einfach, ungeschult, kaum seitlich vertieft; die Stimme aber alles hergebend und alles ersehend. Vera Schwarz (Amelia) spielt gewiß besser, bedachter, klüger, aber ihr umschleierter, niemals recht schöner Sopran enthält eine Stala sowohl von edlen wie von häßigen und groben Tönen. Appels ist eine legera Kraft. Sein sympathischer Tenor sagt wahrhaftiger als seine Geste (wenn er etwa Sehnsucht markiert und dabei die Hände in den Hosentaschen hält). Von besserer Spiel- und Gesangsqualität ist der Ostar von Fripi Joll und die Ulrika der Frau Reynolds, die orchestrale Begleitung, wie gelagert, alles in allem etwas grobe Halbheide. Der Gast wurde stürmisch bejubelt.

Wobefinds „König Nalco“ im Schillertheater. Mit klümem Eigenwillen hat Leopold Jekner die genauen Regie-Anweisungen Wobefinds bei seiner gefrigen Inszenierung übersprungen und einen neuen Versuch gemacht, einen Wobefind-Stil zu finden. Das Wornis ist gelüht. Er schuf eine farbenprächtige, von trockenem Theatorkunst belebte Aufführung, für die ihm das begeisterte Publikum jubelnd Dank spendete. Die geäußerte Aufführung soll nach eingehender gewürdigt werden.

Hans v. Weber. Wie bereits gemeldet, ist in München der bekannte Verlagsbuchhändler Hans v. Weber im 50. Lebensjahre gestorben. Mit ihm geht eine der sympathischsten Erscheinungen des deutschen Buchhandels dahin, die unerschrocken gegen Schund und Kriech in Kunst und Literatur zu Felde zog und sich in seinem „Zweibeis“, einer Zeitschrift über Bücher und andere Dinge, ein keine Persönlichkeit ungetrübt widerspiegelndes Organ geschaffen, das neben Kunstbetrachtungen, Satiren, reizenden Anekdoten und der „Sprechstube“ eine Fülle zuverlässiger Buchbesprechungen enthielt. Seinem Verlag verdankt die gute Bücherstube die mit ebem Geschmack und Liebe ausgestatteten hundert-, hundertfünfzig- und Dreilanggedruckte, Meisterwerke in Satz, Ausstattung und Bildschmuck.

Eine Bahn auf die Zugspitze. In der letzten Zeit ist ein Projekt einer Eisenbahn auf den höchsten Berg Deutschlands, die Zugspitze, wieder lebhaft in den Vordergrund getreten. Man hat auch in Garmisch in einer Volksversammlung zu dem Projekt Stellung genommen. Das neue Projekt soll derart ausgeführt werden, daß der Betrieb auch durch die winterrischen Schneeverhältnisse nicht sonderlich beeinträchtigt wird. Es wurde ein aus 30 Personen bestehendes Komitee gebildet.

In der Staatsoper tritt Lotte Lehmann, die ihr auch im nächsten Jahr für einige Monate angedehnt wird, in dieser Spielzeit zum letztenmal am Dienstag als „Marie“ in der „Toten Stadt“ auf. Ihre Tätigkeit nehmen wieder auf Heinrich Schläpfer am Freitag, den 2. Mai als Sigolotta und Lola Arioli de Padua am Samstag, den 3. Mai, als Violetta.

Vollstühne Nothen. Die nächste Neuenhulderung ist „Gastiel Sgillings Flug“ von Hauptmann. Spielleitung: Otto Kirchner.

## Aus dem neuen Ordnungsland.

Weimar, 25. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Zege der Völkischen gegen den Staatsbankpräsidenten Loeb ist nach den letzten Regierungskreisen keinesfalls beendet. Vielmehr dürfte die ganze Angelegenheit nochmals im Landtag, der am 6. Mai zusammentritt, aufgerollt werden. Die dem Landbund angehörenden Mitglieder des Verwaltungsrates der Staatsbank, Abg. Baum und Dr. Bernide, sind, wahrscheinlich auf völkischen Einfluß, aus dem Verwaltungsrat ausgeschieden. Auch sonst benugen die bürgerlichen Parteien den „Folk Loeb“ im Reichstagswahlkampf in einer Weise, die das Land Thüringen und seinen Kredit ungemein schädigen muß.

## Müller-Brandenburgs Nachfolger.

Weimar, 25. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Nachfolger des in Urlaub geschickten Polizeiobersten Müller-Brandenburg ist bereits gefunden. Die Leitung der thüringischen Landespolizei ist dem Polizeimajor Kühle von Eilenstein übertragen worden, der bisher an der Spitze der Landespolizei in Kassel stand. (Was sagt Dr. Dinter zu dem verdächtig klingenden Namen des neuen Polizeipräsidenten in Thüringen? D. Red.)

Das thüringische Ministerium des Innern hat alle Kreis- und Stadtdirektoren angewiesen, für den 1. Mai keine Ausnahmen von dem Verbot für öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel oder Umzüge zu gewähren. Damit unterbindet die thüringische Ordnungsregierung jede Feier des 1. Mai in der Öffentlichkeit.

## Kommunistische Heldentaten.

Bochum, 25. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Kommunisten haben im ganzen Ruhrgebiet besondere Zehnergruppen aufgestellt, die den Auftrag haben, Log und Nacht die Straßen zu durchstreifen, um Flugblätter und Wahlplakate anderer Parteien zu erspähen. Die Zehnergruppen haben Befehl, alle Plakate der gegnerischen Parteien sofort zu vernichten. Auf welche Widerstände die kommunistische Taktik im Ruhrgebiet stößt, geht daraus hervor, daß eine Flucht von kommunistischen Mitgliedern eingeseht hat, die in der Gewerkschaftsbewegung an führenden Stellen tätig gewesen sind. So sind allein in Bochum vier Gewerkschaftsangehörige in führender Stellung aus der Partei ausgeschieden. Tölpelische Erscheinungen machen sich in Hörne und Weisenkirchen bemerkbar.

## Die Trauerfeier in Bellinzona.

Bellinzona, 25. April. (WTB.) Die Gemeindebehörde veranstaltete heute eine Trauerfeier für die Opfer der Eisenbahnkatastrophe. Aus den meisten Häusern hingen Trauerfahnen, und die Häfen waren ohne Ausnahme geschlossen. Der Trauerzug verlief 10 Uhr das Spital von Bellinzona. Den drei Leichenwagen ging eine Abteilung Feuerwehreinheiten und Polizisten sowie Bischof Monsignore Bacciarini, begleitet von der gesamten Geistlichkeit der Stadt, voraus. Auf dem ersten Wagen befand sich ein Sarkophag für die Leichen Dr. Helfferichs und seiner Mutter, auf dem zweiten die sterblichen Überreste der identifizierten Opfer und auf dem dritten Wagen die Leichen der bis jetzt noch nicht erkannten Leichen. Sämtliche ausländischen Konsuln, die Tessiner Regierung und die Gemeindebehörden in corpore, Vertreter des Großen Rats, des Gemeinderats, eine Gruppe mit 25 Fahnen, die Gemeindefchulen, die kantonale Handelsschule, Vertreter der Vereinigung der Tessiner Studentenschaft und eine Volksmenge von über 4000 Personen bildeten den langen Trauerzug. In der Kathedrale zelebrierte der Bischof die religiöse Feier.

## „Vorwärts“ und „Kreuzzeitung“.

### Zum Tode Helfferichs.

Die „Kreuzzeitung“ bezeichnet unsere Beurteilung Helfferichs und seines politischen Wirkens als Verleumdung und Entstellung und redet von „Schamlosigkeit“. Die Tonart ist durchaus die jener empörenden Heße, die in den schlimmsten Zeiten von der Rechtspresse gegen republikanische Organe und Personen getrieben wurde.

Noch am Vortag hat die „Kreuzzeitung“ die Heße gegen Erzberger geäußert, die in Völkerei der Republik galt. Sie hat die Stirn besessen, diese Völkerei zu verherrlichen!

Wir lehnen es ab, uns von einem Organ, das ein wohigerücktes Maß von Schuld an der Herbeiführung jener überhöhten Atmosphäre trägt, der Erzberger und Rathenau zum Opfer fielen, Vorschüssen über politischen Beschmutzungen machen zu lassen. Die Presse und die Parteien der Völkerei haben dazu jedes Recht verwirkt.

## Der Stoßtrupp Hitler vor Gericht.

Im Anschluß an die Vornmittagsverhandlung kamen die Gewaltakte in der Wohnung des Abgeordneten Auer zur Erörterung. Frau Auer betonte als Zeugin in ihrer Schilderung des im wesentlichen bekannten Vorganges, von einem Angehörigen des Stoßtrupps, nach ihrer Meinung Maurice, mit vorgehaltener Pistole in ein Zimmer hineingestoßen worden zu sein. Als sie später Einspruch gegen die Wegnahme von Geldbeträgen erhob, sagte Maurice zu ihr: „Maul halten!“ und gab ihr wieder einen Stoß. In Maurice erkannte die Zeugin auch den Mann mit aller Bestimmtheit wieder, der mit dem Gemeindefchulen Einrichtungsgegenstände zerstückte. Der Schwelgerjohn Auer, Dr. Luber, wurde nach seiner Befundung von Gericht als Zeuge festgenommen und zum Bürgerbräukeller gebracht. Dort ließ man ihn wieder frei.

Im Mittelpunkt des Interesses in der Verhandlung am Freitagvormittag, in der die Beweisaufnahme geschlossen wurde, stand die Aussage des Oberbürgermeisters von München, Schmid,

der am 9. November zusammen mit anderen sozialistischen Stadträten aus dem Rathaus von dem Stoßtrupp Hitler weggeführt worden war. Der Zeuge unterstrich in seiner Aussage, daß niemals bei einem Umsturz in München bis zum November 1923 der Stadtrat in seiner Tätigkeit irgendwie behindert worden war. Daher hatte er auch am diesem Tage angedeutet, daß alle Beamten im Interesse der Stadt und ihrer Bürger in ihren Dienststellen zu verbleiben hätten. Der Zeuge schilderte das Eindringen der Hitler-Deute in das Rathaus, bei dem namentlich der Beauftragte des Kampfbundes, Zimmermann, in

### brutalster Weise aufgetreten.

sei. Einer der Deute des Stoßtrupps pochte den Bürgermeister am Kragen, weil er sich weigerte aufzustehen, und rief den Zeugen gewalttätig hoch. Als Bürgermeister Schmid sich die Behandlung erbat, wurden die Gewehre auf ihn gerichtet und ihm bedeutet, daß er erschossen würde, wenn noch ein Wort falle. Der Zeuge befand weiter, daß zuerst auch die Stadträte der Bayerischen Volkspartei festgenommen werden sollten. Dann hieß es:

### „Nur die Mordisten!“

Einen Stadtrat, der seinen Hut holen wollte, wurde erklärt: „Sie brauchen keinen Hut mehr!“ Unter Drohungen mit sofortigen Erschießen bei einem Mißtrauensversuch wurden die Geiseln aus dem Rat-

haus herausgebracht und unter einer Flut von Drohungen zum Bürgerbräukeller geführt. Unterwegs seien die Befragten beschimpft und bespuckt worden. Auch im Bürgerbräukeller waren die Geiseln, wie der Zeuge befundet, den unfähigsten Beschimpfungen ausgesetzt. Hitler und der frühere Justizminister Dr. Roth kummerten sich nicht um die Festgenommenen, obwohl einer der Stadträte den früheren Justizminister angesprochen hatte. Der ursprüngliche Befehl, die Geiseln im Falle eines Angriffs der Landespolizei oder Reichswehr auf den bürgerlichen Demonstrationzug zu erschießen, ist, wie der Zeuge mit aller Bestimmtheit feststellt, von dem Angeklagten v. Knobloch drei- bis viermal abgeändert worden. Der Angeklagte rief jedesmal:

„Obacht! Befehl! Die Geiseln werden nicht erschossen, sie werden erschlagen, erstochen oder zertreten. Es wird ihnen einfach mit dem Gewehrkolben der Schädel eingeschlagen.“

Später wurden die Geiseln auf einem Lastwagen bis zum Waide vor Hohenzollern gebracht. Dort wurden sie ihrer Kleidungsstücke beraubt, bis sie schließlich befreit wurden. Dem Angeklagten Knobloch, der bestritt, den Befehl zum Erschießen der Geiseln gegeben zu haben, hielt der Zeuge mit erhobener Stimme entgegen, daß v. Knobloch diesen Befehl auf der Polizeidirektion bei einer Gegenüberstellung bereits zugegeben hat. Der Zeuge blieb auch in einem Kreuzfeuer von Fragen der Verteidigung ausdrücklich bei seiner bestimmten Aussage.

Während der Vernehmung des Oberbürgermeisters teilte der Staatsanwalt mit, daß der städtische Angeklagte Schaub in Salzburg festgenommen worden sei. Er wird nach München übergeführt und in einer geländerten Verhandlung abgeurteilt werden.

Einer der Angeklagten erklärte, als Oberbürgermeister Schmid auf Veranlassung des Staatsanwalts die Reihen der Angeklagten durchging, um den Mann festzustellen, der ihn brutal hochgerissen hatte, daß er es gewesen sei, der den Oberbürgermeister so unanständig angefaßt habe.

Ein anderer Angeklagter bemerkte, es sei „höchste Eisenbahn“ gewesen, die Stadträte zu verhaften, da sie sonst von der erregten Menge aus dem Fenster des Rathauses auf den Marienplatz hinabgestürzt worden wären. Der nächste Zeuge, Stadtrat Dr. Kuhnbaum, der bei seiner Festnahme einen Kolbenstoß über den Kopf erhalten hatte, bestritt die Aussagen des ersten Bürgermeisters in vollem Umfange. — Auf zwei weitere Zeugen zu diesem Fragenkomplex wurde verzichtet. Mit der Vernehmung der Zeugen Polizeiwachtmeister Kirschner und Polizeileutnant Höfner, die sich über die Eröffnung der Landespolizei an der Ludwigsbrücke äußerten, wurde das Verhör abgebrochen. Die entworfenen Polizisten wurden nach diesen Befundungen ebenfalls beschimpft und bespuckt. Der Verhörende stellte noch fest, daß der Angeklagte Festwenger mit zwei Monaten Gefängnis und Bewährungsfrist wegen Diebstahls und der Angeklagte Strauß wegen Bedrohung mit fünf Monaten vorbestraft sind. Strafentwürfe in dieser Sache sind sowohl vom Stadtrat München wie auch der Familie Auer und von der „Münchener Post“ gestellt worden. Einer der Angeklagten erklärte am Schluß der Beweisaufnahme unter Heiterkeit im Saal, es hänge ganz vom Antrag des Staatsanwalts ab, ob er sich noch äußern müsse oder nicht. Am Sonnabend werden die Plädoyers zu Ende geführt. Das Urteil ist am Montag zu erwarten.

## Ueberreichung der Antwortnoten.

### Bevorstehende Veröffentlichung.

Paris, 25. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Antwortnoten Frankreichs, Englands und Belgiens auf die Note der Reparationskommission vom 17. April sind am Freitag im Hotel Victoria überreicht worden. Die italienische Note ist für Sonnabend angekündigt. Sofort nach ihrem Eintreffen sollen die vier Dokumente veröffentlicht werden. Die französische Antwort, über deren Inhalt bisher keinerlei offizielle Mitteilung erfolgt ist, soll zwar in der Form gemäßigt erscheinen als der Brief Poincarés an Barthou, den er auf dessen Veranlassung aber wieder zurückgezogen hatte, sachlich soll dagegen der bekannte französische Standpunkt unverändert aufrechterhalten werden. Ueber die belgische Antwort macht die offiziöse Brüsseler Nachrichtenagentur folgende Mitteilung: Die belgische Regierung erklärt sich unter Anerkennung der hohen moralischen Autorität der von den Sachverständigen in voller Einnütigkeit ausgearbeiteten Pläne bereit, die auf eine praktische und billige Regelung des Reparationsproblems abzielenden Vorschläge in ihrer Gesamtheit anzunehmen. Die belgische Regierung, soll es in der Note weiter heißen, zählt darauf, daß die Reparationskommission die von der deutschen Regierung eingeforderten Befehentwürfe und Verordnungen zur Durchführung dieses Programms prüfen werde. Weiterhin wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Reparationskommission die ihrer eigenen Entscheidung von den Sachverständigen überlassenen Maßnahmen in aktiver Weise vorbereiten werden, damit das gesamte Programm auf Grund der zwischen den Alliierten zu treffenden Vereinbarungen so weit als möglich in Kraft gesetzt werden könne.

Ueber die Antwort Italiens verlautet, daß sie gewisse Vorbehalte hinsichtlich der Regelung der Frage der interalliierten Schulden enthalte.

## Neue Finanzgutachten.

### Die Reparationskommission läßt sie einholen.

Paris, 25. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Reparationskommission, die am Freitag morgen zu einem inoffiziellen Meinungsaustausch zusammengetreten ist, hat beschlossen, die Delegierten Frankreichs und Englands zu beauftragen, durch Befragen hervorragender Finanzleute das Urteil der internationalen Finanzwelt über die Durchführbarkeit des Expertenprogramms und vor allem über die Platzierungsmöglichkeiten der in Aussicht genommenen internationalen Anleihe in Höhe von 800 Millionen Goldmark zu erkunden. Nach dem „Temps“ werden Barthou und Brodbury ihre Enquete bei Pierpont Morgan, Amelio Legninin, der am Freitagabend in Paris eintrifft, Weiterhin sollen die Präsidenten der Bank von Frankreich und der Bank von England sowie die Leiter anderer Finanzinstitute befragt werden. Es soll sich dabei jedoch nicht um offizielle Verhandlungen zur Unterbringung der Anleihe handeln. Die Befragungen sollen vielmehr rein beratenden Charakter haben. Man erwartet von ihnen wertvolle Fingerzeige auch für die Durchführung anderer Teile des von den Experten vorgeschlagenen Programms.

### Morgan in Paris.

Paris, 25. April. (EP.) Pierpont Morgan ist heute nachmittags 3 Uhr in Paris angekommen. Er wird bereits nächste Woche nach London abreisen. In der Zwischenzeit wird er von Poincaré empfangen werden und an einer Konferenz internationaler Finanzleute teilnehmen, die über die deutsche Anleihe von 800 Millionen Goldmark beraten werden. Dagegen erklärt man in belgischen Kreisen von Paris, daß die Meinung, wonach Morgan mit belgischen Regierungsvertretern über eine Morgananleihe an Belgien nach dem Vorbild Frankreichs unterhandelt werde, unrichtig ist.

Der Mörder Enver Paschas, der albanische Abg. Rusten, ist den Verlegungen erlegen, die ein politischer Gegner ihm auf Veranlassung des Dieners von Rusten beigebracht hat.

Eine Warnung vor dem Besuch Langers in Marokko wird offiziell erlassen. Deutsche, die selbst nur auf Schiffen im Hafen, geschweige denn in der Stadt angetroffen werden, kommen ins Gefängnis!

# Gewerkschaftsbewegung

## Der Lohnkampf im Berliner Baugewerbe.

In der Generalversammlung des Baugewerksbundes am Freitagabend führte der Vorsitzende Thoms unter anderem aus: In einer in der bürgerlichen Presse erschienenen aus Unternehmertreibern stammenden Notiz heißt es, die Maurer und Bauarbeiter hätten sich in großem Umfang dem Streik der Zimmerer angeschlossen. — Diese Angabe sei unmaß und nur darauf berechnet, die von den Unternehmern beschlossene Aussperrung zu begründen. Richtig sei, daß 90 Prozent der Mitglieder des Baugewerksbundes sich streng an die Parole ihrer Organisation gehalten haben und weiterarbeiten. Welchen Umfang die Aussperrung annehmen wird, könne man noch nicht übersehen. Auf einigen Baustellen sei die Entlassung schon am Freitag erfolgt. Im allgemeinen werde die Aussperrung, soweit sie durchgeführt werde, zum Teil am Sonnabend, zum Teil am Montag beginnen. Die Arbeiterorganisation werde alles tun, um die Taktik der Unternehmer zu durchkreuzen. Der Redner empfahl die folgende Resolution:

In Anbetracht der Tatsache, daß die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeberverbände im Berliner Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe am 23. April beschlossen hat, die Aussperrung aller Berliner Bauarbeiter am Sonnabend, den 26. April, vorzunehmen, beschließt die Versammlung:

1. Jedes ausgesperrte Mitglied hat sich am Dienstag, den 29. April, von 9 Uhr ab in seiner Kontrollmeldestelle unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches zur Kontrolle zu melden.
2. Jeder Aussperrte erhält eine Streikkarte ausgefertigt, die persönlich täglich einmal in seiner Kontrollstelle in der Zeit von 9—3 Uhr vorzulegen hat. Bei Unternehmern, die nur auf einigen Baustellen die Aussperrung vorgenommen haben, ist auf den übrigen Plätzen die Arbeit sofort einzustellen. Die übrigen nicht ausgesperrten Kollegen arbeiten weiter und haben den Unternehmern im Laufe des Monats folgende Forderung zu unterbreiten:

Als Mindestforderung für Maurer und die in der Lohnhöhe bisher gleichwertigen Gruppen ein Stundenlohn von 85 Pf., Bauhilfsarbeiter 75 Pf., Tiefbauarbeiter 65 Pf.

Für alle an der Aussperrung beteiligten Fachgruppen, mit Ausnahme der im Streik befindlichen Stützbaubranche, gelten, soweit Arbeitsmöglichkeit vorliegt, die bisherigen prozentualen Zuschläge.

Alle zu den neuen Bedingungen in Arbeit stehenden Kollegen erhalten als Ausweis im Verhandlungsbüro eine Arbeitsberechtigungskarte ausgestellt.

Insondere sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die bisherige, im Bezirksarbeitsvertrag vorgesehene Arbeitszeit nicht überschritten werden darf.

3. Die an der Aussperrung nicht beteiligten, zu den neuen Bedingungen in Arbeit stehenden Kollegen haben neben dem ordentlichen wöchentlichen Verbandsbeitrag pro Tag eine Mark an die Streikkasse abzuführen. Alle übrigen nicht an der Aussperrung beteiligten Fachgruppen zahlen bei einem wöchentlichen Verbandsbeitrag von 65 und 80 Pf. 2 Mk. Streikbeitrag und die sonstigen Fachgruppen 4 Mk. pro Woche.

In der Diskussion wurden von einzelnen Rednern die aufgestellten Lohnforderungen als nicht weitgehend genug bezeichnet. Im übrigen herrschte vollkommene Uebereinstimmung hinsichtlich der vom Vorstande empfohlenen besonnenen Taktik. Nachdem Thoms im Schlußwort noch betont hatte, daß es sich lediglich um einen Abwehrkampf handele, wurde die Resolution einstimmig angenommen.

## Zum Streik im Stuck- und Gipsbaugewerbe.

Die Versammlung der in der vierten Woche Streikenden am 25. April zeigte trotz der veränderten Situation durch die drohende Aussperrung im Baugewerbe eine jubelnde Stimmung. Eine Verkennung der Lage kam der Entschluß zum Ausdruck, den Kampf auch über die Bewegung im Baugewerbe hinaus bis zum Siege durchzuführen.

Da noch immer von Maurern versucht wird, Gipsplatten zu verkaufen, wird nochmals auf die Bekanntmachung in der letzten Bundesversammlung des Baugewerksbundes hingewiesen, daß jede Plattenarbeit während des Streiks zu ruhen hat. Der Lohn für Mattenleger war allein im Tarifvertrage für das Stuck- und Gipsbaugewerbe geregelt und dieses Tarifes wegen wird gestreikt.

## Zum Dachdeckerstreik.

Die Bewegung im Dachdeckerberuf hat einen weiteren Umfang angenommen. Der Beschluß vom 13. April, den Streik ganz allgemein zu führen, ist von den Dachdeckern durchgeführt worden. In erster Linie richtet sich der Kampf gegen das eigenmächtige Vorgehen der Arbeitgeber und in zweiter Linie für den Abschluß eines Tarifvertrages. Durch Renner sollte zunächst die neunstündige Arbeitszeit in Berlin erreicht werden, trotzdem noch sehr viel arbeitslose Dachdecker auf dem Arbeitsnachweis eingeschrieben waren. In einem vertraulichen Rundschreiben hatte der Vorsitzende des Innungsverbandes, Bund Deutscher Dachdeckerinnungen, Herr Richter in Berlin, die Arbeitgeber angewiesen, keine Tarifverträge abzuschließen.

In der Versammlung am 18. April wurden die Forderungen herabgesetzt auf 95 Pf. pro Stunde für den Dachdecker und für den Hilfsarbeiter 5 Proz. weniger. Arbeitszeit und alles übrige soll so bleiben, wie es bis zum 31. März war. Diese Forderungen wurden den Arbeitgebern am 23. April mitgeteilt. Darauf ging am 25. April folgende Antwort ein:

Der Zentralrat der Dachdecker, Filiale Berlin, hat, als er den Generalstreik beschloß, nicht um Verhandlungen nachgesehen. Die Mitglieder Ihres Verbandes sind laut Beschluß der Versammlung vom 13. April, von der unsere Organisation nur durch „Vorwärts“-Notiz vom 17. April Kenntnis bekommen hat, an die einzelnen Arbeitgeber mit der

Forderung einer Lohnerhöhung auf 1,20 M. für den Gesellen herangetreten und haben, als von diesen eine betrübliche Lohnabnahme abgelehnt wurde, die Arbeit niedergelegt.

Um klare Verhältnisse zu schaffen, hat die Meisterschaft Groß-Berlins in der gestrigen außerordentlichen Generalversammlung die Aussperrung aller im Tarifgebiet Groß-Berlins beschäftigten Dachdecker und Hilfsarbeiter beschließen müssen.

Tatsächlich wurden die Arbeitgeber am 17. März ersucht, mit den Arbeitnehmern zu verhandeln. Darauf kam von den Arbeitgebern die schriftliche Mitteilung, daß eine Verhandlung über Tariffragen vorerst nicht stattfinden könne, da die Wirtschaftskommission der Dachdecker-Zwangsinnung Berlin die Reichstaxtarifverhandlungen in Leipzig abwarten müsse. Am 28. März wurde erneut der Antrag an die Arbeitgeber gerichtet, zu verhandeln. Auf dieses Schreiben haben die Arbeitgeber nicht geantwortet. Es ist somit zu verstehen, daß dieses Verhalten der Arbeitgeber große Empörung bei den Arbeitern auslöst hat und daraufhin in der Versammlung am 13. April beschlossen wurde, 1,20 M. für den Dachdecker zu fordern.

Auch die christlich organisierten Dachdecker haben sich der Bewegung angeschlossen. Damit dürfte erreicht sein, daß im Dachdeckerberuf die Arbeit allgemein ruht. Sollte noch irgendwo gearbeitet werden, so sind es „Arbeitswillige“. Eine Berechtigung zur Arbeit hat niemand. Alle Bauarbeiter haben Pflicht, darauf zu achten, daß nirgends Dachdeckerarbeiten verrichtet werden.

## Die Erwerbslosenunterstützung erhöht.

Im Anschluß an die Verhandlungen im Erwerbslosen-Ausschuß des Verwaltungsrates des Reichsamtes für Arbeitsermittlung und an die Verhandlungen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände in der Reichskanzlei am 19. April hat das Reichskabinett in seiner Sitzung am Donnerstag eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um durchschnittlich 20 v. H. mit Wirkung vom 5. Mai beschlossen.

Der Prozentsatz der Erhöhung ist hoch, doch die Steueransätze sind so niedrig, daß die prozentuale Erhöhung nicht viel bedeutet. Immerhin, eine einstufige Abschlagszahlung auf die notwendige Höhe der Erwerbslosenunterstützung.

## Maßregelung des streikenden Chor- und Ballettpersonals.

Die Intendant der Berliner Staatsoper teilt der Presse mit, die Entscheidung in dem am 2. April bei der Staatsoper ausgebrochenen Streik sei endgültig gefallen.

Es fanden auf Ansuchen des Verbandes Verhandlungen zwischen der Generalverwaltung und den Organisationsvertretern unter Vorsitz des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung statt. Deren Hauptpunkt war die Förderung des Verbandes: Wiedereinstellung aller infolge des Streiks entlassenen Mitglieder. Dieses war unerfüllbar, da die Generalverwaltung außer 73 alten Mitgliedern des Chor- und Ballettpersonals, die sich von der Streikbewegung losgelöst und um ihre Wiedereinstellung gebeten hatten, bereits 68 bisher der Staatsoper nicht angehörende Kräfte verpflichtet hatte.

Die Generalverwaltung sei zu ihrem Bedauern nicht mehr in der Lage, die noch bis gestern streikenden früheren Mitglieder über die einkaufsmäßig vorgesehene Stellenzahl hinaus wieder einzustellen. Angesichts dieser unabänderlichen Tatsache erklärten beide Parteien die Verhandlungen für endgültig gescheitert.

Sie will den alten Stamm des früheren Chors mit den neuen Arbeitswilligen zusammenschmelzen, den Balletkörper wiederherstellen, das heißt, die Arbeitswilligen erst ausbilden, was in kurzer Frist geschehen sein soll.

Die Auffassung, daß, nachdem die Verhandlungen an der Wegerung der Generalverwaltung gescheitert sind, die Streikenden wieder einzustellen, in der Absicht, die Arbeitswilligen erst einzuarbeiten, sei die Entscheidung endgültig gefallen, ist ebenso originell wie einseitig. Der unter dem früheren Personal leider recht wenig entwickelte Solidaritätsbegriff berechtigt keineswegs zu dieser Maßregelung.

## Achtung, Metallformer und Berufsgeossen!

Die Vereinigung Berliner Metallgießereiarbeiter hat das letzte Lohnabkommen in ihrer Versammlung wiederum abgelehnt. Wir werden nunmehr den Schlichtungsausschuß zur Entscheidung anrufen und dann unseren Kollegen weitere Mitteilung ausgeben lassen.

Der Branchenleiter.

## Beendeter Streik der Berliner Gummiarbeiter.

Ueber die Beendigung des Streiks in der Berliner Gummiindustrie berichtet der „Berliner Lotofanzeniger“ offensichtlich im Auftrage des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie in durchaus irreführender Weise.

Wenn der Arbeitgeberverband die Zahlstelle Groß-Berlin des Verbandes der Fabrikarbeiter bezichtigt, eine unklare Stellung zum Streik der Berliner Gummiarbeiter eingenommen zu haben, so ist dieser Vorwurf falsch. Die Stellung der Zahlstelle ist, daß sie nicht ruhig zusehen kann und wird, wie großwuchsig gewordene Unternehmer den Schiedspruch vom 22. Februar in falscher Weise auslegen. Es kann keine Rede davon sein, daß das Vorgehen der Berliner Gummiarbeiter Tarifbruch war. Dem Arbeitgeberverband ist es trotz aller Anstrengungen nicht gelungen, einen Spruch zu erhalten, der Tarifbuch feststellt.

Wichtig ist auch, daß der Betrieb in allen Fabriken voll aufgenommen ist. Bei der demokratischen Firma S. Herz ist durch den freiwilligen Verzicht der Facharbeiter auf Wiedereinstellung auch heute noch nicht die Arbeit in den einzelnen Abteilungen voll aufgenommen. Falsch ist, daß der Widerstand der Streikenden nach fünfwöchentlicher Dauer durch die Streikbrecher — der „B. L. U.“ — schweigt verschämt „neue Leute“ — gebrochen wurde. Der Streik ist mit teilweisem Erfolg beendet. Ober will der Arbeitgeberverband behaupten, daß die Erhaltung des Achtstundentages und der Waspausen für 1000 Gummiarbeiter Groß-Berlins keinen Erfolg darstellt? Damit ist auch die gepriesene Einmütigkeit der Berliner Gummiindustriellen gekennzeichnet, von der wir, wenn gewünscht, auch noch ein ander

Stück fingen können. Die Heumaiserei über den Verlust an Arbeitszeit in der wirtschaftlichen Not Deutschlands ist an die falsche Adresse gerichtet. Der Verlust ist auf die Scharfmacherkollaren einzelner Unternehmer der Industrie, in erster Linie auf das Verhalten der Firma S. Herz zurückzuführen.

Der Zweck des den Arbeitern aufgezwungenen Kampfes, Verstärkung des Zusammenhalts der Gummiarbeiter, ist von den Unternehmern trotz allem auch mit Hilfe der Polizei angewandten Terrors nicht erreicht. Der Schiedspruch vom 22. Februar läuft am 31. Juli ab.

## Streikende Arbeitgeberbeisitzer.

In Peilert sind die Arbeitgeberbeisitzer beim Gewerbegericht in den Streik getreten, weil das Gewerbegericht die Zulassung des Syndikus des Arbeitgeberverbandes abgelehnt hat. Die zahlreich vorliegenden Klagen können deshalb einstweilen keine Erledigung finden.

## Die Lohnfrage im Ruhrbergbau.

Bochum, 25. April. (Eigener Drahtbericht.) Der am 23. April in Essen gefällte Schiedspruch, der eine Erhöhung der Bergarbeiterlöhne vorsieht, kann keineswegs als eine Klärung der bestehenden sozialen Differenzen im Bergbau angesehen werden. Wie sich die Parteien an der Frage der Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches stellen werden, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen. Jedenfalls liegt noch immer viel Konfliktstoff vor. Am 1. Mai läuft der bestehende Rahmentarifvertrag ab. Von den Arbeitnehmern ist außerdem das Ueberarbeitsabkommen gekündigt worden. Falls die Arbeitgeber die Erledigung dieser Frage mit der Lohnregelung verbinden wollen, ist schärfter Widerstand von den Gewerkschaften zu erwarten. Am Sonnabend sollen neue Verhandlungen unter Leitung des Schlichters für Rheinland und Westfalen beginnen.

Von den auf den Jochen Alftaden und Concordia bei Oberhausen am Donnerstag in wilden Streik getretenen Bergleuten sind am Freitag zur Frühlingszeit 450 Mann wieder zur Arbeit angetreten. Man rechnet damit, daß der Rest der Streikenden am Samstag wieder anfahren wird. Auf Jochen Diergard III sind am Donnerstag früh 320 Mann in den Streik getreten.

## Vom englischen Bergbau.

London, 25. April. (Eigener Drahtbericht.) In den Verhandlungen vor dem Untersuchungsamt zum Studium der Lohnverhältnisse im englischen Bergbau erregte die Mitteilung des Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes Smith zu sehen, daß jeder Bergarbeiter im Bergbau im Durchschnitt fünf Lohesopier fordern und jede Stunde 32 Berlektie.

Der Bergbauminister Schinwell bezeichnet in einer Versammlungsrede die Sozialisierung der Bergwerke als einzige dauerhafte Lösung der Verhältnisse im Bergbau. Er teilte mit, daß die Regierung einen Gesetzentwurf einbringen werde, um die Privilegien der Grundeigentümer abzuschaffen, die diesen meist sehr reichen Grundbesitzern neben ihrem Einkommen als Bergwerkseigentümer noch andere Bezüge abwerfen. Allerdings seien die Aussichten selbst dieses ersten Schrittes der Arbeiterregierung zur Lösung der Probleme des englischen Bergbaues noch keineswegs sicher.

Die Zeitungsleiter in Budapest werden heute durch Abstimmung in den Druckereien über die Wiederaufnahme der Arbeit entscheiden, nachdem die Vertrauensmänner beschlossen, ihnen die Entscheidung selbst zu überlassen.

Die englischen Lohnbewegungen. Dem Beispiel der Reichsmittel folgend, verlangen jetzt auch die Elektricitätsarbeiter eine Aufbesserung. Acht große Gewerkschaften mit 200 000 Mitgliedern, fordern eine Lohnerhöhung um 10 Schilling wöchentlich. Die Vorsitzenden der Grubenarbeiter-Gewerkschaften haben der Regierungskommission einen Bericht erstattet, daß im Jahre 1923 von 1 Million in den englischen Gruben beschäftigten Arbeitern 1197 getötet und 212 256 Arbeiter verwundet wurden.

Feuerungs- und Schmelzmaschinen. Am Sonntag, den 7. April, vormittags 9½ Uhr Versammlung bei Köhler, Wobnitz, 9. Erdrücken aller dringend notwendig.

Gewerkschaft und Arbeiter. Montag, den 28. April, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung im Seimmländer Gesellschaftshaus, Seimmländer Str. 12, Baumgarten, Fachgruppe Glaser. Der Lohn für Glaser beträgt vom 25. April bis 8. Mai 75 Pf. pro Stunde. Die Lohnverhandlung für Hilfsarbeiter findet erst am 30. April statt. Laut einstimmigem Beschluß der Mitgliederversammlung muß am 1. Mai die Arbeit ruhen. Die Kollegen beteiligen sich an der Versammlung des Baugewerksbundes am 1. Mai, früh 10 Uhr, im Friedrichshain.

Angestellte im Elektrozweig. Die Verhandlungen wegen der Gehaltssteigerung im Elektrozweig führten zu einem Abschluß, der Erhöhung um bis zu 14 Proz. bringt. Die Mantelvertragsverhandlungen werden in der nächsten Woche fortgesetzt. Gehaltssteigerungen sind beim Zentralverband der Angestellten erhältlich.

Zentralverband der Reichsinnen- und Heier, Gesellschaft Groß-Berlin. Wir verweisen nochmals auf die von der Gewerkschaftskommission sowie dem VZ-Ordnungsamt herausgegebenen Bekanntmachungen, des weiteren auf die am 4. April 1924 im Gewerkschaftshaus in unserer allgemeinen Funktionärerversammlung angenommenen Resolutionen, die folgenden Wortlaut hat: „Die am 4. April im Gewerkschaftshaus verfassten Funktionäre des Zentralverbandes der Reichsinnen- und Heier beschließen, daß die Mitglieder des Verbandes den 1. Mai 1924 als grundsätzlichen Demonstrationstag durch Arbeitruhe zu bezeichnen haben“, und fordern unsere Kollegen auf, sich schärfend an der Loge festzuhalten, die gemeinsam mit dem Deutschen Metallarbeiterverband im Wehlfeld-Theater (nicht im Godebau der Brauerei Friedrichshain) stattfinden, zu betreiben.“

Die Ortsverwaltung.

Berlin: Reichsamt für Volkshilfe; Ernst Reuter; Wirtschaft; Felix Gatenau; Gewerkschaftsbewegung; J. Glatzer; Kullieton; Dr. John Schimanski; Solales und Glatzer; Feig Karst; Kuziger; Th. Glatzer; Familie in Berlin. Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Verlag und Verlagsanstalt Paul Cramer u. Co., Berlin SW. 68., Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen.

Nähr Dich mit  
**Porath!**  
Eiweiß-Nähr-Kakao - spart Milch und Zucker  
Puddings und Soßen - auch ohne Milch vorzüglich

# DUNLOP Vollgummi-Reifen

■ für Last-Kraftwagen ■

sind ebenbürtig in Konstruktion und Haltbarkeit den

# DUNLOP CORD-Reifen für Fahrräder und Automobile

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

# Sonntägliche Wanderziele.

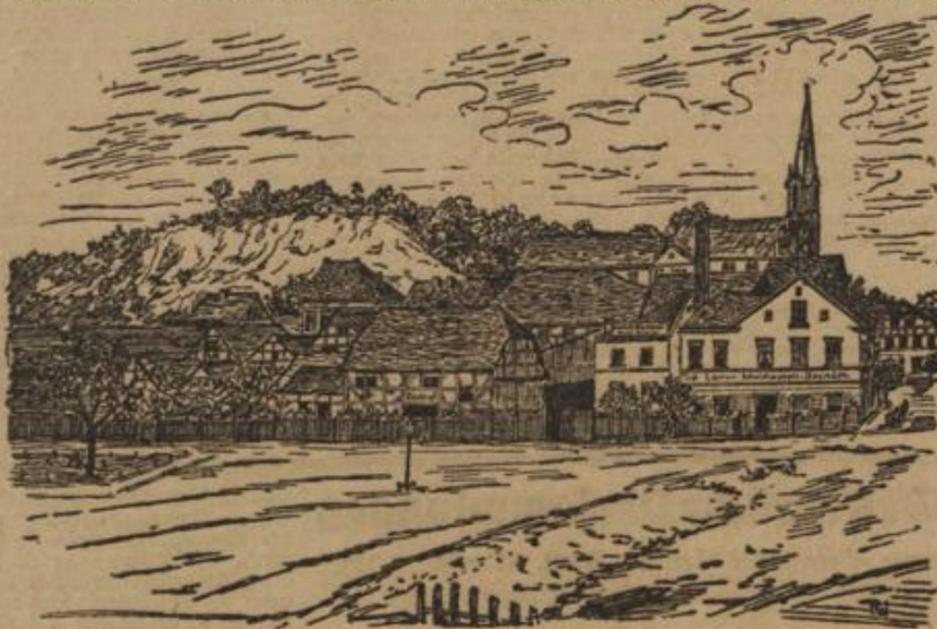
## Am Oderbruch.

Vom Stettiner Fernbahnhof fahren wir über Eberswalde nach Niederfinow (Sonntagsfahrte bis Freienwalde lösen). Die Bahn zieht sich von Eberswalde an auf dem Südrand des alten Eberswalder Tales hin. Rechts steigt die Hochfläche des Barnim zu beträchtlichen Höhen auf; der Abhang ist oft stark gefurcht und zerrissen von den Wasserläufen, die sich ihren Weg von der Höhe zum Tal bahnen. Bei Niederfinow tritt der nördliche Talrand, die Hochfläche der Uckermark, nahe an den südlichen heran, wodurch das Tal auf wenige hundert Meter verengt wird. Diese enge Pforte wurde von den Wassern des Urstroms ausgegossen, die sich dann weiter nach Westen wälzten, dem Westmeer zu. Vom Bahnhof wenden wir uns nach Norden; wir überschreiten den Finowkanal, der unter Benutzung des Finowfließes auf der Sohle des Tales angelegt wurde, und sind gleich darauf in Niederfinow. Das Dorf liegt langgestreckt am Rand der Hochfläche, die das Urstromtal im Norden begrenzt. Wir wandern nach rechts am Fuß der aufsteigenden Höhen weiter, zur Seite der weiten Ebene des Nieder-Oderbruchs. Bald haben wir den Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin erreicht, jenes Meisterwerk der Technik, das über Berg und Tal, über Eisenbahnen und Bäche dahinführt, um eine möglichst gerade Wasserstraße zwischen der Reichshauptstadt und dem wichtigen Ostseehafen herzustellen. Eine gewaltige Schleusenanlage ist hier errichtet worden, um den Höhenunterschied der Havel und der Oder, der etwa 36 Meter beträgt, auszugleichen. Wir sind in Biepe, einem alten Schifferdorf, dessen Name auf die Linde hindeutet, die im wendischen Sipa heißt. In früheren Zeiten muß dieser Baum hier häufiger vorgekommen sein. Bei Biepe tritt ein Bogen der großen udermärkischen Endmoräne bis hart an das Oderbruch. Der Reichtum an Geschiebteföden wird in zahlreichen Steingruben ausgenutzt. Unser Weg führt am Fuß der Höhen weiter; über die Niederung blicken wir zum südlichen Steilufer des Tals hinüber, an dem Freienwalde liegt. Ein alter Bars in dieser Gegend sagt von dem Wege:

„Sun Oderberg noch Biepe  
Daa hing mi meine Biepe  
In'n ouden Rügen ut.“

Die höchste Erhebung ist der etwa 100 Meter hohe Pimpinellenberg; wir besteigen den Aussichtsturm auf seinem Gipfel. Eine prächtige Fernsicht bietet sich von hier oben. Wir schauen über die ausgebreiteten Waldgebiete der Forst Chorin, wir sehen über das Oderbruch, durch das sich die zahlreichen Arme der Oder (Schängel, bis weit in die Neumark hinein; nach Norden zu liegt die Uckermark unserem Blick offen, die alte Mäckenstraße von Angermünde taucht in weiter Ferne auf. — Der Pimpinellenberg bietet auch dem Botaniker manches Sehenswerte, er gehört zu den pontischen Höhen. Manche Pflanzen, deren Heimat die südosteuropäischen Steppen sind, gedeihen hier, weil sie Lebensbedingungen vorfinden, die ihrem Fortkommen zuzagen. Wir steigen vom Berg herab und wandern in die alte Stadt Oderberg; bereits 1259 wird sie als Stadt genannt. In den alten Heerstraßen nach Rommern und Preußen siedelten sich hier im Schutz einer Burg Hanse treibende an. Von dem 1372 erbauten neuen Schloß, der Bärenfeste genannt, sind noch einige Mauerreste erhalten, die jenseits der Oder liegen. Von dem Höhenrand — Bergfriedhof, Bastei und Albrechtsberg — schöne Aussicht auf die Stadt, deren Häuser so dicht am Berggrund liegen, daß man schier in die Schornsteine gucken kann. Auf dem Marktplatz ent-

springen zwei Quellen, die in eiserner Röhre gefaßt sind. — Von der Oberbrücke bietet sich ein schöner Rückblick auf die sich an die Berg- höhen schmiegende Stadt (vgl. Abbildung). Der Kirchturm mußte vor einiger Zeit abgetragen werden, da er einzustürzen drohte. Wir wandern an zahlreichen Schneidemühlen vorbei, die das auf der Rege, Warthe und Oder herangespülte Holz verarbeiten, nach Brolitz. Der Höhenzug, um den sich der Weg herumzieht, gehört zur Reuenhagener Insel. Auf ihr findet sich die Fortsetzung des Endmoränenzuges von Oderberg und Biepe, der dann weiter zur Neumark hinüber streicht. Die Oder strömte einst westlich um diesen Höhenzug herum; heute ist ihr Lauf noch als Alte Oder erhalten. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde jedoch die Land- verbindung bei Neu-Biepen durchstochen und der Stromlauf be-



Oderberg.

gradigt. Die Reuenhagener Insel wurde jetzt zu einer wirklichen Insel; der Oberstrom, die Neue Oder, hat seinen Lauf östlich von ihr. Wir kommen nach Schiffmühle am Südrand der Insel. Eine kurze Wanderung über das hier mit schmaler Oberal bringt uns nach Freienwalde, an der Alten Oder gefogen. Von hier treten wir die Heimfahrt an. (Weglänge etwa 26 Kilometer.)

## Zum Ullisee.

Dieses still-friedliche Waldsee, ein Namensvetter des berühmten gleichnamigen Sees in der holländischen Schweiz, liegt im Gebiet der Wendischen Spree. Vom Berliner Bahnhof Oder von den Bahnhöfen der Stadtbahn (hierbei in Niederschönweide umsteigen) fahren wir bis Eichwalde. Vom Bahnhof fährt die Bahnstrecke durch die seit etwa 30 Jahren bestehende Erdbahn Eichwalde nach Schmüdow, einem bereits in Urkunden von 1375 genannten Fischerdorf. Vorgeschichtliche Funde zeugen von einer Siedlung, die hier schon zur Bronzezeit bestanden hat. Das Dorf liegt auf einer Halbinsel, die vom Jentzener See im Süden, Bannsee im Norden — beide im Zuge der Dahme — und Seddinsee im Osten umspült wird. Aus der vor einigen Jahren erneuerten eisernen Brücke wandern wir über die Dahme zum Schmüdowitzer Werder hinüber. Der Werder ist bewaldet, und der Wald gehört zum Dauerwaldgürtel von Berlin; dadurch besteht die Aussicht, daß der Waldland recht lange erhalten bleibt. — Dicht am Ufer des Seddinersees fährt ein Fußweg links ab bis zum Oder-Spreekanal. Ab dann wandern wir am Kanal weiter bis an das Ende des Waldes. Wir gehen nach rechts durch die Siedlung Schmüdowitzer Werder und folgen der Chaussee nach links. Auf einer Brücke über-

schreiten wir das Verbindungsfloß zwischen dem nahezu völlig verlandeten Bernsdorfer See im Norden und dem Großen See im Süden und haben Bernsdorf erreicht. Wir haben die Grenze der Reichshauptstadt, die um den Schmüdowitzer Werder verläuft, verlassen. Auf der Chaussee wandern wir gen Süd zum Dorf hinaus, wenden uns jedoch sobald am Waldrand halblinks. Nach etwa 20 Minuten geht der Weg nach Friedrichshof links ab. Er führt über waldreiches Gelände, das Mocrin-Feld. Der Ursprung und die Bedeutung dieses Flurnamens konnte bisher nicht ermittelt werden. Der aus dem Rautischen abzuleitende Name deutet auf Feuchtigkeit, Rässe hin; jedoch ist das Gelände vollständig trocken. Vielleicht gelangt es einem unserer Wanderfreunde, näheres über den Namen Mocrin-Feld ausfindig zu machen; der Vorwärts-Wanderer wäre dankbar, wenn er es dann ebenfalls erfahren würde. — Wir folgen dem Wege, der bald wieder vom Wald aufgenommen wird, und der sich als schnurgerades Bestreben hinzieht, bis zum Jagenstein 164, 165, 149, 150. Hier liegen wir auf dem Dvergestell rechts ab und kommen zum Forsthaus Ullisee am Nordende des Ullisees. Das Gelände ist eben, der Wald besteht aus Kiefern, wir dürfen schon daraus schließen, daß wir das Gebiet eines Urstromtals durchwandern, was auch wirklich der Fall ist. Wir bleiben nun auf dem Westufer des Ullisees. In der Nähe der Koblener Ziegelei erreichen wir den Bernsdorfer Rauten-See, der mit dem Ullisee einerseits und dem von der Dahme durchflossenen Krüpelsee andererseits in Verbindung steht. Wir halten uns möglichst nahe am Ufer und kommen schließlich nach Bernsdorf. Von hier wandern wir durch die an Ziegeleien reiche Gegend, in der Nähe des Krüpelsees und später des Grimmsches, gen West nach Neue Mühle. Von diesem, alten Berliner Wasserfreunde gut bekannten Ort bringt uns eine kurze Wanderung durch den Tiergarten nach Königsmusterhausen, früher Wendisch-Wusterhausen geheißen. Ein Spaziergang durch den an der Spitze gelegenen Marktplatz mit seinem von Eisen umspinnenen Jagdloß, in dem der „Sodatenkönig“ seine „Tabakskollegen“ abteilt, beschließt unsere heutige Wanderung (Weglänge etwa 25 Kilometer).

## Schutz vor Nachtfrost.

Der kalte April hat die Hoffnung, mit der Frühjahrbestellung rasch vorwärts zu kommen, ziemlich zerschanden gemacht. Selbst unter Schutz von Glasfenstern ausgefaßte oder ausgepflanzte Pflanzen zeigten nur geringe Fortschritte im Wachsen. Im Freien ist der Boden noch lange nicht erwärmt und zum Teil überreich an Feuchtigkeit. Sollen bisher geschützte Pflanzen ins Freie gesetzt werden, so müssen sie abgehärtet sein, sonst bringt sie noch das „Müllfrost“ zu Tode. Es ist nicht immer gesagt, daß die „gestrengen Herren“ im Mai Frost bringen müssen; dieser kann sich auch später einstellen. Sogar nach Ende Mai und Anfang Juni, wenigstens soweit norddeutsche Gebiete in Frage kommen. Da dürfte die Kenntnis einiger Schutzmaßregeln von Nutzen sein. Die Blüte der Obstbäume kann geschützt werden, indem man einige Zeit vor Sonnenaufgang — denn die sich meist noch Frostnächten einstellenden heißen Sonnenstrahlen sind die Ursache des Todes; die Blüten und Pflanzen „verkohlen“ — qualmendes Feuer anzündet (Holz, Laub, Gras usw.), da der Rauch die Wirkung der Strahlen aufhebt. Spalierobst kann man durch Ueberdecken mit Matten, alten Gardinen usw. schützen. Auf Erdbereendecke, die in Blüte stehen, legt man leichtes Stroh, Reisig, auch Papier (Frostnächte sind meist windstill). Bohnen und Frühkartoffeln werden angehäufelt, so daß nur die äußersten Blattsprossen zu sehen sind. Gurken und Tomaten sind ja meist um diese Zeit noch nicht ausgepflanzt; sollte es der Fall sein, so muß natürlich der bedeckende Schutz so leicht sein, daß die Pflanzen nicht geknickt werden. Erforderlichenfalls heißt es, sich der Nähe unterziehen, keine Stäbe um die Pflanze herumzustücken, die den Schutz tragen. Auch Ueberdecken der Pflanzen mit genügend großen Töpfen schützt, doch sollte man, um ganz sicher zu gehen, das Abzugsgloch des Topfes auch noch zumachen. Wer blühende Tulpen hat, wird zu seinem Erschrecken sehen, daß die Stiele und Blumen herunterhängen. Hier heißt es, zur rechten Zeit, d. h. wenn die Lufttemperatur auf 0 Grad heraufgegangen ist, tüchtig mit kaltem Wasser überbrausen; binnen kurzem stehen unsere Lieblinge wieder kerzengrade. Stauden haben sich meist auch niedergebogen, sie richten sich jedoch allmählich von selbst wieder auf; doch ist Ueberbrausen auch zweckentsprechend. Eine Frostnacht stellt somit harte Ansprüche an den Garten-

# Die Flüchtlinge.

Roman von Johannes Cimmankoski.

„Das war es aber nicht, damals habe ich auf Größeres gezielt!“ Er schweig einen Augenblick, und seine Kalenflügel begannen zu zittern. „Wie du dich erinnerst, diente ich damals in Anttila . . . Und ich war gut genug, neben der Einzigen des Hofes unter derselben Decke zu schlafen. Aber als ich davon zu reden anfing, wir sollten auch am Tage nebeneinander hergehen, da war ich — ein Balg und ein Knecht! Verstehst du nun?“

Die Schwester schaute drein und hörte zu wie aus den Wolken gefallen:

„Und davon hast du mir nichts gesagt!“

„Wann spricht denn ein Mensch alles heraus, aber ich glaube, du hättest es begriffen. — Ja, damals habe ich bei Gott . . .“

„Auch nicht!“ fiel die Schwester ein.

„Das ist meine Sache! — Damals habe ich geschworen, daß ich allen Bauernsöhnen und Bauerntöchtern und allen ehelichen Kindern noch einmal zeigen werde, wer ein Balg und ein Knecht ist!“

Jetzt bligte es auch in den Augen der Schwester, denn in den Worten des Bruders war ein Punkt, der für sie ebenso empfindlich war wie für ihn.

„Und dann?“ drängte sie.

„Dann habe ich Maija und Lumitangas genommen, obwohl Maija fast zehn Jahre älter war. Nun, ein guter Mensch sonst, wie du weißt, eine richtige Arbeitswütige. Und dann habe ich angefangen, es ihnen zu zeigen. Du weißt ja wohl noch, wie ich Lumitangas gekauft und ein Bauerngut daraus gemacht habe. Aber das war auch eine Arbeit, Karoliina. Der Brautweinkelker brodelt fast Tag und Nacht, ich selbst fuhr den Schnaps zum Verkauf nach Abo und Björneborg, und in den langen Winternächten wurden im Kienholzfisch im Waide Pflanzen gesägt, daß es quiekte — in den Jahren habe ich nicht sehr viele Nächte neben Maija gelegen. Und als ich dann den Perittu-Hof kaufte, weißt du, was ich da bei mir dachte? Nun, du Einzige in Anttila und ihr anderen, dachte ich, was sagt ihr jetzt zu dem Balg und dem Knecht? Und als ich Besitzer von Lutela wurde. Nun, du Einzige in Anttila und ihr anderen, dachte ich — wäre euch nun der Balg und der Knecht allmählich gut genug!“

Die Schwester hatte ihren Bruder immer für etwas Besonderes gehalten, jetzt mußte sie nicht, was sie denken sollte.

„Ja, du bist doch einer, Juha!“ sagte sie, ihrem Bruder bewundernd ins Gesicht schauend. „Und jetzt hast du ihnen für den Balg so viel gegeben, daß sie genug haben.“

„Noch nicht!“ fuhr Lutela mit einem solchen Beben in der Stimme auf, daß die Schwester beinahe zusammenschrak. „Ich habe ihnen noch etwas zu zeigen!“

Er wandte sich plötzlich um und trat ans Fenster — wie wenn er mit unsichtbaren Mächten gerungen und das vor ihr hätte verbergen wollen. Dann kam er wieder herbei und sagte fast flüsternd:

„Warum soll ich's dir nicht anvertrauen . . . ? Als ich damals notgedrungen auf meine Pläne verzichten mußte, beschloß ich, wenn ich einmal Witwer würde — du erinnerst dich ja, daß Maija zehn Jahre älter als ich war —, dann wollte ich ihnen noch zeigen, wer sich eine Bauerntochter nahm und eine junge dazu. Und jetzt nehme ich sie mit Zinsen — damit sie noch mal an den Balg und den Knecht denken!“

Er sprach die letzten Worte mit solcher Heftigkeit, daß die Schwester nicht gleich erwidern konnte. Sie wunderte sich nur darüber, wie ihr gewöhnlich so ruhiger Bruder jetzt gleichsam ein ganz anderer war.

„Wen willst du denn eigentlich nehmen?“ fragte sie endlich.

„Nat mal!“ forderte er sie auf, und die Spannung in seinen Zügen milderte sich zu einem Lächeln.

„Wie soll ich das raten können?“

„Nun — die Mantta Kesitalo! Nun weißt du es.“

Die Schwester sah ihn an und wunderte sich.

„Was ist denn dabei?“ schmunzelte Lutela.

„Nichts, gar nichts,“ entgegnete die Schwester zerstreut. „Ich muß nur an den Altersunterschied denken . . . Die Mantta ist ja wohl noch nicht einmal fünfundszwanzig.“

„Zwei weniger!“ lächelte Lutela wie zum Spott.

„Ist sie denn aber nicht doch etwas zu jung? Wird denn das eigentlich . . . ?“

„Was?“ ereiferte sich Lutela, und in seinen Augen bligte es wieder. „Gerade die nehme ich, und keine, die auch nur ein Jahr älter ist — und wenn alles? . . .“

Die Schwester stand entwandnet da.

„In kräftigem Boden wachsen die Kesseln . . .“, sprach sie wie zu sich.

„So ist's! Ich habe gleich zwei Jahre in dieser Greisenhülle gefessen und gegrübelt wie ein Altenteiler. Nun muß damit ein Ende gemacht werden. Ich will wieder die Zügel in der Hand haben — und mit eigenen Pferden fahren!“

„Ja, ja,“ erwiderte die Schwester zerstreut. „Ich habe den Kaffee dort ganz vergessen.“

Sie erhob sich und stellte eilig Tassen auf den Tisch.

Lutela aber ging mit langen Schritten von einer Ecke zur anderen durch die Stube.

„Lach du dich's nicht anfechten, Karoliina,“ sagte er nach einer Weile scherzhaft blinzeln. „Die Bälge müssen ja doch zusammenhalten.“

„Ich will ja nichts . . . du weißt ja selbst . . .“, versicherte sie, wie um Verzeihung bittend.

Die Geschwister ließen sich am Tisch nieder und begannen schweigend ihren Kaffee zu trinken.

Sie bemerkten kaum, daß die Tür aufging und in der Öffnung ein mageres, schmales Gesicht mit einem verkniffen scherzhaften Lächeln auf den dünnen Lippen erschien.

„Aha, man ist zu Hause!“ begann der Eintretende. „Ich mußte mal hereingucken, weil ich gerade vorbeikam.“

Die Geschwister wechselten einen vielsagenden Blick, und Lutela wachte sich mit der Hand über die Stirn, wie um die letzten Spuren seiner Bewegung von seinem Gesicht zu ver- scheuchen.

„Da kommst du gerade recht, Nachbar,“ sprach er mit lächelndem Munde, indem er aufstand und die Hand hinreichte. „Aber nicht eigentlich gerade zu so etwas,“ lachte der Ankömmling, den Hut in der einen Hand und mit der anderen das Haar glättend.

„Machen Sie sich denn nichts aus Kaffee?“ wunderte sich die Schwester.

„Die Brust!“ hüftelte Kesitalo kurz und trocken. „Ich mache mir schon etwas daraus, aber wo es diese nicht tut, was soll man da machen?“ fuhr er wie sich selbst verpöttend fort.

„Seh dich immerhin!“ forderte Lutela auf, immer noch lächelnd und mit strahlenden Augen. „Ich habe da eben meiner Schwester erzählt, mit was für Plänen wir umgehen. Aber sie will mich absolut für zu alt taxieren.“

„Für zu alt?“ Kesitalos große vorstehende Augen weiteten sich sehr erstaunt. Aber sie blieben in derselben Stellung, als er Lutela genauer ins Gesicht blickte.

(Fortsetzung folgt.)

freund, aber die Mühe und die paar „im die Ohren“ gefügigen Stunden machen sich bezahlt. Auf andere Weise ist den Insassen des „grim angeführten Winters“, wie Heine unseren Frühling nannte, nicht zu begegnen.

### Des Kindes schöpferische Arbeit.

#### Ein Schrift vorwärts im Schulwesen Berlins.

Die Entwicklung unseres Schulwesens im Sinne der Lebensgemeinschaftsschule ist durch manche Versuche vorbereitet worden. Jetzt hat der Magistrat den Stadtverordneten eine Vorlage zugehen lassen, die für eine Gemeindefschule des Bezirks Wedding, die 308. Gemeindefschule am Leopoldplatz, die Umwandlung in eine Lebensgemeinschaftsschule fordert. Aus der Vorlage macht das Nachrichtenamt des Magistrats folgende Mitteilungen:

Die 308. Gemeindefschule (Bezirk Wedding) hat beantragt, sie auf Grund der ministeriellen Richtlinien und Grundzüge in der Fassung der Beschlüsse der Bezirksschuldeputation I bis 6 vom 10. Januar 1924 in eine Lebensgemeinschaftsschule umzuwandeln. Der Magistrat hat auf Grund der Beratungen der Bezirksschuldeputation in Uebereinstimmung mit dieser und unter Vorbehalt der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung diesem Antrage zugestimmt. Die Lebensgemeinschaftsschule unternimmt den pädagogischen Versuch, für ihre Arbeit „den Gedanken der Entwicklung und Schulung aller geistigen und körperlichen Kräfte der Schüler, das Bildungsbedürfnis des Kindes selbst entscheidend“ sein zu lassen. Der gesamte Unterricht soll eingestellt werden auf die schöpferische Arbeit der Hand und des Geistes. Kenntnisse und Fertigkeiten sollen natürliche Ergebnisse schöpferischer Arbeit sein, „um den wahren Bildungsinteressen der Jugend Raum zu schaffen“. Ein zweiter Leitgedanke der neuen Schule ist der, daß im Dienste an der Gemeinschaft ein tätiges, sozial sich verantwortlich führendes Glied der Gesellschaft heranwache, das in der Kräfteverteilung zwischen dem einzelnen und der Gesamtheit Trägung und Charakter erhält. „Damit treten an die Schule als Gemeinschaftsform Erziehungsforderungen heran, die zu einer Neuordnung und Umformung des Unterrichts und der Lebensformen der Schule zwingen.“ Die Förderung staatsbürgerlicher Betätigung erweitert sich zu der allgemeinen und größeren, die Schule aus einer reinen Unterrichtsveranstaltung zu einer Lebensstätte der Jugend umzuwandeln. Eine finanzielle Mehrbelastung der Stadt entsteht durch die Umwandlung der 308. Gemeindefschule in eine Lebensgemeinschaftsschule nicht. Die Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde soll beschleunigt herbeigeführt werden.

### Internationale Taschendiebe.

#### Eine Erinnerung an die Zeit der Schwarzen Börse.

Gegen Mitglieder einer internationalen Taschendiebesbande, die bereits vom Schöffengericht Charlottenburg zu Justizstrafen von 2 Jahren verurteilt worden waren und die gegen dieses Urteil Berufung eingelegt hatten, verhandelte die Berufungskammer.

Es handelte sich um den Kaufmann Sacher Salomon Eisenberg und den Schneider Joseph Sporn. Die Anklage hatte sich ursprünglich auch auf den Händler Igel Rochus Dymant erstreckt, doch war D. aus der Haft entlassen worden und dann entwichen. Alle drei Angeklagten waren im Oktober v. J. aus Warschau nach Berlin gekommen. Zu jener Zeit herrschte bei der Wechselstube in der Tauentzienstraße an der Ecke der Körnerberger Straße das verhängnisvolle Treiben der „Schwarzen Börse“. Den Kriminalbeamten Willbrandt und Wöhe fiel eine Gruppe von sechs Personen auf, die sich heimlich an einen Japaner, der sich an der Wechselstube anstellte, heranmachten und ihn umringelten. Der hinter dem Japaner stehende Mann hat seine Identische hoch und stieß dem Japaner unter den Hut, so daß dieser dem Ausländer über die Lippen geblüht wurde. In demselben Augenblick hielt der vor dem Japaner stehende Eisenberg dem Japaner seine Identische unter das Kinn und sah gleichzeitig dem Japaner mit einem sogenannten Scherengriff, der darin besteht, daß der dritte und vierte Finger zum Haken benutzt wird, in die Brusttasche. Gleich darauf trat er zurück und steckte der neben ihm stehenden Frauensperson etwas in die Hand. Nun griffen die Beamten zu und nahmen Eisenberg, Dymant und die Frauensperson fest. Der letzteren gelang es jedoch sich in dem wilden Gedränge des Publikums zu entziehen und zu entkommen. Die Beamten haben später in einer ihnen vorgelegten Photographie die Ehefrau Sporns wiedererkannt. Die Berufungskammer verwarf die eingelegte Berufung als unbegründet und bestätigte auch die vom Schöffengericht verhängte Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und Zufälligkeit der Polizeiaufsicht. Der Vorsitzende bezeichnete das Urteil des Schöffengerichts als viel zu milde und bedauerte, daß nicht auch der Staatsanwalt Berufung eingelegt habe. Die Strafammer würde auf mindestens fünf Jahre Justizhaus erkannt haben.

### Der Friedensstifter.

Wenn sich ein Dritter in einen Streit hineinmischt, läuft er Gefahr, selbst Prügel zu bekommen. Diese Erfahrung mußte auch der Kellner Friedrich B. machen, dem die Rolle des Friedensstifters eine Anklage wegen schwerer Körperverletzung zuzog. Während der November-Blinderungen hatten zahlreiche Geschäftleute ihre Läden geschlossen. Diese Gelegenheit benutzten verschiedene Geschäftsinhaber zu einem Frühlingsfest. In einem Lokal in der Landsberger Straße kam es zu einer politischen Auseinandersetzung zwischen dem Wirt und einem Gast und die Streitenden suchten sich schließlich gegenseitig ihren politischen Standpunkt einzublauen. Nun wollte der Kellner B. den Friedensstifter spielen und die Streitenden auseinanderbringen. Dabei kam er aber an. Sein Prinzipal, dem er beim Weggehen den Rock weggerissen hatte, geriet gegen den Friedensstifter in Wut und schlug auf ihn ein. Plötzlich ergriff der Kellner ein Bierseidel und zertrümmerte es an dem Schüssel des Angreifers. Durch die Verletzung war der Wirt vollends in Wut gebracht, zog seinen Revolver und schloß hinter dem flüchtenden Kellner in wilder Jagd durch das Lokal her. Der Verfolgte eilte in das Schlafzimmer und holte sich seinen Revolver, aus dem er dann auf den Wirt mehrere Schüsse abgab. Ein Schuß drang dem Gastwirt durch die Lunge. Ehe der Gestroffene jedoch zu Boden stürzte, feuerte er noch zwei Schüsse ab, die glücklicherweise verfehlten. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte suchte sich der Angeklagte mit Rotweh zu verteidigen. Das Gericht erklärte aber in seinem Verhalten eine Ueberschreitung der Rotweh. Wenn er sich bedroht gefühlt habe, dann hätte er sich in ein Zimmer einschließen sollen. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis. Der Angeklagte erhielt jedoch Bewährungsfrist, da der Gastwirt von seinen Verletzungen wieder vollständig hergestellt ist.

### Schlecht belohnte Höflichkeit.

Ein arges Mißgeschick widerfuhr einem jungen Manne, der in einem Berliner Betriebe angestellt ist. Er sollte im Auftrage des Betriebes 800 Dollar, zwei Stück je 100, 6 je 50, 5 je 20, einer anderen Firma übermitteln und benutzte einen Straßenbahnwagen der Linie 91, der stark besetzt war. Als während der Fahrt noch eine Dame von etwa 58 bis 60 Jahren zutrat, stand er auf und räumte ihr höflich seinen Platz ein. Dabei vergaß er aber, seine braune nadellederne Aktentasche, die er mit dem Geld neben sich gestellt hatte, an sich zu nehmen. Als er sich am Ziel seiner Fahrt ihrer wieder erinnerte, waren die alte Dame und andere Fahrgäste bereits ausgestiegen, und seine Tasche war verschwunden. Für den Verlust ist der höfliche junge Mann ersatzpflichtig. Seine Firma hat für die Wiederbeschaffung 20 Proz. und sein Vater 10 Proz. Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen an Kriminalkommissar Dr. Niemann, Polizeipräsident, Zimmer 84.

# Die neue Miete.

Die neue Verordnung über die Mietzinsbildung in Preußen vom 17. April 1924 ist erlassen auf Grund der dritten Steuernotverordnung, durch die die Länder ermächtigt werden, die Mietzinsbildung abweichend von den Vorschriften des Reichsmietengesetzes zu regeln. Durch sie werden die preußischen Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz vom 4. August 1923 aufgehoben. Nach der neuen Verordnung wird

### Die gesetzliche Miete

aus Hundertsätzen der Friedensmiete bestehen, die für Verwaltungs- und Betriebskosten und für die Kosten für laufende Instandsetzungsarbeiten durch besondere Erlasse festgesetzt werden. Der Begriff der Grundmiete des RMG. ist damit beseitigt, der Begriff der Betriebskosten ist aus den alten Ausführungsbestimmungen übernommen. Bei der Berechnung der gesetzlichen Miete ist von dem Mietzins auszugehen, der für die mit dem 1. Juli 1914 beginnende Zeit vereinbart war (Friedensmiete). Die vereinbarte Friedensmiete ist unter gewissen Voraussetzungen neu festzusetzen. Die Verordnung gibt in dieser Hinsicht ein vereinfachtes Verfahren, indem die Gemeindebehörden für Rebenleistungen und Verpflichtungen, die der Vermieter oder Mieter vor dem 1. Juli 1914 vertraglich oder ortsüblich übernommen hatte und die auf die Festsetzung der Höhe des Mietzins von Einfluß waren, einen Hundertsatz der Friedensmiete allgemein bestimmen können. Nebenleistungen sind, wie bisher, neben der gesetzlichen Miete zu berechnen und von der Friedensmiete in Abzug zu bringen. Neu ist in dieser Beziehung die Bestimmung, daß für die Heizstoffe für Sammelheizungen nicht mehr 9 Proz., sondern 7 Proz. von der Friedensmiete abzuziehen sind.

Nach der Verordnung hat der Mieter das Recht, auch in Zukunft die

### Schönheitsreparaturen

in seinen Mieträumen auszuführen, wenn er bisher auf Grund ausdrücklicher oder stillschweigender Vereinbarung oder nach Ortsgebrauch eine Verpflichtung dazu übernommen hatte. Als Entschädigung hierfür kann er den in der gesetzlichen Miete enthaltenen Hundertsatz für laufende Instandsetzungsarbeiten um einen entsprechenden, vom Wohlfahrtsminister beznahmgegebenen Hundertsatz der Friedensmiete kürzen. Kommt der Mieter seiner Ver-

pflichtung zur Ausführung der Schönheitsreparaturen trotzdem nicht nach, so kann der Vermieter, unbeschadet weitergehender Ansprüche, diese Arbeiten wieder selbst ausführen lassen und verlangen, daß der Mieter vom nächsten Zahlungstermin an den vollen, für laufende Instandsetzungsarbeiten bestimmten Teil der Miete zahlt. Der Vermieter hat wie bisher in der Zeit vom 1. bis 10. Februar und vom 1. bis 10. August jedes Jahres der Mietervertretung, oder, wenn eine solche nicht besteht, den Mietern auf Verlangen

### die Verwendung der Gelder für laufende Instandsetzungsarbeiten

nachzuweisen. Erfüllt er diese Verpflichtung nicht, oder befindet er sich mit der Ausführung notwendiger laufender Instandsetzungsarbeiten im Verzuge, so hat auf Antrag der Mietervertretung oder eines Mieters die Gemeindebehörde festzustellen, ob laufende Instandsetzungsarbeiten notwendig sind und gegebenenfalls das zur Ausführung solcher Arbeiten Erforderliche zu veranlassen. Die Verordnung gibt der Gemeindebehörde eine Reihe von Möglichkeiten an die Hand, um den Vermieter zu zwingen, die notwendigen laufenden Instandsetzungsarbeiten mit den ihm in den Mietern für solche Arbeiten zustehenden Mitteln auszuführen. Bezüglich der großen Instandsetzungsarbeiten ist es im wesentlichen bei den Bestimmungen der Verordnung vom 4. August 1923 verblieben. Ertalgte Mittel für große Instandsetzungsarbeiten sind, soweit sie auf ein Hauskonto eingezahlt sind, dem Vermieter auf sein Verlangen herauszugeben. Einer Zustimmung der Mieter oder der Mietervertretung bedarf es nicht. Mittel, die auf einen Ausgleichsfonds eingezahlt sind, sind von der Gemeindebehörde für die gedachten Zwecke zu verwenden. In den Fällen, in denen durch Beschluß des Mieteneinigungsamtes die Sammelheizung oder Warmwassererzeugung oder beide ganz oder teilweise eingestellt sind, kann das Mieteinigungsamt auf Antrag des Vermieters oder eines Mieters die Wiederinbetriebsetzung ganz oder teilweise anordnen und über die Kosten der Wiederinbetriebsetzung entscheiden.

Die Untermiete ist in der Weise zu berechnen, daß zunächst der Gesamtbetrag der gesetzlichen Miete festzustellen ist, die der Untermieter selbst für den leeren Raum zahlt. Hierzu sind Vorschläge für die Ueberlassung von Einrichtungsgegenständen, Beleuchtung, Heizung, Bedienung, Hergabe von Wäsche usw. nach näherer Anordnung der Gemeindebehörde zu ziehen.

## Oeffentliche Versammlungen

heute, Sonnabend, den 26. April, abends 7 1/2 Uhr:

Tempelhofer: Realgymnasium, Kaiserin-Augusta-Straße.

Staaken: Lokal Wolf.

Biesdorf-Süd: bei Dieß, Köpenicker Straße 25.

Buchholz: Lokal Rosack, Hauptstraße 71.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

„Die Bedeutung des 4. Mai für Deutschlands Arbeiterkammern“

Referenten sind: Clara Bohm-Schuch, Reimann, Elfriede Rynek, Ruben.

## Oeffentl. Beamtenversammlung

heute, Sonnabend, den 26. April, abends 7 1/2 Uhr:

2. Kreis Tiergarten: Schulaula Winterfeldtstraße 16.

Tagesordnung:

„Reichstagswahlen und Beamtenchaft“

Referent: Ministerialrat a. D. Albert Falkenberg.

Sonntag, den 27. April, nachmittags 4 Uhr:

Marzahn: im Gasthof.

Blankenfelde: Lokal Staat.

Tagesordnung:

„Ein ernstes Wort an die Wähler“

Referenten: Kurt Riekmann, Hermann Lempert.

3. Kreis Wedding: Sonntag, den 27. April, abends 6 Uhr.

Frauenfeiernrunde, Schulaula Gothenburger Str. 2. Referentin: Minna Todenhagen.

### Kommunistische Rüpelreien.

In einer vom Werbeausschuß der Partei gestern abend abgetretenen öffentlichen Wählerversammlung der graphischen Industrie im „Dresdener Kasino“ referierte Genosse A. Stein über das Thema „Rettung oder Katastrophe“. Der Redner schilderte vor allem die ungeheure Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen für die internationale Politik. Der Ausgang der jetzt am kritischsten Punkte angelangten Reparationsverhandlungen und die ganze Gestaltung der europäischen Politik werde in hohem Maße davon abhängen, ob das deutsche Volk den Katastrophepolitikern von rechts und links entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der deutschen Politik einräumen wird. Der starke Beifall der Versammlung zeigte, daß sie sich die Gedankengänge des Redners im großen und ganzen zu eigen gemacht hatte. Beider trugen die häufigen Unterbrechungen der anwesenden Kommunisten, noch mehr aber ihr Verhalten während der Debatte und die Rüpelreien, die sie während des Schlusswortes des Referenten aufführten, einen bösen Rißton in die Versammlung hinein. Nach der besonderen Aufforderung der „graphischen Opposition“ in der „Roten Fahne“, unter allen Umständen diese Versammlung zu besuchen, hätte man erwarten können, daß die kommunistischen Debatterer, von denen der eine mit verlängerter Redezeit sprach, den Ausführungen des Referenten ernst und sachlich entgegenzutreten würden. Leider begnügte sich ihr Hauptredner Schreiber, nachdem er festgestellt, daß der Referent die Situation durchaus richtig geschildert habe, mit inhaltlosen „anti-menschlichen“ Redensarten, ohne in stände zu sein, der kommunistischen Auffassung irgendwie Gehalt zu geben. Der Chor seiner Anhänger glaubte, den Mangel an Argumenten durch fortgesetztes Brüllen während des Schlusswortes des Referenten wettmachen zu können, ein Schauspiel, das bei allen ersten Teilnehmern der Versammlung nur den Ekel gegen die kommunistische Rabaukatil feigerte. Die Ablehnung der von den Kommunisten eingebrachten Resolution war die Quittung für ihr unwürdiges Verhalten.

### Wegen Diebstahlverdacht entlassen!

Ein Eisenbahnarbeiter B. wurde im Juni vorigen Jahres freigesprochen, weil er von einem anderen Arbeiter, der sich des Diebstahls von einigen Litern Spiritus schuldig gemacht hat, der Teilnahme am Diebstahl beschuldigt war. Vom Schöffengericht und auch von der Strafkammer als Berufungsinstanz wurde B. freigesprochen, während der andere verurteilt wurde. B. war also rehabilitiert und die Eisenbahnverwaltung hätte sich, wenn Recht und Gerechtigkeit gelten sollte, mit ihm in irgendeiner Weise auseinandersehen müssen. Aber die Eisenbahnverwaltung

kam es nicht über sich gewinnen, einen grundlos verdächtigen Arbeiter wieder zu Ehren kommen zu lassen. Nachdem das Strafverfahren gegen B. zu seinen Gunsten abgeschlossen war, wurde keine Klage beim Arbeitsgericht, die er wegen seiner Entlassung eingereicht hatte, förmlich verhandelt. Der Vertreter der Eisenbahndirektion wollte sich nicht überzeugen lassen, daß dem Kläger ein Unrecht geschehen ist, das wieder gutgemacht werden müsse. Der Direktionsvertreter meinte, es könne doch nur festgestellt werden, daß die fristlose Entlassung unbegründet gewesen sei und daß der Kläger deshalb Anspruch habe auf eine vierzehntägige Lohnentschädigung. Es könne nicht angenommen werden, daß die Entlassung eine unbillige Härte darstelle, denn dieser Einwand werde ja durch die Abbauerordnung für die Staatsbetriebe ausgeschlossen. Den Einwand des Klägers, daß sich kein Fall je lange vor dem Erlaß der Abbauerordnung abgespielt habe und diese deshalb nicht angewandt werden könne, wollte der Vertreter der Eisenbahndirektion nicht gelten lassen.

Das Gericht trat der Auffassung des Klägers bei und erkannte: Es ist nicht erwiesen, daß sich der Kläger an dem Diebstahl beteiligt hat. Die fristlose Entlassung war nicht berechtigt. Die Abbauerordnung hat keine rückwirkende Kraft. Da sich der Fall lange vor dem Erlaß der Abbauerordnung ereignet, so kann sich der Kläger mit Recht auf § 80 des Betriebsratsgesetzes (unbillige Härte) berufen. Die Eisenbahndirektion wird deshalb verurteilt, den Kläger weiterbeschäftigen oder ihm eine Entschädigung von 250 Goldmark zu zahlen.

Das Rose-Theater brachte gestern die Uraufführung eines Eitendramas „Röder Mann“ von Carl M. Jacoby. Das in Verzierreisen spielende Stück gibt in bühnenreicher Aufmachung das alte Thema: „Warum das Weib dem Manne leidet“. — Die etwas despotische Handlung von dem ebenso berühmten wie gewissenlosen Arzte, der sein eigenes Weib verheiratet und zugrunde gehen läßt, dafür aber zur Strafe am Schluß den Giftbecher gereicht bekommt, fand in der Strahltheit ihrer Effekte, wie in dem aktuellen ihrer Tendenz, ein interessiertes und dankbares Publikum. Und schließlich hat ja diese Art von Aufführung, wie das Beispiel vom Freitag zeigt, auch ihre besonderen Verdienste, die nicht mit der literarischen Elite allein zu messen sind. Die Regie von Paul Rose gab dem Stück Tempo und straffes Zusammenpiel. Eine recht annehmbare Leistung in der Rolle einer jungen Herzogin gab Maria Klischat; die junge Schauspielerin hat entschiedenen künstlerischen Temperament und sicheren Bühneninstinkt. Man würde sie gern einmal in einer entsprechenden Rolle sehen. Letzte von Syrom hatte viel gute Paune und naive Komik für die dankbare Rolle einer hysterischen Bankiersgattin. — Der „Gemeindeindruck“ erster künstlerischer Arbeit ist beim Rose-Theater unverkennbar, aber warum mit unzulänglichen Mitteln an schwache Aufgebau wie Jöhens „Gespenscher“ herangehen, die der Spielplan für diese Saison noch ankündigt! Das gute Volkstück würde ganz andere Möglichkeiten bieten. Anzumerken, Hofmann, auch moderne Stücke dieser Art wären sicher geeigneter, dem Rose-Theater in seiner Entwicklung zum wahren Volkstheater den Weg zu bahnen.

Sprech-Chor für proletarische Feiern. Heute, Sonnabend abend, pünktlich 7 1/2 Uhr, findet eine Entschuldigungsfeier in der Aula der Sophien-Schule, Weinmeisterstr. 16/17, statt. Alle Mitglieder müssen bestimmt und pünktlich erscheinen.

Die deutsche Gasmilch- und Konditorei-Messe, die von dem Deutschen Gasmilchverband und dem Verein selbständiger Konditoren Berlins und der Provinz Brandenburg veranstaltet wird, findet vom 27. April bis 1. Mai in der Ausstellungshallen am Kallertkanal statt und wird am Sonntag mittags 1 Uhr eröffnet. — Die Messe ist von 450 Ständen besetzt und täglich von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends geöffnet.

Ein Kunst- und Unterhaltungsabend veranstaltet am Sonntag, den 27. April, in den Gärten (oberer Saal), Wäckerstr. 143, der National-Bergstr. 18 und 19 (Wedding) des Deutschen Verkehrsvereins. Mitwirkende: Musikdirektor Rosart, Dirigent: Konzertmeister Herr Walter Hoffmann, Gemischter Chor der weiblichen Schule, Kasartheaterstraße, Chormeister Herr Oskar Scherl, Konzertmägdlein Frau Bertha Scherl, Konzertmägdlein Herr R. Bernitz (Bariton) (am Klavier Herr O. Scherl). Reitation: Genossin Traude Neumann und Genossin Otto Kille. Kaffeestunde nach 4 Uhr. Eintrittsgeld inkl. Steuern 0,50 M. Beginn 8 Uhr. Rauchen verboten. Nach dem Konzert gemächliches Beisammeln und Tanz.

Ein Verkehrsflugzeug in den Kanal gestürzt? Ein Verkehrsflugzeug der holländischen königlichen Luftfahrtschule, das mit zwei Passagieren von England nach Holland abflieg, ist in Holland nicht eingetroffen. Es wird befürchtet, daß die Insassen und der Flugzeugführer, sämtlich Holländer, ertrunken sind.

Tod und Selbstmord. In Burg bei Rogdeburg verfuhr der 22jährige Löhner Döring seine Geliebte, deren Mutter und deren Schwager zu erschlagen. Die drei Verletzten befinden sich in Lebensgefahr. Der Täter warf sich vor dem Vorfahrtzug, der ihn den Kopf vom Rumpf trennte.

Erdbeben auf Hawaii. Nach einer Meldung aus Hawaii hat auf dieser Insel die Erde während 24 Stunden unauhörlich geschüttelt. Unter der Bevölkerung brach eine Panik aus. Bis jetzt sind Verluste an Menschenleben nicht bekannt geworden. Der Sachschaden soll bedeutend sein. Die Eisenbahnverbindungen wurden auf der ganzen Insel gestört.

Der Kampf gegen Paulsen.

Der Abbauplan der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat in erster Lesung die Stellung des Berliner Stadtschulrates abgebaut. Offenbar ein Schildebürgerstreich! Denn daran glauben doch auch die bürgerlichen Stadtverordneten nicht im Ernst, daß die Viermillionenstadt einen Magistrat ohne Schulratsmann bilden kann.

Man hat Paulsen persönlich in der üblichen Weise beschimpft, ja die „Deutsche Tageszeitung“ hat im Zusammenhang mit der blödsinnigen Kadtkanz-Hetze die Gefährlichkeit gehabt, ihn als Kinderhändler zu bezeichnen. Aber solche Beschimpfungen bringen den, den sie treffen sollen, sicher nicht um. Darum hat man in diesem Kampfe ein viel gefährlicheres Mittel gefunden, den Gegner zur Strecke zu bringen. Man betrachtet ihn scheinbar mit ungetrübter Sachlichkeit und fällt, ohne auf irgendwelche Einzelheiten einzugehen, ein vernichtendes Urteil über den Verwaltungsmann Paulsen.

Wenn man unter Verwaltung nur die Fähigkeit versteht, die bisher gespielte Rolle ohne besonderes Klappern weiterzuspielen, so liegt darin die bornierte Forderung, daß der Verwaltungsmann, in diesem Namen Ehre zu machen, beiseite keine eigenen Gedanken haben darf. Wie viele Sozialdemokraten, die nach der Revolution in Verwaltungsstellen kamen, hat man gerade, weil sie etwas Neues wollten, als schlechte Verwaltungsbeamten zu stempeln versucht!

Als Paulsen vor drei Jahren nach Berlin kam, da stand vor ihm die ungeheure Aufgabe, die Schulverwaltung auf der Grundlage des Gesetzes Groß-Berlin vom 27. April 1920 aufzubauen, eine Arbeit, die jetzt mit der Schaffung für das Schulwesen ihren Abschluß finden soll.

Die Arbeit der Zentrale gegen die Aufgaben der Bezirke abgegrenzt und die zentrale Deputation für das Schulwesen geschaffen werden. Man braucht nur bei den Bezirken einmal um wahrheitsgemäße Auskunft zu bitten, um zu hören, daß die Organisation der Zusammenarbeit nirgends so gut funktioniert hat wie gerade im Gebiet der Schulverwaltung. Ja, man darf ohne Übertreibung sagen, daß diese Organisation vorbildlich für andere Zweige der Verwaltung Berlins geworden ist. Hier zuerst wurde, als der Oberbürgermeister als der verantwortliche Leiter der Kommunalpolitik noch drohete den Standpunkt der Zentralisation vertrat, im Gegensatz dazu der Gesichtspunkt der Dezentralisation durchgeführt, der heute als der allein mögliche liberal anerkannt ist.

Neben dieser organisatorischen Aufbauarbeit war die nicht minder schwere Aufgabe der Erhaltung des Schulwesens in der Zeit der Inflation zu erfüllen. Auch sie ist in einer Weise gelöst, die für Deutschland vorbildlich geworden ist. Die Lehrerschaft sieht mit ehrlicher Freude, die Dezentralität mit ziemlicher Gleichgültigkeit den Erfolg, ohne zu ahnen, welche bitteren Kämpfe gegen die finanziellen Rückschläge Paulsen gelöst hat.

Das höhere Schulwesen wurde nicht nur in seinem bisherigen Umfang erhalten, sondern auch seine zukünftige Entwicklung gesichert. Alle entgegengesetzten Behauptungen der Presse sind wahrheitswidrig. Man denke nur daran, daß es Paulsen geglückt ist, in einem Augenblick, wo bei allen Behörden rücksichtslos abgebaut wird, die Stadtschulen dafür zu gewinnen, daß die Frequenzen nicht erhöht werden und die unteren Klassen der höheren Schulen nur die Höchstzahl von 40 Schülern aufzunehmen brauchen gegenüber bisher 55! Sehr viele höhere Schulen Groß-Berlins haben infolgedessen eine Segie mehr eröffnen können als im vorigen Jahr, viele Studienoffiziere können dadurch gehalten werden, — aber hat man davon viel in der bürgerlichen Presse gelesen, deren Leser doch hauptsächlich in dem Genuß dieser Neuverteilung kommen? — Man hat es für richtiger gehalten, Paulsen dort als Feind der höheren Schulen abzufunktionieren. Und doch weiß man da sehr wohl, daß es nur Paulsen ist, der einigen wenigen ihrer geringen Frequenz gefährdeten höheren Schulen, dem Köllnischen Gymnasium, dem grauen Kloster und der ersten Städtischen Studienanstalt, die Lebensmöglichkeit erhalten hat.

Die Volksschule hat es nur ihm zu verdanken, wenn sich der große Geburtenrückgang nicht in der massenhaften Aufhebung von Volksschulen ausgewirkt hat und in dem namenlosen Elend sehr vieler entlassener Lehrer, sondern dazu geführt hat, die bisher übermäßige Klassenfrequenz auf 35 bis 36 herabzubringen. Elders wäre Paulsen billig und ohne Anstrengung in den Ruf eines vortrefflichen Verwaltungsbeamten gekommen, wenn er hier den Finanzleuten nachgegeben hätte!

Auch die Berufsschulen hat er in dieser so unglücklichen Zeit mit besonderer Sorge gepflegt. Auf Höfen und in traurigen Mietshäusern waren sie früher untergebracht, jetzt sind entsprechende Gebäude für sie freigemacht worden. Die planmäßige Durchorganisierung des Berufsschulwesens, von der früher überhaupt keine Rede war, ist heute in Angriff genommen und zum Teil schon durchgeführt.

An die Zeit der Inflation gehört das besondere soziale Kapitel der Lehrerentlassungen. In wie hohem Maße hat er es verstanden, die für die neue Schule besonders notwendige Junglehrerschaft trotz schwieriger finanzieller Verhältnisse in Berlin im Dienste zu erhalten! Noch ganz kürzlich hat er den schönen Erfolg errungen, den rücksichtslosen Abbau von Lehrkräften dadurch zu mildern, daß er die geringste staatlich zulässige Pflichtstundenverhöhung für Berlin durchsetzte.

Der dritte und vornehmste Teil seiner Tätigkeit ist seine Reformarbeit. Als pädagogischer Reformator ist Paulsen, der Organisator der hamburger Gemeinschaftsschulen, von der damaligen sozialistischen

Stadtverordnetenversammlung unter dem sozialistischen Ministerium hinstellen berufen worden. Glänzende Aussichten schienen sich für seine Arbeit in diesen größten deutschen Gemeinwesen zu eröffnen. Aber er war noch nicht dazu gekommen, sein Programm zu entwickeln, da war das Bild schon ganz verändert. Das sozialistische Ministerium hatte dem vollparteilichen des Herrn Böhm Platz gemacht, und die Stadtverordnetenversammlung bekam eine zwar geringe, aber doch für um so rücksichtslosere Majorität. Alle besonderen Mittel wurden nun für die geplanten neuen Schulen verweigert, die politischen Parteien liefen dagegen Sturm, die Behörden machten Schwierigkeiten über Schwierigkeiten; und doch hat er sich durch all das nicht irremachen lassen. Seinem jähen Glauben ist es geglückt, in immer wiederholten persönlichen Eingaben und Besprechungen, ohne jede Hilfe der

Bezirksbildungsausschuß der KPD. Groß-Berlin

Sonntag, den 27. April 1924, vormittags 11 Uhr im Großen Schauspielhaus in der Korkstraße

Proletarische Feierstunden

Ansprache des Genossen Ariur Crispian

Mitwirkende: Berliner Sängerkorps (M.d.V.), Leitung Ebermeister Heide • Heinrich Witte (Eingespriecher) • Professor Wittenberg (Violone) • J. G. Rohrbach (Orgel) • Der Sprecher für Proletarische Feierstunden (Leitung Albert Florath)

Hunger von Dehold

Mahle, Mähle mahle • Der 1. Mai von Rich. Dehmel An die Erde. Weisheit für Sprechende von Bruno Schönlank Gemeinamer Schlußgesang „Die Internationale“ Preis 80 Goldpfennig

städtischen Körperschaften, den Minister und seine maßgebenden Ratgeber von der Notwendigkeit dieses Versuches zu überzeugen, bis jener ihn unter ganz bestimmten Bedingungen freigab.

Als im Krieg der Berliner Kommunalrat die Berliner Begabtenschulen schuf, was wußte man da für Rühmens von dieser Tat zu machen! Ohne nun dieser typisch bürgerlichen Gründung im Sinne des Aufstiegs der Begabten zu nahe treten zu wollen, täte man ihr doch Unrecht, wollte man sie mit einem Versuch von der grundsätzlichen, man darf ohne Übertreibung sagen epochalen Bedeutung der Gemeinschaftsschulen vergleichen. Denn sie erst lehren sich entschieden ab von der auf individualistische Bildung ausgehenden Schule des abgelaufenen Zeitalters und machen Ernst mit der auf den Bedürfnissen einer neuen werdenden Gemeinschaft aufgebauten Stätte der Jugend.

Überzieht man vorurteillos diese Arbeit nur dreier Jahre, so kann es darüber nur eine Meinung geben. Und fragt man sich: Wie ist es möglich, daß solche Stellung durch politische Gehässigkeit in ihr Gegenteil zu deuten versucht werden kann? — Es gibt auch hier nur eine eindringliche Lehre, und sie richtet sich an die Wähler. Seht zu, daß die größte deutsche Gemeinde bald wieder sozialistisch regiert wird!

Die Altershilfe der Jugend, Bezirk Kreuzberg, veranstaltet am Sonnabend, den 26. April, um 7 1/2 Uhr, einen bunten Abend in der Aula Wittenpolder Str. 37. Wir laden alle jungen Menschen ein, die die Not unserer Eltern drückend empfinden und ihr Feuer bester wollen; wir laden und aber auch freuen, recht viele von jenen alten Menschen zu sehen, die selten eine frohe Stunde genießen können. Vorträge, Märchen und Schattenspiele, ernste und heitere musikalische Vorträge sollen uns erfreuen und Mittel und Wege zu weiterer Hilfsarbeit gewinnen werden. Eintritt frei!

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Die Revolutoren der 83. Abteilung haben leider auch bis heute noch nicht dafür geforgt, daß die bereits am 31. März fälligen Abrechnungen des 4. Quartals von den Kassierern geleistet wurden. — Die Mitglieder müssen nunmehr in dieser Abteilung hierzu Stellung nehmen. S. A.: Max Pagels.

- Wichtig! Parteigliedern! Besucht die heute, Sonnabend, abend, stattfindende öffentliche Beamtensammlung des 2. Kreises in der Aula Wittenpolder Str. 37. ... 11. Kreis Schönberg-Friedrichs. ... 12. Kreis Köpenick. ... 13. Kreis Kreuzberg. ... 14. Kreis Prenzlauer Berg. ... 15. Kreis Tempelhof. ... 16. Kreis Mitte. ... 17. Kreis Charlottenburg. ... 18. Kreis Spandau. ... 19. Kreis Hakenfelde. ... 20. Kreis Wilmersdorf. ... 21. Kreis Neukölln. ... 22. Kreis Tempelhof. ... 23. Kreis Mitte. ... 24. Kreis Charlottenburg. ... 25. Kreis Spandau. ... 26. Kreis Hakenfelde. ... 27. Kreis Wilmersdorf. ... 28. Kreis Neukölln. ... 29. Kreis Tempelhof. ... 30. Kreis Mitte. ... 31. Kreis Charlottenburg. ... 32. Kreis Spandau. ... 33. Kreis Hakenfelde. ... 34. Kreis Wilmersdorf. ... 35. Kreis Neukölln. ... 36. Kreis Tempelhof. ... 37. Kreis Mitte. ... 38. Kreis Charlottenburg. ... 39. Kreis Spandau. ... 40. Kreis Hakenfelde. ... 41. Kreis Wilmersdorf. ... 42. Kreis Neukölln. ... 43. Kreis Tempelhof. ... 44. Kreis Mitte. ... 45. Kreis Charlottenburg. ... 46. Kreis Spandau. ... 47. Kreis Hakenfelde. ... 48. Kreis Wilmersdorf. ... 49. Kreis Neukölln. ... 50. Kreis Tempelhof. ... 51. Kreis Mitte. ... 52. Kreis Charlottenburg. ... 53. Kreis Spandau. ... 54. Kreis Hakenfelde. ... 55. Kreis Wilmersdorf. ... 56. Kreis Neukölln. ... 57. Kreis Tempelhof. ... 58. Kreis Mitte. ... 59. Kreis Charlottenburg. ... 60. Kreis Spandau. ... 61. Kreis Hakenfelde. ... 62. Kreis Wilmersdorf. ... 63. Kreis Neukölln. ... 64. Kreis Tempelhof. ... 65. Kreis Mitte. ... 66. Kreis Charlottenburg. ... 67. Kreis Spandau. ... 68. Kreis Hakenfelde. ... 69. Kreis Wilmersdorf. ... 70. Kreis Neukölln. ... 71. Kreis Tempelhof. ... 72. Kreis Mitte. ... 73. Kreis Charlottenburg. ... 74. Kreis Spandau. ... 75. Kreis Hakenfelde. ... 76. Kreis Wilmersdorf. ... 77. Kreis Neukölln. ... 78. Kreis Tempelhof. ... 79. Kreis Mitte. ... 80. Kreis Charlottenburg. ... 81. Kreis Spandau. ... 82. Kreis Hakenfelde. ... 83. Kreis Wilmersdorf. ... 84. Kreis Neukölln. ... 85. Kreis Tempelhof. ... 86. Kreis Mitte. ... 87. Kreis Charlottenburg. ... 88. Kreis Spandau. ... 89. Kreis Hakenfelde. ... 90. Kreis Wilmersdorf. ... 91. Kreis Neukölln. ... 92. Kreis Tempelhof. ... 93. Kreis Mitte. ... 94. Kreis Charlottenburg. ... 95. Kreis Spandau. ... 96. Kreis Hakenfelde. ... 97. Kreis Wilmersdorf. ... 98. Kreis Neukölln. ... 99. Kreis Tempelhof. ... 100. Kreis Mitte. ... 101. Kreis Charlottenburg. ... 102. Kreis Spandau. ... 103. Kreis Hakenfelde. ... 104. Kreis Wilmersdorf. ... 105. Kreis Neukölln. ... 106. Kreis Tempelhof. ... 107. Kreis Mitte. ... 108. Kreis Charlottenburg. ... 109. Kreis Spandau. ... 110. Kreis Hakenfelde. ... 111. Kreis Wilmersdorf. ... 112. Kreis Neukölln. ... 113. Kreis Tempelhof. ... 114. Kreis Mitte. ... 115. Kreis Charlottenburg. ... 116. Kreis Spandau. ... 117. Kreis Hakenfelde. ... 118. Kreis Wilmersdorf. ... 119. Kreis Neukölln. ... 120. Kreis Tempelhof. ... 121. Kreis Mitte. ... 122. Kreis Charlottenburg. ... 123. Kreis Spandau. ... 124. Kreis Hakenfelde. ... 125. Kreis Wilmersdorf. ... 126. Kreis Neukölln. ... 127. Kreis Tempelhof. ... 128. Kreis Mitte. ... 129. Kreis Charlottenburg. ... 130. Kreis Spandau. ... 131. Kreis Hakenfelde. ... 132. Kreis Wilmersdorf. ... 133. Kreis Neukölln. ... 134. Kreis Tempelhof. ... 135. Kreis Mitte. ... 136. Kreis Charlottenburg. ... 137. Kreis Spandau. ... 138. Kreis Hakenfelde. ... 139. Kreis Wilmersdorf. ... 140. Kreis Neukölln. ... 141. Kreis Tempelhof. ... 142. Kreis Mitte. ... 143. Kreis Charlottenburg. ... 144. Kreis Spandau. ... 145. Kreis Hakenfelde. ... 146. Kreis Wilmersdorf. ... 147. Kreis Neukölln. ... 148. Kreis Tempelhof. ... 149. Kreis Mitte. ... 150. Kreis Charlottenburg. ... 151. Kreis Spandau. ... 152. Kreis Hakenfelde. ... 153. Kreis Wilmersdorf. ... 154. Kreis Neukölln. ... 155. Kreis Tempelhof. ... 156. Kreis Mitte. ... 157. Kreis Charlottenburg. ... 158. Kreis Spandau. ... 159. Kreis Hakenfelde. ... 160. Kreis Wilmersdorf. ... 161. Kreis Neukölln. ... 162. Kreis Tempelhof. ... 163. Kreis Mitte. ... 164. Kreis Charlottenburg. ... 165. Kreis Spandau. ... 166. Kreis Hakenfelde. ... 167. Kreis Wilmersdorf. ... 168. Kreis Neukölln. ... 169. Kreis Tempelhof. ... 170. Kreis Mitte. ... 171. Kreis Charlottenburg. ... 172. Kreis Spandau. ... 173. Kreis Hakenfelde. ... 174. Kreis Wilmersdorf. ... 175. Kreis Neukölln. ... 176. Kreis Tempelhof. ... 177. Kreis Mitte. ... 178. Kreis Charlottenburg. ... 179. Kreis Spandau. ... 180. Kreis Hakenfelde. ... 181. Kreis Wilmersdorf. ... 182. Kreis Neukölln. ... 183. Kreis Tempelhof. ... 184. Kreis Mitte. ... 185. Kreis Charlottenburg. ... 186. Kreis Spandau. ... 187. Kreis Hakenfelde. ... 188. Kreis Wilmersdorf. ... 189. Kreis Neukölln. ... 190. Kreis Tempelhof. ... 191. Kreis Mitte. ... 192. Kreis Charlottenburg. ... 193. Kreis Spandau. ... 194. Kreis Hakenfelde. ... 195. Kreis Wilmersdorf. ... 196. Kreis Neukölln. ... 197. Kreis Tempelhof. ... 198. Kreis Mitte. ... 199. Kreis Charlottenburg. ... 200. Kreis Spandau. ... 201. Kreis Hakenfelde. ... 202. Kreis Wilmersdorf. ... 203. Kreis Neukölln. ... 204. Kreis Tempelhof. ... 205. Kreis Mitte. ... 206. Kreis Charlottenburg. ... 207. Kreis Spandau. ... 208. Kreis Hakenfelde. ... 209. Kreis Wilmersdorf. ... 210. Kreis Neukölln. ... 211. Kreis Tempelhof. ... 212. Kreis Mitte. ... 213. Kreis Charlottenburg. ... 214. Kreis Spandau. ... 215. Kreis Hakenfelde. ... 216. Kreis Wilmersdorf. ... 217. Kreis Neukölln. ... 218. Kreis Tempelhof. ... 219. Kreis Mitte. ... 220. Kreis Charlottenburg. ... 221. Kreis Spandau. ... 222. Kreis Hakenfelde. ... 223. Kreis Wilmersdorf. ... 224. Kreis Neukölln. ... 225. Kreis Tempelhof. ... 226. Kreis Mitte. ... 227. Kreis Charlottenburg. ... 228. Kreis Spandau. ... 229. Kreis Hakenfelde. ... 230. Kreis Wilmersdorf. ... 231. Kreis Neukölln. ... 232. Kreis Tempelhof. ... 233. Kreis Mitte. ... 234. Kreis Charlottenburg. ... 235. Kreis Spandau. ... 236. Kreis Hakenfelde. ... 237. Kreis Wilmersdorf. ... 238. Kreis Neukölln. ... 239. Kreis Tempelhof. ... 240. Kreis Mitte. ... 241. Kreis Charlottenburg. ... 242. Kreis Spandau. ... 243. Kreis Hakenfelde. ... 244. Kreis Wilmersdorf. ... 245. Kreis Neukölln. ... 246. Kreis Tempelhof. ... 247. Kreis Mitte. ... 248. Kreis Charlottenburg. ... 249. Kreis Spandau. ... 250. Kreis Hakenfelde. ... 251. Kreis Wilmersdorf. ... 252. Kreis Neukölln. ... 253. Kreis Tempelhof. ... 254. Kreis Mitte. ... 255. Kreis Charlottenburg. ... 256. Kreis Spandau. ... 257. Kreis Hakenfelde. ... 258. Kreis Wilmersdorf. ... 259. Kreis Neukölln. ... 260. Kreis Tempelhof. ... 261. Kreis Mitte. ... 262. Kreis Charlottenburg. ... 263. Kreis Spandau. ... 264. Kreis Hakenfelde. ... 265. Kreis Wilmersdorf. ... 266. Kreis Neukölln. ... 267. Kreis Tempelhof. ... 268. Kreis Mitte. ... 269. Kreis Charlottenburg. ... 270. Kreis Spandau. ... 271. Kreis Hakenfelde. ... 272. Kreis Wilmersdorf. ... 273. Kreis Neukölln. ... 274. Kreis Tempelhof. ... 275. Kreis Mitte. ... 276. Kreis Charlottenburg. ... 277. Kreis Spandau. ... 278. Kreis Hakenfelde. ... 279. Kreis Wilmersdorf. ... 280. Kreis Neukölln. ... 281. Kreis Tempelhof. ... 282. Kreis Mitte. ... 283. Kreis Charlottenburg. ... 284. Kreis Spandau. ... 285. Kreis Hakenfelde. ... 286. Kreis Wilmersdorf. ... 287. Kreis Neukölln. ... 288. Kreis Tempelhof. ... 289. Kreis Mitte. ... 290. Kreis Charlottenburg. ... 291. Kreis Spandau. ... 292. Kreis Hakenfelde. ... 293. Kreis Wilmersdorf. ... 294. Kreis Neukölln. ... 295. Kreis Tempelhof. ... 296. Kreis Mitte. ... 297. Kreis Charlottenburg. ... 298. Kreis Spandau. ... 299. Kreis Hakenfelde. ... 300. Kreis Wilmersdorf. ... 301. Kreis Neukölln. ... 302. Kreis Tempelhof. ... 303. Kreis Mitte. ... 304. Kreis Charlottenburg. ... 305. Kreis Spandau. ... 306. Kreis Hakenfelde. ... 307. Kreis Wilmersdorf. ... 308. Kreis Neukölln. ... 309. Kreis Tempelhof. ... 310. Kreis Mitte. ... 311. Kreis Charlottenburg. ... 312. Kreis Spandau. ... 313. Kreis Hakenfelde. ... 314. Kreis Wilmersdorf. ... 315. Kreis Neukölln. ... 316. Kreis Tempelhof. ... 317. Kreis Mitte. ... 318. Kreis Charlottenburg. ... 319. Kreis Spandau. ... 320. Kreis Hakenfelde. ... 321. Kreis Wilmersdorf. ... 322. Kreis Neukölln. ... 323. Kreis Tempelhof. ... 324. Kreis Mitte. ... 325. Kreis Charlottenburg. ... 326. Kreis Spandau. ... 327. Kreis Hakenfelde. ... 328. Kreis Wilmersdorf. ... 329. Kreis Neukölln. ... 330. Kreis Tempelhof. ... 331. Kreis Mitte. ... 332. Kreis Charlottenburg. ... 333. Kreis Spandau. ... 334. Kreis Hakenfelde. ... 335. Kreis Wilmersdorf. ... 336. Kreis Neukölln. ... 337. Kreis Tempelhof. ... 338. Kreis Mitte. ... 339. Kreis Charlottenburg. ... 340. Kreis Spandau. ... 341. Kreis Hakenfelde. ... 342. Kreis Wilmersdorf. ... 343. Kreis Neukölln. ... 344. Kreis Tempelhof. ... 345. Kreis Mitte. ... 346. Kreis Charlottenburg. ... 347. Kreis Spandau. ... 348. Kreis Hakenfelde. ... 349. Kreis Wilmersdorf. ... 350. Kreis Neukölln. ... 351. Kreis Tempelhof. ... 352. Kreis Mitte. ... 353. Kreis Charlottenburg. ... 354. Kreis Spandau. ... 355. Kreis Hakenfelde. ... 356. Kreis Wilmersdorf. ... 357. Kreis Neukölln. ... 358. Kreis Tempelhof. ... 359. Kreis Mitte. ... 360. Kreis Charlottenburg. ... 361. Kreis Spandau. ... 362. Kreis Hakenfelde. ... 363. Kreis Wilmersdorf. ... 364. Kreis Neukölln. ... 365. Kreis Tempelhof. ... 366. Kreis Mitte. ... 367. Kreis Charlottenburg. ... 368. Kreis Spandau. ... 369. Kreis Hakenfelde. ... 370. Kreis Wilmersdorf. ... 371. Kreis Neukölln. ... 372. Kreis Tempelhof. ... 373. Kreis Mitte. ... 374. Kreis Charlottenburg. ... 375. Kreis Spandau. ... 376. Kreis Hakenfelde. ... 377. Kreis Wilmersdorf. ... 378. Kreis Neukölln. ... 379. Kreis Tempelhof. ... 380. Kreis Mitte. ... 381. Kreis Charlottenburg. ... 382. Kreis Spandau. ... 383. Kreis Hakenfelde. ... 384. Kreis Wilmersdorf. ... 385. Kreis Neukölln. ... 386. Kreis Tempelhof. ... 387. Kreis Mitte. ... 388. Kreis Charlottenburg. ... 389. Kreis Spandau. ... 390. Kreis Hakenfelde. ... 391. Kreis Wilmersdorf. ... 392. Kreis Neukölln. ... 393. Kreis Tempelhof. ... 394. Kreis Mitte. ... 395. Kreis Charlottenburg. ... 396. Kreis Spandau. ... 397. Kreis Hakenfelde. ... 398. Kreis Wilmersdorf. ... 399. Kreis Neukölln. ... 400. Kreis Tempelhof. ... 401. Kreis Mitte. ... 402. Kreis Charlottenburg. ... 403. Kreis Spandau. ... 404. Kreis Hakenfelde. ... 405. Kreis Wilmersdorf. ... 406. Kreis Neukölln. ... 407. Kreis Tempelhof. ... 408. Kreis Mitte. ... 409. Kreis Charlottenburg. ... 410. Kreis Spandau. ... 411. Kreis Hakenfelde. ... 412. Kreis Wilmersdorf. ... 413. Kreis Neukölln. ... 414. Kreis Tempelhof. ... 415. Kreis Mitte. ... 416. Kreis Charlottenburg. ... 417. Kreis Spandau. ... 418. Kreis Hakenfelde. ... 419. Kreis Wilmersdorf. ... 420. Kreis Neukölln. ... 421. Kreis Tempelhof. ... 422. Kreis Mitte. ... 423. Kreis Charlottenburg. ... 424. Kreis Spandau. ... 425. Kreis Hakenfelde. ... 426. Kreis Wilmersdorf. ... 427. Kreis Neukölln. ... 428. Kreis Tempelhof. ... 429. Kreis Mitte. ... 430. Kreis Charlottenburg. ... 431. Kreis Spandau. ... 432. Kreis Hakenfelde. ... 433. Kreis Wilmersdorf. ... 434. Kreis Neukölln. ... 435. Kreis Tempelhof. ... 436. Kreis Mitte. ... 437. Kreis Charlottenburg. ... 438. Kreis Spandau. ... 439. Kreis Hakenfelde. ... 440. Kreis Wilmersdorf. ... 441. Kreis Neukölln. ... 442. Kreis Tempelhof. ... 443. Kreis Mitte. ... 444. Kreis Charlottenburg. ... 445. Kreis Spandau. ... 446. Kreis Hakenfelde. ... 447. Kreis Wilmersdorf. ... 448. Kreis Neukölln. ... 449. Kreis Tempelhof. ... 450. Kreis Mitte. ... 451. Kreis Charlottenburg. ... 452. Kreis Spandau. ... 453. Kreis Hakenfelde. ... 454. Kreis Wilmersdorf. ... 455. Kreis Neukölln. ... 456. Kreis Tempelhof. ... 457. Kreis Mitte. ... 458. Kreis Charlottenburg. ... 459. Kreis Spandau. ... 460. Kreis Hakenfelde. ... 461. Kreis Wilmersdorf. ... 462. Kreis Neukölln. ... 463. Kreis Tempelhof. ... 464. Kreis Mitte. ... 465. Kreis Charlottenburg. ... 466. Kreis Spandau. ... 467. Kreis Hakenfelde. ... 468. Kreis Wilmersdorf. ... 469. Kreis Neukölln. ... 470. Kreis Tempelhof. ... 471. Kreis Mitte. ... 472. Kreis Charlottenburg. ... 473. Kreis Spandau. ... 474. Kreis Hakenfelde. ... 475. Kreis Wilmersdorf. ... 476. Kreis Neukölln. ... 477. Kreis Tempelhof. ... 478. Kreis Mitte. ... 479. Kreis Charlottenburg. ... 480. Kreis Spandau. ... 481. Kreis Hakenfelde. ... 482. Kreis Wilmersdorf. ... 483. Kreis Neukölln. ... 484. Kreis Tempelhof. ... 485. Kreis Mitte. ... 486. Kreis Charlottenburg. ... 487. Kreis Spandau. ... 488. Kreis Hakenfelde. ... 489. Kreis Wilmersdorf. ... 490. Kreis Neukölln. ... 491. Kreis Tempelhof. ... 492. Kreis Mitte. ... 493. Kreis Charlottenburg. ... 494. Kreis Spandau. ... 495. Kreis Hakenfelde. ... 496. Kreis Wilmersdorf. ... 497. Kreis Neukölln. ... 498. Kreis Tempelhof. ... 499. Kreis Mitte. ... 500. Kreis Charlottenburg. ... 501. Kreis Spandau. ... 502. Kreis Hakenfelde. ... 503. Kreis Wilmersdorf. ... 504. Kreis Neukölln. ... 505. Kreis Tempelhof. ... 506. Kreis Mitte. ... 507. Kreis Charlottenburg. ... 508. Kreis Spandau. ... 509. Kreis Hakenfelde. ... 510. Kreis Wilmersdorf. ... 511. Kreis Neukölln. ... 512. Kreis Tempelhof. ... 513. Kreis Mitte. ... 514. Kreis Charlottenburg. ... 515. Kreis Spandau. ... 516. Kreis Hakenfelde. ... 517. Kreis Wilmersdorf. ... 518. Kreis Neukölln. ... 519. Kreis Tempelhof. ... 520. Kreis Mitte. ... 521. Kreis Charlottenburg. ... 522. Kreis Spandau. ... 523. Kreis Hakenfelde. ... 524. Kreis Wilmersdorf. ... 525. Kreis Neukölln. ... 526. Kreis Tempelhof. ... 527. Kreis Mitte. ... 528. Kreis Charlottenburg. ... 529. Kreis Spandau. ... 530. Kreis Hakenfelde. ... 531. Kreis Wilmersdorf. ... 532. Kreis Neukölln. ... 533. Kreis Tempelhof. ... 534. Kreis Mitte. ... 535. Kreis Charlottenburg. ... 536. Kreis Spandau. ... 537. Kreis Hakenfelde. ... 538. Kreis Wilmersdorf. ... 539. Kreis Neukölln. ... 540. Kreis Tempelhof. ... 541. Kreis Mitte. ... 542. Kreis Charlottenburg. ... 543. Kreis Spandau. ... 544. Kreis Hakenfelde. ... 545. Kreis Wilmersdorf. ... 546. Kreis Neukölln. ... 547. Kreis Tempelhof. ... 548. Kreis Mitte. ... 549. Kreis Charlottenburg. ... 550. Kreis Spandau. ... 551. Kreis Hakenfelde. ... 552. Kreis Wilmersdorf. ... 553. Kreis Neukölln. ... 554. Kreis Tempelhof. ... 555. Kreis Mitte. ... 556. Kreis Charlottenburg. ... 557. Kreis Spandau. ... 558. Kreis Hakenfelde. ... 559. Kreis Wilmersdorf. ... 560. Kreis Neukölln. ... 561. Kreis Tempelhof. ... 562. Kreis Mitte. ... 563. Kreis Charlottenburg. ... 564. Kreis Spandau. ... 565. Kreis Hakenfelde. ... 566. Kreis Wilmersdorf. ... 567. Kreis Neukölln. ... 568. Kreis Tempelhof. ... 569. Kreis Mitte. ... 570. Kreis Charlottenburg. ... 571. Kreis Spandau. ... 572. Kreis Hakenfelde. ... 573. Kreis Wilmersdorf. ... 574. Kreis Neukölln. ... 575. Kreis Tempelhof. ... 576. Kreis Mitte. ... 577. Kreis Charlottenburg. ... 578. Kreis Spandau. ... 579. Kreis Hakenfelde. ... 580. Kreis Wilmersdorf. ... 581. Kreis Neukölln. ... 582. Kreis Tempelhof. ... 583. Kreis Mitte. ... 584. Kreis Charlottenburg. ... 585. Kreis Spandau. ... 586. Kreis Hakenfelde. ... 587. Kreis Wilmersdorf. ... 588. Kreis Neukölln. ... 589. Kreis Tempelhof. ... 590. Kreis Mitte. ... 591. Kreis Charlottenburg. ... 592. Kreis Spandau. ... 593. Kreis Hakenfelde. ... 594. Kreis Wilmersdorf. ... 595. Kreis Neukölln. ... 596. Kreis Tempelhof. ... 597. Kreis Mitte. ... 598. Kreis Charlottenburg. ... 599. Kreis Spandau. ... 600. Kreis Hakenfelde. ... 601. Kreis Wilmersdorf. ... 602. Kreis Neukölln. ... 603. Kreis Tempelhof. ... 604. Kreis Mitte. ... 605. Kreis Charlottenburg. ... 606. Kreis Spandau. ... 607. Kreis Hakenfelde. ... 608. Kreis Wilmersdorf. ... 609. Kreis Neukölln. ... 610. Kreis Tempelhof. ... 611. Kreis Mitte. ... 612. Kreis Charlottenburg. ... 613. Kreis Spandau. ... 614. Kreis Hakenfelde. ... 615. Kreis Wilmersdorf. ... 616. Kreis Neukölln. ... 617. Kreis Tempelhof. ... 618. Kreis Mitte. ... 619. Kreis Charlottenburg. ... 620. Kreis Spandau. ... 621. Kreis Hakenfelde. ... 622. Kreis Wilmersdorf. ... 623. Kreis Neukölln. ... 624. Kreis Tempelhof. ... 625. Kreis Mitte. ... 626. Kreis Charlottenburg. ... 627. Kreis Spandau. ... 628. Kreis Hakenfelde. ... 629. Kreis Wilmersdorf. ... 630. Kreis Neukölln. ... 631. Kreis Tempelhof. ... 632. Kreis Mitte. ... 633. Kreis Charlottenburg. ... 634. Kreis Spandau. ... 635. Kreis Hakenfelde. ... 636. Kreis Wilmersdorf. ... 637. Kreis Neukölln. ... 638. Kreis Tempelhof. ... 639. Kreis Mitte. ... 640. Kreis Charlottenburg. ... 641. Kreis Spandau. ... 642. Kreis Hakenfelde. ... 643. Kreis Wilmersdorf. ... 644. Kreis Neukölln. ... 645. Kreis Tempelhof. ... 646. Kreis Mitte. ... 647. Kreis Charlottenburg. ... 648. Kreis Spandau. ... 649. Kreis Hakenfelde. ... 650. Kreis Wilmersdorf. ... 651. Kreis Neukölln. ... 652. Kreis Tempelhof. ... 653. Kreis Mitte. ... 654. Kreis Charlottenburg. ... 655. Kreis Spandau. ... 656. Kreis Hakenfelde. ... 657. Kreis Wilmersdorf. ... 658. Kreis Neukölln. ... 659. Kreis Tempelhof. ... 660. Kreis Mitte. ... 661. Kreis Charlottenburg. ... 662. Kreis Spandau. ... 663. Kreis Hakenfelde. ... 664. Kreis Wilmersdorf. ... 665. Kreis Neukölln. ... 666. Kreis Tempelhof. ... 667. Kreis Mitte. ... 668. Kreis Charlottenburg. ... 669. Kreis Spandau. ... 670. Kreis Hakenfelde. ... 671. Kreis Wilmersdorf. ... 672. Kreis Neukölln. ... 673. Kreis Tempelhof. ... 674. Kreis Mitte. ... 675. Kreis Charlottenburg. ... 676. Kreis Spandau. ... 677. Kreis Hakenfelde. ... 678. Kreis Wilmersdorf. ... 679. Kreis Neukölln. ... 680. Kreis Tempelhof. ... 681. Kreis Mitte. ... 682. Kreis Charlottenburg. ... 683. Kreis Spandau. ... 684. Kreis Hakenfelde. ... 685. Kreis Wilmersdorf. ... 686. Kreis Neukölln. ... 687. Kreis Tempelhof. ... 688. Kreis Mitte. ... 689. Kreis Charlottenburg. ... 690. Kreis Spandau. ... 691. Kreis Hakenfelde. ... 692. Kreis Wilmersdorf. ... 693. Kreis Neukölln. ... 694. Kreis Tempelhof. ... 695. Kreis Mitte. ... 696. Kreis Charlottenburg. ... 697. Kreis Spandau. ... 698. Kreis Hakenfelde. ... 699. Kreis Wilmersdorf. ... 700. Kreis Neukölln. ... 701. Kreis Tempelhof. ... 702. Kreis Mitte. ... 703. Kreis Charlottenburg. ... 704. Kreis Spandau. ... 705. Kreis Hakenfelde. ... 706. Kreis Wilmersdorf. ... 707. Kreis Neukölln. ... 708. Kreis Tempelhof. ... 709. Kreis Mitte. ... 710. Kreis Charlottenburg. ... 711. Kreis Spandau. ... 712. Kreis Hakenfelde. ... 713. Kreis Wilmersdorf. ... 714. Kreis Neukölln. ... 715. Kreis Tempelhof. ... 716. Kreis Mitte. ... 717. Kreis Charlottenburg. ... 718. Kreis Spandau. ... 719. Kreis Hakenfelde. ... 720. Kreis Wilmersdorf. ... 721. Kreis Neukölln. ... 722. Kreis Tempelhof. ... 723. Kreis Mitte. ... 724. Kreis Charlottenburg. ... 725. Kreis Spandau. ... 726. Kreis Hakenfelde. ... 727. Kreis Wilmersdorf. ... 728. Kreis Neukölln. ... 729. Kreis Tempelhof. ... 730. Kreis Mitte. ... 731. Kreis Charlottenburg. ... 732. Kreis Spandau. ... 733. Kreis Hakenfelde. ... 734. Kreis Wilmersdorf. ... 735. Kreis Neukölln. ... 736. Kreis Tempelhof. ... 737. Kreis Mitte. ... 738. Kreis Charlottenburg. ... 739. Kreis Spandau. ... 740. Kreis Hakenfelde. ... 741. Kreis Wilmersdorf. ... 742. Kreis Neukölln. ... 743. Kreis Tempelhof. ... 744. Kreis Mitte. ... 745. Kreis Charlottenburg. ... 746. Kreis Spandau. ... 747. Kreis Hakenfelde. ... 748. Kreis Wilmersdorf. ... 749. Kreis Neukölln. ... 750. Kreis Tempelhof. ... 751. Kreis Mitte. ... 752. Kreis Charlottenburg. ... 753. Kreis Spandau. ... 754. Kreis Hakenfelde. ... 755. Kreis Wilmersdorf. ... 756. Kreis Neukölln. ... 757. Kreis Tempelhof. ... 758. Kreis Mitte. ... 759. Kreis Charlottenburg. ... 760. Kreis Spandau. ... 761. Kreis Hakenfelde. ... 762. Kreis Wilmersdorf. ... 763. Kreis Neukölln. ... 764. Kreis Tempelhof. ... 765. Kreis Mitte. ... 766. Kreis Charlottenburg. ... 767. Kreis Spandau. ... 768. Kreis Hakenfelde. ... 769. Kreis Wilmersdorf. ... 770. Kreis Neukölln. ... 771. Kreis Tempelhof. ... 772. Kreis Mitte. ... 773. Kreis Charlottenburg. ... 774. Kreis Spandau. ... 775. Kreis Hakenfelde. ... 776. Kreis Wilmersdorf. ... 777. Kreis Neukölln. ... 778. Kreis Tempelhof. ... 779. Kreis Mitte. ... 780. Kreis Charlottenburg. ... 781. Kreis Spandau. ... 782. Kreis Hakenfelde. ... 783. Kreis Wilmersdorf. ... 784. Kreis Neukölln. ... 785. Kreis Tempelhof. ... 786. Kreis Mitte. ... 787. Kreis Charlottenburg. ... 788. Kreis Spandau. ... 789. Kreis Hakenfelde. ... 790. Kreis Wilmersdorf. ... 791. Kreis Neukölln. ... 792. Kreis Tempelhof. ... 793. Kreis Mitte. ... 794. Kreis Charlottenburg. ... 795. Kreis Spandau. ... 796. Kreis Hakenfelde. ... 797. Kreis Wilmersdorf. ... 798. Kreis Neukölln. ... 799. Kreis Tempelhof. ... 800. Kreis Mitte. ... 801. Kreis Charlottenburg. ... 802. Kreis Spandau. ... 803. Kreis Hakenfelde. ... 804. Kreis Wilmersdorf. ... 805. Kreis Neukölln. ... 806. Kreis Tempelhof. ... 807. Kreis Mitte. ... 808. Kreis Charlottenburg. ... 809. Kreis Spandau. ... 810. Kreis Hakenfelde. ... 811. Kreis Wilmersdorf. ... 812. Kreis Neukölln. ... 813. Kreis Tempelhof. ... 814. Kreis Mitte. ... 815. Kreis Charlottenburg. ... 816. Kreis Spandau. ... 817. Kreis Hakenfelde. ... 818. Kreis Wilmersdorf. ... 819. Kreis Neukölln. ... 820. Kreis Tempelhof. ... 821. Kreis Mitte. ... 822. Kreis Charlottenburg. ... 823. Kreis Spandau. ... 824. Kreis Hakenfelde. ... 825. Kreis Wilmersdorf. ... 826. Kreis Neukölln. ... 827. Kreis Tempelhof. ... 828. Kreis Mitte. ... 829. Kreis Charlottenburg. ... 830. Kreis Spandau. ... 831. Kreis Hakenfelde. ... 832. Kreis Wilmersdorf. ... 833. Kreis Neukölln. ... 834. Kreis Tempelhof. ... 835. Kreis Mitte. ... 836. Kreis Charlottenburg. ... 837. Kreis Spandau. ... 838. Kreis Hakenfelde. ... 839. Kreis Wilmersdorf. ... 840. Kreis Neukölln. ... 841. Kreis Tempelhof. ... 842. Kreis Mitte. ... 843. Kreis Charlottenburg. ... 844. Kreis Spandau. ... 845. Kreis Hakenfelde. ... 846. Kreis Wilmersdorf. ... 847. Kreis Neukölln. ... 848. Kreis Tempelhof. ... 849. Kreis Mitte. ... 850. Kreis Charlottenburg. ...



An die Textilarbeiter.

Ein ernstes Wort zur Reichstagswahl am 4. Mai.

Die bevorstehenden Reichstagswahlen sind für die deutsche Arbeiterklasse von entscheidender Bedeutung. Es gilt die demokratische Verfassung des Reichs, die Grundlage der Republik, vor dem Ansturm der Reaktion zu sichern.

Die hohe Bedeutung der deutschen Textilindustrie für die deutsche Volkswirtschaft zeigt sich schon dadurch, daß in der Vorkriegszeit der Produktionswert der Textil-erzeugnisse dem Wert der deutschen Getreideernte entsprach.

Regelung handelspolitischer und sozialpolitischer Dinge, die von lebenswichtiger Bedeutung für die Textilindustrie und deren Arbeiterschaft sind, in der nächsten Reichstagsperiode gelegt ist.

Die Textilindustrie kann nur gedeihen, wenn der Warenexport in jeder Weise gefördert wird. Der Auslandsmarkt kann aber nur dann erschlossen werden, wenn die zum Verkauf gebrachten Waren sich durch Güte und Preiswürdigkeit auszeichnen.

rationalisiert Produktion

und Anwendung neuester technischer Produktionsmethoden voraus. Gerade hier ist die deutsche Textilindustrie während und nach der Kriegszeit stark zurückgeblieben!

Schaffung eines wirksamen Kartellgesetzes die Auswüchse der Kartelle einzuschränken. Es ist dies auch deshalb notwendig, damit die Triebkräfte durch Einschränkung der Konkurrenz der Betriebe zueinander frei gemacht werden.

Die kartellierten Spinner verlangen jetzt eine Beroiefachung der Fülle für die Einfuhr feiner Garne. Dieses Verlangen entspricht lediglich dem Profitstreben der Spinner.

Schon dieser kleine Umriß zeigt, daß die Textilarbeiterklasse ein hohes Interesse an der Wahl am 4. Mai haben muß. Aber auch in anderer Hinsicht hat die gewerkschaftlich organisierte Textilarbeiterklasse die Pflicht, bei den nächsten Reichstagswahlen sich mit aller Macht dafür einzusetzen, daß die Sozialdemokratie gestärkt aus dem Wahlkampf hervorgeht.

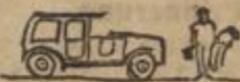
Der Ansturm der Reaktion hat sich insbesondere gegen die in der deutschen Republik geförderte Sozialpolitik, namentlich gegen den

Achtstundentag

gerichtet. Von den Wahlen am 4. Mai wird es abhängen, ob der Achtstundentag, der für die deutsche Textilarbeiterklasse eine Lebensnotwendigkeit ist, durch die Beschaffung einer festere Stütze erhalten wird.

Der Dank des Vaterlandes ist Euch gewiß!

Nach der Umstellung der Versorgungsgebühren der Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen auf Gold durch die bürgerliche Sanierung ergab sich eine überaus beträchtliche Kürzung gegenüber der Anfangskriegszeit.



Statt Brot eßt doch Steine. Wenn's Euch nicht gefällt:



Einem jeden das Seine Und IhM Euer Geld.

Über nicht nur die völlige Beseitigung des Achtstundentages ist das Ziel der bürgerlichen Partei, sondern die Sozialpolitik soll im allgemeinen abgebaut werden.

in der sozialdemokratischen Partei

die Interessen der Arbeiterschaft ihre Vertretung finden. Ein reaktionäres Reichsparlament kam die Arbeiterschaft mit Wichtigkeit um jeden Erfolg ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit bringen.

Bei den letzten Wahlen hat sich gezeigt, daß die Frauen für die bürgerlichen Parteien, jedenfalls für die ärgsten Feinde der Arbeiterklasse gestimmt haben.

Textilarbeiter, erfüllt allerorts eure Pflicht, werbt und wählt sozialdemokratisch!

Hugo Dressel.

Wo wählst Du?

Heute und morgen, am Sonnabend, den 26., und Sonntag, den 27. April, wird durch öffentlichen Anschlag an den Anschlagtafeln die Abgrenzung der Stimmbezirke und die Festlegung der Abstimmungslokale bekannt gegeben.

Wer am 4. Mai nicht in Berlin sein kann, beschaffe sich schnellstens einen Wahlschein bei der zuständigen Gemeindebehörde.

Keine einzige Stimme darf durch Säumnis oder Bequemlichkeit der BSPD. verloren gehen!

Nur amtliche Stimmzettel.

Der preussische Minister des Innern hat an die Regierungspräsidenten und die Kreiswahlleiter nachstehendes Schreiben gerichtet: Der Herr Reichsminister des Innern macht besonders darauf aufmerksam, daß das Reichswahlgesetz nur amtliche auf Kosten des Reiches hergestellte Stimmzettel kennt.

Die Deutschsozialen in Theorie und Praxis.

Aus der Freien Stadt Danzig wird uns geschrieben: Die Deutschsoziale Partei, welche auch in Danzig auftaucht, konnte bei der Wahl zum Volkstag den Erfolg buchen, daß neben Abgeordnete in das 120 Vertreter zählende Parlament einzogen.

gegenüber ihren Worten gewesen? Vollständig das Gegenteil haben die Deutschsozialen getan, was sie den Wählern versprochen haben. Zunächst bilden die Deutschsozialen, welche die Danziger Regierung vor den Wahlen nicht genug bekämpften, ja sogar stürzen wollten, die Stütze dieser Regierung, die durch Ausscheiden einiger demokratischer Senatoren noch reaktionärer geworden ist.

Die sieben Mann starke Volkstagsfraktion der Deutschsozialen Partei ist in sich auch wiederum in drei Teile gespalten, nämlich in Richtung Hitler, Richtung Bulle und Richtung Kunze.

Ansatz zur Gesundung. Nur 9 Listen in der Pfalz.

Speyer, 25. April. (Wld.) Unter dem Vorsitz des Regierungsdirektors Stähler fand heute vormittag die Prüfung der für die Landtagswahl eingereichten Vorschläge durch den Wahlprüfungsausschuss statt.

Die Erfahrungen bei der Wahl im rechtsrheinischen Bayern haben in der Pfalz bereits zum Verschwinden mehrerer Splittergruppen geführt. Die Listenaufstellung zur Reichstagswahl in allen Gegenden des Reiches zeigen jedoch, wie der Zerfallertungswahn sich noch ungebrochen fortsetzt.

Sozialdemokratisch oder kommunistisch? Eine Warnung und eine Mahnung.

Ein Magdeburger Feinmechaniker, der nach dem Kriege als Spezialarbeiter in England Arbeit gefunden hat, schrieb einem Kollegen, der den Brief der sozialdemokratischen Presse zur Verfügung stellte. Wir zitieren aus diesem Briefe die folgenden politischen Überlegungen:

Lieber Kollege! am meisten freut mich, daß Du endlich wieder Arbeit hast. Hier schreiben alle Zeitungen, daß es überaus schön sei, wie schnell sich Deutschland wieder erhole, und alle Welt nimmt an, es werde in Deutschland eine Zeit der Hochkonjunktur kommen.

hier als Stimmen für Ludendorff und einen neuen Krieg. Ich brauche Dir nicht auseinanderzusetzen, daß die völkische Säbeträfferei ein besserer Witz ist.

Wenn man einige Zeit im Ausland ist, sieht man aber auch andere Dinge mit anderen Augen an, zumal wenn man, wie ich, den englischen Wahlkampf erlebt hat. Es ist überhaupt merkwürdig, wie die englischen Arbeiter die Politik betrachten. Bei den letzten Wahlen haben zum Beispiel auch sehr viele, die zur kommunistischen Partei gehören oder mit ihr sympathisieren, für die Labour Party — so heißen hier doch die Sozialdemokraten — gestimmt. Als ich sie fragte, warum, sagten sie, die Kommunisten hätten noch keine Aussicht, die Regierung übernehmen zu können. Wenn sie aber nicht für die Labour Party gestimmt hätten, wären die Aussichten, daß wenigstens die Labour an die Regierung komme, schlechter geworden, und besser sei jedenfalls, daß MacDonald Ministerpräsident werde als Baldwin oder Lloyd George.

Du weißt, daß ich seit unserer Rückkehr aus dem Feld immer für die Kommunisten gewesen bin. Mir kann aber ihre jetzige Politik gar nicht gefallen. Ich frage Dich, was soll werden, wenn im neuen Reichstag nicht eine Mehrheit zustande kommt, die für eine Verständigung ist und eine entsprechende Regierung bildet? Und diese Gefahr ist sehr groß, wenn die völkischen, deutschnationalen und Kommunisten so viel Stimmen erhalten wie in Bayern.

In England glaubt man aber, daß noch die jetzige deutsche Regierung feste Abmachungen auf Grund der Sachverständigenratsverträge treffen wird. Diese Abmachungen sind bindend für jede Regierung, wenn die nicht einen neuen Krieg machen will. Dann wird der neue Reichstag zu bestimmen haben, wer die Kosten tragen soll. Wenn statt der Deutschen die Engländer in dieser Lage zu wählen hätten, würde allein diese Frage im Wahlkampf erörtert werden. Und ich meine, die deutschen Arbeiter müßten begreifen, daß sie alles aufbieten müssen, um eine Mehrheit ins Parlament zu schicken, die einmal für die Verständigung ist und zum anderen dafür sorgt, daß nicht wieder alle Lasten auf die Arbeiter abgewälzt werden. Da nun die Kommunisten an der Parlamentsarbeit nicht teilnehmen wollen, gegen eine Verständigung sind, so bleibt den deutschen Arbeitern nichts übrig als

möglichst viele Sozialdemokraten in den Reichstag zu schicken, sie müssen ebenso Politik machen, wie es die englischen Arbeiter taten. Es glaubt doch kein vernünftiger Mensch, daß die Sozialdemokraten nicht die Interessen der Arbeiter vertreten, sonst würden die bürgerlichen Parteien die Sozialdemokraten nicht so wütend bekämpfen und offen ausprechen, daß es ihr Ziel ist, die Sozialdemokraten ganz auszuschalten, sie nicht nur von der Regierung fernzuhalten, sondern sie auch aus der Verwaltung wieder zu entfernen. Bis zur nächsten Wahl müssen die deutschen Kommunisten für einen anderen Kurs ihrer Partei sorgen, der sich nach den Verhältnissen in Deutschland richtet. Dann wird wohl auch die Zeit wiederkommen, daß es in Deutschland nur eine große Arbeiterpartei gibt.

Das, lieber Kollege, habe ich Dir geschrieben, weil Du in Deinem Briefe durchblicken laßt, daß Du diesmal kommunistisch wählen willst. Ich kann Dir nur raten, sozialdemokratisch zu wählen, und ich hoffe, daß Du im Betrieb meinen Brief herumgehen läßt.

Herzliche Grüße  
Dein Bruno S...  
Dieser Brief zeigt eine klare und nüchterne Einschätzung der Verhältnisse und der politischen Notwendigkeiten in Deutschland, so wie sie wirklich sind. Vor solchen Ueberlegungen zerfällt alles kommunistische Geschrei und alle illusionäre Phrasenpolitik. Auch wir wünschen, daß dieser Brief in recht vielen Betrieben zirkulieren möge, damit die bessere Einsicht bei manchem Schwankenden siegt.

### Ein Pfarrer als Heher.

Wir berichteten unlängst über eine deutschnationale Versammlung unter dem Vorsitz Martin Schieles in Bismarck, in der unsere Genossen angegriffen und verhöhnt wurden. Wir teilten mit, daß der Pfarrer Bahenzien die Schläger angehebt hat mit Zurufen, die mit seiner Stellung und viel mehr noch mit der von ihm verkündeten Lehre unvereinbar sind.

### Dialog der Dunkelmänner.

Von Karl Fischer.

Sie sahen und tranken nicht am Leetisch, sondern am Bierisch, und sie sprachen nicht von Liebe viel, sondern schimpften. Zwei waren es.

Brillantringe an den Fingern, funkelnde Brustnadeln, frühlingsblaue Kleider und goldumrandete Brillengläser, hinter denen die Augen schlaun und verschmilt in die Welt schauten.

Ihre Bäuchlein aber waren bedeutend genug.  
Kurz, zwei arme Kerle, denen man auf den ersten Blick ansah, daß das Schicksal sie schon arg geschüttelt und die schlimme Inflation, so daß sie allen Grund hatten, zu schimpfen.

Und sie schimpften über die schlechten Geschäfte, über das Wetter, über die ganze Welt.

Wahrhaftig erschütternd war das!  
„Na, warten Sie nur,“ sagte schließlich der eine, „nach den Wahlen wird das anders. Dann hört die Schweinerei auf!“

„Es wird aber auch höchste Zeit!“

„Waren Sie schon in einer Wählerversammlung?“

„Ich bitte Sie! Ich weiß, wen ich zu wählen habe. Außerdem habe ich dazu auch gar keine Zeit. Inseineren muß nur immer schustern, damit er sich und seine Familie anständig durchbringt.“

„Ja, es ist ein Skandal! Nichts kann man sich leisten. Ich wollte so 'ne kleine Spritdour nach Italien machen. Kein Gedanke daran!“

„Na, und nun sehn Sie mal die sozialdemokratischen Versammlungen. Alle Abende knuppelnd voll. Die Bande hat eben immer Zeit. Es ist die höchste Zeit, daß den Kerlen der zehnstündige Arbeitstag beschert wird, damit man sie kenne kriegt.“

„Selbstverständlich! Vor allem müssen wir wieder von den Schmarogern befreit werden. Die Sozialdemokraten haben überall herumgeschmarogert, in den Ministerien und in allen Ämtern, und nun haben wir die Schweinerei.“

„Für mich ist überhaupt Sozialdemokrat und Jude ein und dasselbe. Beide müssen so schnell wie möglich zum Tempel hinausgeschmissen werden. Sonst kann Deutschland nicht gefunden.“

„Schade, daß Stinnes vor den Wahlen gestorben ist.“

„Ja, das war noch ein Raibler! Wenn wir den nicht gehabt hätten, wären wir im verflochtenen Jahr einfach verhungert! Verloren wären wir und glatt erschossen.“

„Er hätte eine Einigung zwischen den Deutschnationalen und der Volkspartei herbeigeführt und mit der verschommenen und verwichenen Politik der Volkspartei aufgeräumt.“

Diese öffentliche Feststellung hat den Pfarrer Bahenzien bewogen, dem Evangelischen Besserverband mitzuteilen, daß er während der Versammlung nicht geredet und keinen Zwischenruf getan habe. Er bestreitet also unsere Feststellung. Unser Gewährsmann teilt uns auf unsere Erkundigung hin mit, daß Pfarrer Bahenzien dem Jurist, mit dem er zum Totschlag aufgefördert, tatsächlich getan hat — allerdings nach dem offiziellen Schluß der Versammlung, als der selbe Ueberfall auf unsere Genossen erfolgte. Die Richtigkeit dieser Feststellung wird weiter von bürgerlichen Teilnehmern der Versammlung bezeugt, die an dem Verhalten des Pfarrers Anstoß nahmen.

Es wäre schon unehrenbar mit der Stellung eines Pfarrers gewesen, einen solchen Ueberfall auch nur zu dulden! Um so schwerer wiegt sein wirkliches Verhalten.

### Eine unbequeme Erinnerung.

Die „Germania“ schreibt: Nach dem heutigen Geschrei sollte man es kaum für möglich halten, daß die Deutschnationalen auch einmal für die Erfüllungspolitik in einer Schärfe eingetreten sind, die kaum übertroffen werden kann. Und doch ist dem so. Hier der Beweis. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt in ihrer Nummer vom 13. Februar 1919:

„Es ist unklar, daß Deutschland versuchte, sich seinen wirtschaftlichen und finanziellen Verpflichtungen zu entziehen. Etwas Dümmeres als das könnte in der Tat kaum geschehen, da jeder Versuch früher oder später bemerkt und geahndet werden würde. Schließlich ist völlig unklar, daß im deutschen Volke der Gedanke lebe und sich fürchte, Gewaltstreiche gegen die Feinde, insbesondere gegen Frankreich, vorzubereiten. Hier läßt sich nur wiederholen, daß etwas Törichtereres als ein solcher Gedanke schwer vorstellbar wäre.“

Damit ist die Politik, die die Deutschnationalen seit 1919 in der Praxis betrieben haben, gebührend gekennzeichnet. Etwas Dümmeres und Törichtereres als diese Politik hat es in der Tat nicht gegeben. Keine innerpolitische Kraft hat in diesen Jahren Deutschland so sehr geschädelt als das Wirken der Deutschnationalen. Heute ziehen sie in den Wahlkampf für das, was sie Anfang 1919 noch als das Dümmerste bezeichneten.

### Massenaufgebot!

Jeder Genosse ein Agitator!

Die Parole des Wahlkampfes heißt: Massenaufgebot für die Wahlagitator! Jeder Parteigenosse hat folgenden Geboten zu folgen:

1. Wo du mit Kollegen zusammenkommst — im Betriebe, in der Bahn, auf dem Arbeitsweg —, dort wird für deine Partei! Du wirst immer unverhoffte Unterstützung von Genossen finden!
2. Agitiere mit dem „Vorwärts“ in der Hand! Gib ihn im Betriebe weiter!
3. Wenn in deinen Kreisen ein Gegner Wahlpropaganda betreibt, so tritt ihm mit Festigkeit und Entschiedenheit entgegen — bedenke, daß du eine gute und gerechte Sache vertrittst!
4. Du darfst nicht, daß deine Partei beschimpft wird! Weise energisch jeden zurück, der diesen Versuch unternimmt!
5. Du darfst keine Beschimpfung der Republik!
6. Sage überall laut, daß du Sozialdemokrat bist, und warum du es bist!

Zuf. an die Arbeit! Kein Genosse, keine Genossin darf faulig sein. Alle Hoffnungen der Reaktion, alle Hoffnungen der Arbeiterführer von links her müssen zerschanden werden.

### Deutschnationale und Landarbeiter.

Die Deutschnationalen bemühen sich sieberhaft um die Stimmen der Arbeiter, die sich bisher noch nicht entschließen konnten, der Sozialdemokratie ihre Stimme zu geben. Sie setzen vor allem noch Hoffnungen auf die Landarbeiter, denen sie vorreden, sie würden sich durch eine Arbeiterpolitik das Vertrauen der Arbeiter erwerben. Wie die wirkliche Arbeiterpolitik der Deutschnationalen, der früheren Konföderativen, den Landarbeitern gegenüber aussieht, lehrt folgende Zusammenfassung:

1. Sie lehnte es bis zur Revolution ab, dem Landarbeiter das Recht zuzugestehen, sich mit seinen Arbeitskollegen vereinigen zu dürfen.

„Ja, das ist das einzig Richtige. Und retten kann uns nur, wenn die Industrie mit der Landwirtschaft Hand in Hand gegen die Not antritt. Dann können wir wieder ruhig schlafen.“

Bei diesen Worten löste sich vom Nebentisch einer, trat zu den beiden, sagte: „Na, denn gute Nacht auch! Und segnete Schlafmützen!“ und ging hinaus.

Als er außer Hörweite war, sagte einer der Dunkelmänner:

„Es ist ein Skandal! Ueberall kommt diese Bande hin! Aber das geschieht uns schon ganz recht. Inseineren darf nicht in diese Bierkneipen gehen. Man muß unter sich bleiben. Kommen Sie, wir wollen eine vernünftige Flasche Wein trinken geh'n.“

„Gern! Wo man sich schon so nichts leisten kann!“

### Vorschläge zur Güte.

Es ist undegreiflich, was für ein schwerfälliges Volk wir Deutschen sind. Da jammert nun tagtäglich die Stinnesche Generalanzeigerpresse über Kreditnot und unerträgliche Steuerlasten, die die Wirtschaft zugrunde richten. Und umgekehrt braucht der Staat das Geld, um die vielen neuen Beamten für den republikanischen Abbau zu besolden oder die Pensionen für Ludendorff standesgemäß zu erhöhen usw. . . .

Dabei liegt das Geld aber buchstäblich auf der Straße. Nur zugedrückt, und neue Steuerquellen erschließen sich, ungeachtete Reichtümer stehen. Warum ist z. B. noch keiner auf den Gedanken gekommen, den Straßenbetriebe zu organisieren als G. m. b. H., die die Erlaubnis für alle Anwärter dieses heute so starken Gewerbes ausüben — gegen Bezahlung natürlich und Beteiligung am Reingewinn, der Staat kläme davon seine Prozente. Die besonders äppigen Gegenden, wie Friedrichstraße, Tauentzienstraße usw. würden entsprechende Zuschläge erhalten, die eigentlichen Protestierenden kämen natürlich billiger sein, das würde auch einen sozial besseren Eindruck machen.

Dieselbe Methode gelte auch für alle diese Genießer, die alle Fußböden von Restaurants und Cafés oder das Straßengaspedal nach Zigarettenstummeln, Papier, Bananenschalen und ähnlichen luxuriösen Dingen durchsuchen, hier müßte ebenfalls Gewerbesteuer erhoben werden, aber keine! Ebenso müßten alle diese betriebsamen Deutschen erfasst werden, die auf herrschaftlichen Höfen die Müllkästen nach Lederbissen durchschnüffeln. Dafür könnte man übrigens eine Lotterie veranstalten mit einem Hauptgewinn. Denken Sie mal, wenn da eines so'n Glück hätte und könnte bei Stinnes gabeln gehen, und ähnlichen Gewinnen, die auch noch in 'ner halb-

2. Sie hätte bis zur Revolution jene Gesindeordnungen, die den Landarbeiter in skandinavische Verhältnisse brachten und ihn zu einem Menschen zweiter Klasse werden ließen.

3. Ihrem Betreiben ist es zu verdanken, daß dem Arbeiter bis zur Revolution das gleiche Wahlrecht vorenthalten und der Frau das Recht genommen blieb, überhaupt wählen zu dürfen.

4. Sie bildeten den Hauptwiderstand, als es darauf ankam, dem Arbeiter das Mitbestimmungsrecht im Arbeitsprozeß zu sichern.

5. Von ihnen rührt das da und dort wahrzunehmende Bestreben her, den Landarbeitern wieder das Streikrecht zu nehmen.

6. Deutschnationale Kreise waren es, die ihrer Arbeiterfreundlichkeit dadurch Ausdruck gaben, daß sie Lohnkämpfe der Landarbeiter durch Staatsgewalt unterbinden ließen.

7. Bei den Deutschnationalen ist die Freude am größten, wenn bekannt wird, daß wieder ein Landarbeiter auf das Straßengaspedal geflogen ist, weil er sich dem Deutschen Landarbeiterverband angeschlossen hat.

Ausgefeimter Dummensinn ist es, hierbei noch davon zu reden, die Deutschnationale Volkspartei kämpfe um die Seele und das Vertrauen des deutschen Arbeiters. Wie sich die Deutschnationale Volkspartei in Wirklichkeit das Vertrauen der Landarbeiter erkämpft hat, werden sie ihr am 4. Mai beweisen, indem sie der Sozialdemokratischen Partei ihre Stimme geben.

### Eine völkische Glanznummer.

Der deutschvölkische Dr. Dinter, das Schreckenskind des Thüringer Ordnungsblochs, hat seine Tätigkeit nach Hessen verlegt, wo ihm ein Reichstagsmandat winkt. In einer seiner Wahlversammlungen polemisierte einer unserer Genossen gegen ihn. Da warf sich Dinter auf ihn und stieß ihn von der Tribüne in den Saal, wo Dinters Anhänger unseren Genossen mit Gummiknütteln und Stuhlbeinen blutig schlugen. Ein Mann von solcher Gesinnung gehört nicht in den Reichstag. Er und seinesgleichen würden den Deutschen Reichstag zum Narrenhaus erniedrigen.

### Wie sollen die Beamten wählen?

Das Kleinstgehalt der Beamten aller Grade, dem in der mittlemischen Epoche jede Beschäftigung mit der Politik verboten war, steht am 4. Mai vor der Frage: wen sollen wir wählen? Eine klare und wohlbegründete Antwort auf diese Frage gibt die Schrift: Nieder mit den Beamten!, die im Verlag für Sozialwissenschaften erschienen ist. Diese klare, wohlbegründete Antwort lautet:

Die Politik der sozialdemokratischen Partei garantiert, soweit das nach dem verlorenen Kriege möglich ist, durch ihre Erfüllungs- und Verständigungspolitik die Existenz Deutschlands und damit die Existenz des Beamten.

Die Politik der sozialdemokratischen Partei garantiert durch ihr Eintreten für die Republik und für die in der Verfassung anerkannten Rechte die Existenz eines unabhängigen Berufsbeamtenstandes gegenüber den Bestrebungen großkapitalistischer Kreise, die es vernichten oder durch Abbau bedeutungslos machen wollen.

Die Politik der sozialdemokratischen Partei garantiert durch ihr Eintreten für die wirtschaftlich Schwachen dem Beamten eine ausreichende Bezahlung gegenüber den kapitalistischen Bestrebungen, die den Beamten wie den Arbeiter zum willenlosen Hebel heruntersinken.

Die Politik der sozialdemokratischen Partei garantiert die staatsbürgerlichen Rechte der Beamten und die Möglichkeit seines freien Aufstiegs durch das Verfechten der Demokratie und des parlamentarischen Systems.

Nur die sozialdemokratische Partei

kann dem Beamten die Erreichung dieser Ziele zusichern, da sie Vertreterin der gesamten Arbeitnehmer in Stadt und Land ist, an deren Seite und mit deren starker Hilfe die deutsche Beamenschaft mit Erfolg kämpfen und ihre Existenz gegenüber allen ihr drohenden Angriffen sichern kann.

wegs anständigen Gegend, mindestens Berlin W. W. liegen würden. Das gäbe einen Anreiz, Klante wäre gar nichts dagegen.

Nach ein Vorschlag, da stehen die Hofmusikanten herum. Die singen nur zu ihrem Vergnügen, aus reinem Liebermut, stundenlang auf den Hinterhöfen. Das ist direkt ein Skandal. Der ehrliche Bürger muß sorglos seine Rentenmark sachgemäß abbieren und die Kerls singen unbestimmt, wie der Vogel singt, der auf den Zweigen wohnt, und stören ihn dabei.

Warum zahlen die keine Lustbarkeitssteuer?

Das Beste wäre freilich, die hohe Steuerbehörde engagierte den großen Adol aus München und ließe ihn als Kabarettinlage allabendlich in der Scala seine Reden an die Decke schleien — so volle Häuser brächte selbst Breitensträter nicht.

Das sind nur einige kleine Anregungen; wir hoffen, daß sie ihren Zweck erreicht haben und Vater Staat nun seinerseits ebenso erfinderisch wird. Der Erfolg wird nicht ausbleiben. S. W.

### Der deutsche Gedanke in der Welt.

Als ich gerade auf dem Bahnhof Friedrichstraße meinen schon allzu fälligen Zug erwartete, geschah ein Wunder — es war genau 6,30, ich habe nämlich gleich auf die Uhr gesehen, das historische Ereignis festzuhalten. Wie ich also wartenderweise stand, fiel mein umflorter Blick auf einen Chinesen, d. h. eigentlich war es gar kein richtiger mehr, er hatte eine Metamorphose durchgemacht. Denken Sie bloß, dieser Sohn des Himmels hatte lange flatternde wallende Haare, trug einen Schillertragen und eine sanftere Wandertüte und sah überhaupt völlig irgendwie und freideutsch-jugendbewegt aus.

In der Hand aber hielt er den „Völkischen Beobachter“ und las von oben nach unten, wie das bei ihm zu Hause so üblich ist, die hakenkreuzgeschmückten In- und Umschriften. So stand er da und huldigte dem deutschen Genius.

Ich fühlte einen Augenblick himmlische Flügel wehen, wie damals als man mir meinen älteren Badenzahn entfernte und ich in München den großen Adol zum ersten Male den Beginn einer neuen Ära verkünden hörte mit den Worten: „Die Juden sind an dem schlechten Wetter schuld“. Und aus treudeutsch bewegten, überströmendem Herzen heraus jubelte ich dem Sohne Asiens den weltumspannenden Gruß entgegen „heil Peking“.

Der lächelte quitzelig, verbeugte sich zereemoniös und sagte ebenso herzlich „Hi Hi pu pu“.

War überlebe es mir im orientalischen Seminar; es heißt „Du mich auch.“

# Wirtschaft

## Der Reichsindex für die Lebenshaltung. (1913/14 - 1)

7. Januar	1,13
14. "	1,11
21. "	1,08
28. "	1,06
4. Februar	1,04
11. "	1,03
18. "	1,04
25. "	1,05
3. März	1,06
10. "	1,07
17. "	1,11
24. "	1,12
31. "	1,13

Steigerung gegen die Vorwoche 0,9 Proz.

### Kalkherzeugung und -verbrauch Deutschlands.

Die jetzt bekanntgegebenen Ergebnisse der Statistik über Produktion und Absatz von Kalk im letzten Jahre zeigen zweierlei: einmal den katastrophalen Einfluß der Ruhrbefehung auf die Gewinnung von Kalk, zum anderen die Verschiebung im Kalkverbrauch. Beide die Hauptabnehmer der Kalkproduktion, Baugewerbe, Eisen- und Stahlindustrie sowie Landwirtschaft, haben ihren Kalkverbrauch im Jahre 1923 eingeschränkt. Von dem Minderabsatz an gebranntem Kalk, dem Hauptprodukt der Kalkindustrie, von im ganzen 2,02 Millionen Tonnen gegenüber 1922 treffen auf die genannten Gruppen allein 1,6 Millionen Tonnen (80,5 Proz.). Verhältnismäßig am stärksten ist unter diesen Gruppen der Rückgang des Kalkverbrauchs der Eisen- und Stahlindustrie mit einer Minderabnahme an gebranntem Kalk um 58 Proz., Sinterdolomit um 59 Proz. und Kalkstein um 52 Proz. Im Baugewerbe hat eine Minderung des Verbrauchs gegenüber 1922 an gebranntem Kalk um 42 Proz., in der Landwirtschaft um rund 48 Proz. stattgefunden. Auch an Kalkmergel und gemahlener Kalk ist von der Landwirtschaft im Jahre 1923 bedeutend weniger als 1922 bezogen worden, und zwar um rund 88 Proz. bzw. 39 Proz.

Ueber die Einzelergebnisse der Kalkproduktion entnehmen wir der Zeitschrift "Wirtschaft und Statistik" folgende Ausführungen: Während 1922 insgesamt rund 10,2 Millionen Tonnen Kalksteine gebrochen wurden, kam 1923 nur eine Gesamtmenge von 5,6 Millionen Tonnen Kalksteinen zum Abbau. Von dieser Menge gelangten rund 1,4 Millionen Tonnen unmittelbar an die Verbraucher als Rohsteine; die übrigen 4,2 Millionen Tonnen wurden in den Kalkwerken verarbeitet und hieraus folgende Produkte (in 1000 Tonnen) hergestellt:

	1923	1922
Gebrannter Kalk	2.831	4.854
Davon Weichkalk in Städten	1.647	2.800
Sonstiger Weichkalk	858	777
Gemahlener gebrannter Kalk	481	777

Kuherdem wurden noch erzeugt:

	1923	1922
Sinterdolomit	85	161
Kalkmergel	445	689
Gemahlener Kalk	77	115

Der Absatz von Kalk hat sich bei den einzelnen Arten gegenüber 1922 wie folgt vermindert:

Arten	Abgesetzte Mengen in 1000 T.	1923	1922	Winderung gegen 1922 %
Gebrannter Kalk	2.818	4.834	-48,6	
Sinterdolomit	85	167	-61,1	
Kalkmergel	432	681	-68,6	
Gemahlener Kalk	74	111	-88,3	
Kalksteine	1.878	2.990	-42,8	

Die abgesetzten Mengen verblieben wieder fast restlos dem Verbrauch im Inlande. Im einzelnen verteilte sich der Gesamtabsatz an Kalk im Jahre 1923 wie folgt:

Verbrauchergruppen	Gebr. Kalk	Sinterdolomit	Kalkmergel	Gemahl. Kalk	Kalksteine
Baugewerbe	1078,9	—	—	—	247,9
Eisen- und Stahlwerke	418,7	63,1	—	—	857,8
Landwirtschaft	292,8	—	409,0	34,5	—
Kalk-Äthoxyfabriken	159,3	—	—	—	0,8
Chemische Industrie	197,6	—	—	—	64,8
Zuckerfabriken	4,6	—	—	—	179,8
Kalksandsteinfabriken	105,3	—	—	—	5,6
Schwammsteinfabriken	17,6	—	—	0,1	—
Sonstige Abnehmer	28,2	0,1	20,6	88,9	22,0
Ausfuhr	20,0	1,8	2,7	0,8	0,1
Zusammen	2312,7	64,5	432,4	74,2	1877,6

Der Rückgang des Verbrauchs entfällt größtenteils auf die verarbeitenden Betriebe des besetzten Gebietes.

### Reichsfinanzgebarung.

In der zweiten Dekade des April, die infolge des Osterfestes nur 6 Arbeitstage umfaßt, hatten die Reichskassen 100,7 Millionen Goldmark zu. Die Auszahlungen betrugen rund 81,4 Millionen Goldmark, mithin der Ueberschuß rund 19,3 Millionen Goldmark. Hieraus ergibt sich für April bis zum 20. ein Ueberschuß von rund 2,6 Millionen Goldmark. Infolge des Eingangs der am 10. April fällig gewordenen Steuern hat sich das Aufkommen gegenüber der Vordekade im Tagesdurchschnitt um rund 3,9 Millionen Goldmark erhöht, während die Ausgaben, obwohl in dieser Dekade die Befolgungszahlen für das letzte Monatsdrittel fällig waren, im Tagesdurchschnitt von 16,5 auf 13,6 Millionen Goldmark zurückgegangen sind.

Die Reichskasse war wie schon in den vorangegangenen Monaten so auch in der zweiten Aprildekade wieder stark belastet durch den Rücklauf von Goldschahnanweisungen, für den 24,2 Millionen Goldmark ausgemacht wurden. Dieser Schuldentilgung, die zur Vermeidung von Kursrückgängen der Goldanleihe ufm. erfolgte und die äußerst bedenklich ist, steht eine Vermehrung der Rentenmarkschuld des Reiches auf Grund von Rentenmarkschahnanweisungen um 7 auf 170,9 Millionen Goldmark gegenüber. Sonach verbleibt dem Reiches außer dem rechnermäßigen Ueberschuß noch eine Schuldentilgung von 15 Millionen Goldmark in der zweiten Aprildekade.

### Der Weltkohlenmarkt.

Das Jahr 1923 brachte der Industrie der meisten Länder eine erhöhte Konjunktur und damit auch höheren Kohlenbedarf. Dazu kam die Befehung und der Produktionsausfall des Ruhrgebietes, wodurch sich für die anderen Länder gesteigerte Abnahmmöglichkeiten ergaben. Die Wirkung der Ruhrbefehung bestand aber nicht nur in der höheren Produktion einiger Länder. Im allgemeinen konnte sich der Produktionsanstieg nur mit Hilfe höherer Preise durchsetzen.

In Deutschland entfielen nach dem Ergebnis von 1922 im Jahre 1923 etwa 84 Proz. der Steinkohlengewinnung und 27,3 Proz. der Braunkohlengewinnung auf das besetzte Gebiet; die Förderung in den besetzten Gebieten kam aber naturgemäß für das übrige Deutschland gar nicht in Betracht. In den übrigen deutschen Kohlengebieten wies die Förderung sehr starke Schwankungen auf. Das Gesamtergebnis des deutschen Kohlenbergbaus liegt für Steinkohlen um

47,3 Proz., für Koks um 56,4 Proz. und für Braunkohle um 13,7 Prozent unter den Produktionsergebnissen des Vorjahres. Die Reparationslieferungen betragen, auf Steinkohlen umgerechnet 16,2 Mill. Tonnen; nach französischen Angaben wurden 6,22 Mill. Tonnen nach Frankreich und Belgien abtransportiert. Infolge des Ausfalls der deutschen Produktion in Westdeutschland stellte sich naturgemäß eine starke Steigerung der Kohlenimporte nach Deutschland ein. Sie betrug, auf Steinkohlen umgerechnet, 28,4 Mill. Tonnen gegen 14,4 Mill. Tonnen im Jahre 1922.

Frankreich erhielt nach Ausweis seiner Außenhandelsstatistik im Jahre 1923 aus Deutschland nur 40 Proz. der Steinkohlen und 48 Proz. der Koks mengen des Vorjahres. Die französische Wirtschaft hatte aber infolge der steigenden Konjunktur erheblich höheren Brennstoffbedarf. Diesen deckte Frankreich teilweise aus der heimischen Kohlengewinnung, die gegenüber dem Vorjahre um 20 Proz. zunahm. Möglich war diese Steigerung insbesondere durch die fast völlige Wiederherstellung der Zechen in den zerstörten Gebieten. Bemerkenswert ist die Steigerung der französischen Koksproduktion, die fast das Doppelte, genau berechnet 95 Proz., der Mengen im Jahre 1922 betrug. Da die Steigerung nicht ausreichte, mußte Frankreich 6,3 Mill. Tonnen aus England einführen. Trotzdem zeigt die französische Kohlenausfuhr ebenfalls eine erhebliche Steigerung gegenüber dem Vorjahre.

Infolge des Ausfalls der Ruhrkohlen erfuhr besonders der britische Kohlenbergbau einen bedeutenden Anstieg. Die Produktion konnte gegenüber dem Vorjahre um 11 Proz. gesteigert werden und blieb nur noch um 4 Proz. hinter dem Rekordjahr 1913 zurück. Auf die Ausfuhr entfielen 37 Proz. der Produktion gegenüber 33 Proz. vor dem Kriege. Von der Mehrproduktion (rund 26,6 Mill. Tonnen) nahm der einheimische Verbrauch 10,2 Mill. Tonnen und die Ausfuhr 6,4 Mill. Tonnen auf. Damit hat die Ausfuhr von Kohlen und Koks nicht nur die des Vorjahres, sondern auch die vom Jahre 1913 überbritten, und zwar um 7,8 Mill. Tonnen.

In Belgien überbritten die Produktion die Ergebnisse des Jahres 1922 um 5 Proz. Ebenso hatte Holland gegenüber den Vorkriegsziffern eine wesentliche Steigerung seiner an sich unbedeutenden Kohlenförderung zu verzeichnen, sie betrug rund 300 Proz. Auch in Polen und dem polnischen Oberschlesien konnte die Förderung um 5 Proz. gehoben werden. Selbst in der Tschechoslowakei, wo das Wirtschaftsleben durch häufige und heftige Arbeitskonflikte gestört wurde, lag die Förderung mit 17 Proz. über den Ergebnissen von 1922, aber immer noch mit 18 Proz. unter den Vorkriegsziffern. Ungünstiger sind die Produktionsziffern des tschechischen Braunkohlenbergbaus. Der Grund ist in dem verschlechterten Abgang nach Deutschland zu suchen.

Zusammengeseht läßt sich für die europäische Steinkohlengewinnung sagen, daß der Ausfall der Ruhrproduktion durch die Mehrförderung der anderen Länder nicht ausgeglichen werden konnte.

In den Vereinigten Staaten von Amerika lag die Produktion des Kohlenbergbaus um 41,5 Proz. über der des Jahres 1922. Wenn auch die Rekordziffer der Jahre 1917, 1918 und 1920 nicht wieder erreicht werden konnte, so wurde doch die Vorkriegsförderung um rund 14 Proz. überbritten. Die Mehrproduktion wurde zum größten Teil von dem inländischen Konsum aufgenommen, während nur ein kleiner Teil auf den Export entfiel, der sich dadurch merklich hob. Von der amerikanischen Ausfuhr gingen jedoch nur rund 10 Proz. Koks und 29 Proz. Koks nach Europa.

Genossenschaftliches Speditionsunternehmen. Die Textilindustrie des Bezirks Rindchen-Grabbach hat ein eigenes Speditionsunternehmen unter dem Namen Industrie-Speditions U. G. gegründet. Diese Aktiengesellschaft ist nicht als Erwerbsunternehmen gedacht, sondern dient dazu, der Industrie billige Frachten zu verschaffen. Dieser Zweck ist in Rindchen-Grabbach bereits erreicht worden, so konnten auch die Kollgeblüge um etwa 50 Prozent ermäßigt werden. Das Unternehmen ist genossenschaftlich organisiert. Der Aufsichtsrat wird aus den Vorständen der verschiedenen Textilverbände und führenden Persönlichkeiten der Industrie gebildet. Mehrfache Organisationen werden auch in anderen Industriezentren demnächst geschaffen werden. In Verhohn ist bereits die Sauerländische Industrie-Speditions-Gesellschaft m. b. H. von führenden Industriellen gegründet worden.

### Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose	15,50—16,75	Malzkaffee, gepackt	23,00—25,00
Röstgrütze, lose	15,50—16,30	Röstgetreide, lose	16,50—18,00
Halerlocken, lose	15,75—16,00	Kakao fettarm	100,00—125,00
Halergrütze, lose	16,00—16,50	Kakao, leicht entölt	130,00—155,00
Roggenmehl 0/1	12,75—14,00	Tea, Souchon, gepackt	350,00—400,00
Weizengries	18,00—19,00	Tea, indischer, gepackt	425,00—500,00
Hartgries	22,00—25,50	Inlandszucker basis mel.	39,5—42,00
70% Weizenmehl	14,50—16,00	Inlandszucker Raffinade	42,00—44,00
Weizen-Auszugsmehl	17,00—19,00	Zucker Würfel	45,00—47,00
Speiseerbsen, Viktoria	19,00—22,75	Kunsthonig	34,00—40,00
Speiseerbsen, kleine	14,00—17,00	Zuckersirup hell in Elm	43,00—49,00
Bohnen, weiße, 1. art.	22,25—24,50	Speisesirup dunk. in Elm	39,00—35,00
Langbohnen, handvertes.	3,00—32,50	Marmelade Vierfrucht	40,00—48,00
Linsen, kleine	26,00—35,00	Pflaumenmus in Eimern	45,00—48,00
Linsen, mittel	35,50—42,00	Stemzalt, lose	3,10—3,70
Linsen, große	33,00—49,00	Siedezalt, lose	4,00—4,70
Kartoffelmehl	17,00—19,00	Bratenschmalz in Tierces	68,00
Makkaroni	40,00—45,00	Bratenschmalz in Kübeln	69,00—69,50
Makkaronimehl	36,00—37,50	Purelard in Tierces	67,50
Schmittmehl, lose	20,00—24,00	Purelard in Kisten	68,50—69,00
Bruchreis	15,25—17,50	Speisetalg in Packung	46,00—50,00
Raneon Reis	17,00—14,50	Speisetalg in Kübeln	46,00—48,00
Talereis, glasert, Patna	25,00—31,00	Margarine, Handelsm. I	58,00
Talereis, Java	31,00—34,00	desgl. II	52,00—55,00
Rinzapfel, amerik.	95,00—100,00	Margarine, Spezialm. I	76,00
Getr. Pflaumen 90/100	43,00—48,00	desgl. II	61,00—65,00
Pflaumen, entsteint	55,00—60,00	Molkereibutter I Fassern	202,00—205,00
Cal. Pflaumen 40/50	75,00—80,00	Molkereibutter in Pack.	208,00—210,00
Rosinen in Kisten, Candia	70,00—90,00	Landbutter	165,00—170,00
Sultaninen Caraburnu	70,00—100,00	Auslandbutter in Fassern	2,00—205,00
Korinthen, choice	77,00—83,00	Auslandbutter in Pack.	208,00—210,00
Mandeln, süße Bari	145,00—155,00	Corned beef 12-1/2 lbs p. K.	34,00—36,00
Mandeln, bittere Bari	135,00—150,00	Speck, gesalzen, fett.	62,00—70,00
Zimt (Cassia)	110,00—120,00	Quarkkäse	35,00—50,00
Kämmel, holländischer	140,00—150,00	Thalser Käse, vollfett	120,00—125,00
Schwarzer Pfeffer Singsap.	103,00—111,00	Ausl. ungezuck. Condens.	
Weißer Pfeffer	135,00—148,00	milch 48/16	22,50—25,00
Rohkaffee Brasil	180,00—220,00	Inländische desgl. 48/12	18,00—19,00
Rohkaffee Zentralamerika	230,00—290,00	Inl. gez. Condensm. 48/14	28,00—29,00
Röstkaffee Brasil	240,00—290,00		
Röstkaffee Zentralam.	300,00—390,00		

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

### Der Stand der russischen Landwirtschaft.

Zur Einschätzung des Standes der russischen Landwirtschaft sind die Angaben über die Anbauflächen im Jahre 1923 im Vergleich mit dem letzten Friedensjahre von Interesse. Gegenüber der Anbaufläche von 1913 (= 100 Proz.) betrug sie:

	1923	1923
Weizen	48,2 Proz.	49,2 Proz.
Roggen	88,4	95,8
Hafer und Gerste	44,8	58,8
Sirke und Quackweizen	171,1	150,0
Rais	277,8	177,8
Kartoffeln	58,1	71,0
Flachs und Hanf	65,0	70,0
Sonnenblumen	312,0	229,2
Futtermittel	87,5	109,8

Charakteristisch für die russische Landwirtschaft sind vor allen Dingen die Angaben über die Anbauflächen für Weizen und Roggen. Hier muß eine zweifache Entwicklung festgestellt werden: Erstens ist der Stand der Landwirtschaft gegenüber der Vorkriegszeit noch immer recht niedrig. Die Anbaufläche für Weizen hat etwa die Hälfte des Vorkriegsstandes erreicht, während die Anbaufläche für Roggen diesem Stand recht nahe gekommen ist. Schon vor dem Kriege hat die ökonomische Forschung festgestellt, daß das Verhältnis zwischen Roggen- und Weizenbrot als genauer Maßstab der Volkswohlfahrt angesehen werden könne: Je höher der Roggenverbrauch, desto niedriger ist sein allgemeines materielles Niveau. In diesem Sinne zeigt die obenstehende Tabelle in welcher Richtung sich der Wohlstand des russischen Volkes entwickelt hat: der ungeheure Rückgang der Anbaufläche für Weizen und der verhältnismäßig geringe Rückgang für Roggen bedeutet eine relative Steigerung des Roggenverbrauches, demnach eine Senkung des allgemeinen materiellen Niveaus.

Zweitens ist festzustellen, daß die Anbauflächen für die beiden wichtigsten Getreidearten im Jahre 1923 höher sind als im Vorjahre. In dieser Steigerung kommt der Prozeß der Hebung der Landwirtschaft zum Ausdruck, der nach Beendigung des Bürgerkrieges, der Einführung des freien Handels und der Einstellung der kommunikativen Experimente eingeleitet hat. Indessen vollzieht sich dieser Verbesserungsprozeß noch ziemlich langsam.

Von den übrigen Angaben sind besonders die über die Anbaufläche für Kartoffeln, Flachs und Hanf von Interesse. Bekanntlich erfordern diese Pflanzen einen relativ höheren Arbeitsaufwand auf die Flächeneinheit; der Rückgang ihrer Anbauflächen gegenüber dem Jahre 1913 bedeutet deshalb ein Anwachsen der extensiven Landwirtschaft auf Kosten der intensiven.

Insolventen. Infolge verfehlter Devisenspekulationen ist die Reich- und Glasmarenfirma Stahlberg U. G. in Köln zahlungsunfähig geworden. Die Verluste sollen sich auf mehr als 1 Million Goldmark belaufen. Die Firma läßt sich unter Geschäftsaufsicht stellen. — Die kleine Berliner Bankfirma Heinrich Streubel hat ebenfalls Geschäftsaufsicht beantragt. — Ueber die kürzlich insolvent gewordene Hermes-Bank U. G. in Chemnitz brauchte nicht einmal das Konkursverfahren zu Ende geführt zu werden, weil nach dem Bericht des Konkursverwalters das noch vorhandene Vermögen nicht ausreichte, um die Kosten des Verfahrens zu decken.

Italien und die französische Schwerindustrie. Unserem Vorkriegs-Parteiorgan, dem "Dain Herald", zufolge ist zwischen französischen und italienischen Industriellen in Mailand ein Abkommen abgeschlossen worden, worin sich das französische Hüttenindustrie "Comité des Forges" verpflichtet, Italien Eisenwerke zu liefern. Die Verpflichtungen, die die italienischen Industriellen übernehmen, sind nicht bekannt.

## Aus der Partei.

Sozialdemokratischer Wiederaufbau in Norwegen. In den Ländern, deren Arbeiterbewegung durch Moskau völlig zertrümmert und lahmgelegt wurde, gehört Norwegen. 1921 ging der größte Teil der Partei zu Moskau über. Es bildete sich die "Norwegische Arbeiterpartei", die im November 1923, als auf Moskaus Befehl die Abhängigkeit der bisherigen "Führergarnitur" erfolgen sollte, sich erneut spaltete in eine Kommunistenpartei mit Moskauer Segen, während die "Arbeiterpartei" zwischen Moskau und Hamburg stehen blieb. Die der alten Sozialdemokratischen Partei treu gebliebenen Norweger aber haben sich 1921 nicht einen Tag gerührt und konnten endlich, nach zwei Jahren, auf dem zu Ostern abgehaltenen Parteitag, eine Abrechnung vorlegen, deren Zahlen von einem glücklichen Wiederaufbau künden. Fast aus einem Nichts gelangte die Partei dazu, Januar 1922 wieder 200 Vereine mit 6500 Mitgliedern zu zählen, die bis Anfang 1924 auf 270 Vereine mit 9500 Mitgliedern gestiegen sind. Der der Sozialdemokratie angeschlossene Frauenverband ("Kinnerforbund") ging ebenfalls zu den Kommunisten über, ein neuer sozialdemokratischer wurde gegründet, der im August 1923 doch schon wieder 48 Ortsvereine mit 1500 Mitgliedern zählte. Ebenfalls ging die Jugend zu Moskau über; 1922 wurde deshalb "Norwegens sozialdemokratischer Jugendverband" gegründet, der nun über circa 4000 Mitglieder und eine Monatschrift "Arbeiterjugend" mit einer Auflage von 3000 Exemplaren verfügt. Von der Presse blieben bei der Spaltung nur drei kleine Provinzzeitungen bei der alten Sozialdemokratie; nun verliert sie wieder über 4 Tageblätter und 12 ein- bis dreimal in der Woche erscheinende Zeitungen. — Die der alten Sozialdemokratie treu gebliebenen 8 Storting-abgeordneten reichten der Regierung ein völliges Programm zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise ein und machten vor allem Vorschläge zur Arbeiter- und Seerenteversicherung. Als das Ruhrgebiet befreit wurde, stellten sie den Antrag, daß Norwegen aus dem Völkerbund austreten sollte, bis aus einem Verband für die Zwecke der Kriegesieger ein wahrer Völkerbund mit Einschluß Deutschlands und Rußlands geworden sei. — Den Parlamentswahlen, die im Herbst dieses Jahres stattfinden, sieht die Partei mit guter Zuversicht entgegen.

Better für Berlin und Umgebung. Riemlich warm, meist bewölkt, ohne erhebliche Niederschläge. Schwache südwestliche Winde.

**Dr. Thompson's Seifenpulver**

gibt ohne Bleiche  
**blendend weiße Wäsche**

**Zähne 1 u. 2 G.-M. Teilzahlung**

gestattet b. d. Anzahl u. wöchentl. Abzahlung von 1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatzkronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gummiplatte v. 3 G.-M. an. Zahn mit Beisatz 1 G.-M. b. Bestellg. von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis. 3 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20.000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

**Halvani, Danziger Strasse 1, hauser Allee.**

**Vorzüger 10% Rabatt.**

Strickjackets, Strandjacken, Sportwesten, Sportjacken

aus reiner Wolle in allen Farben, sowie Blusen

kaufen Sie am besten und billigsten direkt vom Fabrikanten

Wiederverkäufer u. Sportvereine erhalten besondere Preise. / Kein Ladenverkauf

**Grüssner & Co., Neuk., Sanderstr. 27**

